Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 04.04.22

Offener Brief zum Impfzwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft sowie an die Anfrage vom 17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände, die noch alle unbeantwortet sind.

Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegsakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rücktrittsreif und ein Fall für das Gericht.

Eine <u>faschistoide, totalitäre u. autoritäre Regierung</u> sowie <u>Zwang & Strafandrohung</u> haben in Österreich nichts verloren. Raus aus dem Hohen Haus!

Ausschnitte und "kleine Erweiterungen von mir" eines offenen Briefes eines israelischen Immunologen, der 1:1 auch für unsere Corona-Chaos-Politik passend ist.:

Es ist höchst an der Zeit zahlreiches Versagen und eklatante Fehlentscheidungen und die Verantwortung über unnötige Coronatote und unnötige schwere Verläufe seitens der Politik einzugestehen bzw. zuzugeben. Die wissenschaftliche Evidenz straft die eklatanten Fehlentscheidungen von Scharlatane/Dilettanten/Versagern/Stümpern lügen. Die Medien sollten sich einfach nur schämen und sich für ihr evidenzlose schändliche Angst- und Panikmache und für die durchgeführte pharmadienliche Propaganda entschuldigen. Es täte auch gut Wissenschaftsredakteure die Ahnung von Medizin haben anzustellen.

Die Expertinnen und Experten haben sich geweigert sinnloses Massentesten zuzugeben. Sie weigerten sich zuzugeben das Genesene besser geschützt sind als Geimpfte, obwohl klar stand das Geimpfte Personen eine höhere Infektions- und Erkrankungsrate haben als Genesene. Sie wollten trotz Beobachtungen nicht zugeben, dass die Geimpften ansteckend sind. Darauf aufbauend hofften sie durch Impfung eine Herdenimmununität zu erreichen und auch daran sind sie kläglich gescheitert. Sie bestanden darauf die Tatsache zu ignorieren, dass die Krankheit für Risikogruppen und ältere Erwachsene Dutzende Male gefährlicher ist, als für junge Menschen die nicht zu den Risikogruppen gehören trotz der Erkenntnisse die bereits 2020 aus China kamen. Sie haben sich zudem geweigert die von mehr als 60.000 Wissenschaftlern und Medizinern unterzeichnete Barrington-Erklärung oder andere

Programme des gesunden Menschenverstandes anzunehmen. Sie haben sich dafür entschieden sie lächerlich zu machen, zu verleumden, zu verzerren und zu diskreditieren. Anstelle der richtigen Auswahl der Programme und Personen haben die verantwortlichen Politiker Fachleute ausgewählt denen es an der entsprechenden Ausbildung für das Pandemiemanagements mangelt. Mathematiker, Physiker, Tierärzte, Sicherheitsbeamte, Medienpersonal, u. s. w. und viele mit vorherrschenden Interessenskonflikten sind und waren dabei.

Sie haben kein wirksames System zur Meldung von Nebenwirkungen der Impfstoffe eingerichtet, und Berichte über Nebenwirkungen wurden einfach gelöscht. Ärzte vermeiden es, Nebenwirkungen mit dem Impfstoff in Verbindung zu bringen, damit sie sie nicht verfolgen wie sie es mit ihren Kollegen getan haben. Sie haben viele Berichte über Änderungen der Menstruationsintensität und der Menstratuationszykloszeiten ignoriert. Sie habe Daten versteckt, die eine objektive und angemessene Recherche ermöglichen. Stattdessen haben sie sich z. B. in Israel dafür entschieden zusammen mit leitenden Pfizer Führungskräften unsachliche Artikel über die Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen zu veröffentlichen. Allerdings haben sie sich aus der Höhe ihrer Hybris auch die Tatsache ignoriert, dass am Ende die Wahrheit ans Licht kommt und es beginnt sich zu offenbaren.

Die Wahrheit ist, dass sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in sie, auf einen beispiellosen Tiefpunkt gebracht und ihren Status als Quelle der Autorität untergraben haben.

Die Wahrheit ist, dass in den letzten zwei Jahren viele Milliarden vergeblich verbrannt haben für die Veröffentlichung von Einschüchterungen, für ineffektive Tests, für unnütze schädliche und zerstörerische Lockdowns und Zerstörung des Alltags sowie für unnütze gefährliche und gesundheitsschädigende experimentelle mRNA-Gentherapien. Sie haben die Bildung unserer Kinder und ihre Zukunft zerstört. Sie habe Kinder dazu gebracht sich schuldig zu fühlen. Angst zu haben. Zu rauchen, zu trinken süchtig zu werden ihre Ausbildung abzubrechen und sich zu streiten wie dies auch Schulleiter im ganzen Land bestätigen.

Zudem haben sich die Suizidversuche der Kinder in eine noch nie da gewesenen Höhe gesteigert. Auf TIC TOC werden jetzt von Kindern und Jugendlichen bereits LIVE-SUIZIDE durchgeführt! Die Kinder- und Jugendpsychiatrien laufen über. Ihr Verbrecher! Sie haben Lebensgrundlagen, die Wirtschaft, die Menschenrechte, die geistige Gesundheit sowie die körperliche Gesundheit geschädigt. Sie haben Kollegen verleumdet die sich ihnen nicht ergeben haben. Sie haben die Menschen gegeneinander aufgebracht. Die Gesellschaft gespalten und den Diskurs polarisiert. Sie brandmarkten ohne wissenschaftliche Grundlage Menschen die sich gegen eine Impfung entschieden haben als Feinde der Öffentlichkeit und als Verbreiter von Krankheiten.

Sie fördern auf beispiellose Weise eine drakonische Politik der Diskriminierung der Verweigerung von Rechten, Auswahl von Menschen einschließlich von Kindern für ihre medizinische Wahl. Eine Auswahl die jeder epidemiologischen Begründung entbehrt. Wenn sie die zerstörerische Politik die sie verfolgen mit der vernünftigen Politik einiger weniger Länder vergleichen, können sie deutlich erkennen, dass die von ihnen verursachte Zerstörung nur Opfer hinzugefügt hat, die über die hinausgehen die für das Virus anfällig sind.

Die Wirtschaft die sie ruiniert haben, die Arbeitslosigkeit die sie verursacht haben und die Kinder deren Bildung sie zerstört haben sowie die psychischen Schäden und die zusätzlichen Staatsschulden sie sind überschüssige und überflüssige Opfer ausschließlich aus Ergebnis ihrer eigenen Handlungen. Es liegt derzeit wie bereits lange kein medizinischer Notfall vor aber sie kultivieren einen solchen Zustand seit zwei Jahren aus Macht-, Geld- und Kontrollgier. Der einzige Notfall ist, dass sie immer noch Richtlinien festlegen und riesige Budgets für Propaganda und psychologische Technik bereithalten. Anstatt die Anweisung zu geben das Gesundheitssystem zu stärken und wirksame Corona-Frühbehandlungen Präventivmaßnahmen durchzuführen. Dieser politische und mediale Notstand muss aufhören. Ein Großteil des offenen Briefes stammt von Prof für Immunologie Udi Kimron, Uni. Tel Aviv und ein wenig wurde er von mir erweitert. ©

Also:

Das mediale und politische Corona Narrativ, der längst nicht haltbare politisch ausgerufene Notstand ohne Evidenz und tatsächlicher Bedrohungslage, jedwede Panikmache und die experimentelle Gentherapie und deren angeblichen Sicherheit und angeblichen Wirksamkeit sind nicht mehr zu halten, viele Fakten belegen das und die enormen bekannten und vielfach nicht erhobenen Impfschäden, mit einer enormen Dunkelziffer können nicht mehr vertuscht werden, die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache wie medial und politisch propagiert

wird. Die Realität, die Wahrheit kann nicht länger

Verheimlicht werden. Der Wind beginnt sich zu drehen, wird sich mutmaßlich zu einem Sturm entwickeln und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und dieser durchgeführter experimenteller Menschen-Versuch ist zum Scheitern verurteilt. Der

einzurichtende öffentliche Coronamaßnahmen-Unter-

Suchungsausschuss wird vieles aufklären und es muss dafür die Verantwortung übernommen sowie alles restlos aufgeklärt werden. Unsere Geiselhaft nicht evidenzbasierter Zwangsmaßnahmen und Grund- und Freiheitseinschränkungen geht dem Ende zu.

Wissenschaftler ohne Interessenskonflikte mit der Pharma ist längst bekannt: es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich während einer laufenden Pandemie, jene Mutationen durchsetzen werden, für die der Spikestatus der Bevölkerung keine Rolle spielt und kann durch Impfungen nicht aufgehalten werden kann.

Also eine Impfung bzw. diese experimentelle mRNA-Gentherapie die nicht vor Erkrankung, die nicht vor schwerer Erkrankung, die nicht vor Weitergabe und die nicht vor Tod schützt, ist so unwirksam und so sinnlos und eine reine Geldverschwendung, eine wirklich große Dummheit und eine völlig unnötige Gesundheitsgefährdung großer Teile der Zivilgesellschaft.

Es gibt wirksame und ungefährliche Corona-Frühbehandlungen mit jahrelang erprobten und

sicheren Medikamenten die jedwede Impfung unnotwendig machen da durch diese vorhandenen Frühbehandlungen zwischen 80-90 % aller schweren Verläufen und Hospitalisierungen inkl. Todesfälle verhindert werden können!

Ich wiederhole: Es gibt wirksame und ungefährliche Corona-Frühbehandlungen mit jahrelang erprobten und sicheren Medikamenten die jedwede Impfung unnotwendig machen da durch diese vorhandenen Frühbehandlungen zwischen 80-90 % aller schweren Verläufen und Hospitalisierungen inkl. Todesfälle verhindert werden können!

Genug der PHARMA-dienlichen Politik des Irrsinns, der pharmadienlichen Zusagen und ausgestellten Freibriefe der notwendigen Sicherheitsüberprüfungen und ausgestellten Haftungsbefreiungen und der enormen Steuergeldverschwendung und der von auch unseren Steuergeldern finanzierten Medien-Propaganda zu Gunsten von Milliardengewinnen für die

Pharma. Die **Corona-Pseudopandemie** wird als **sehr dunkle Geschichte der Mainstreammedien, der skrupellosen Oligarchen und der Politiker** der Konzerne und Vermögenden in die Geschichte eingehen aber sie wird restlos aufgeklärt werden und wird die Welt auch positiv verändern.

Die bereits allermeisten Menschen aus verschiedensten Organisationen die diese Pseudopandemie seit zwanzig Jahren in den USA und international vorbereitet und durchgeführt haben sind öffentlich bekannt inkl. ihrer durchgeführten Tätigkeiten ihre Ziele zu erreichen, zumindest Sach- und Fachbuchlesern und Menschen die tief und umfassend recherchieren ist es bereits bekannt.

Das in den Mainstream-Medien ein Recherchenotstand vorherrscht ist bekannt, der Informationsdefizite, Wissenslücken und Erkenntnisdefizite begründet. Diese Unwissenheit hat auch einen Anteil an der so miesen, so schändlichen und so unzumutbaren Mediensituation die vorherrscht und ist deshalb wieder einmal mit der Berichterstattung hinterher, neben den finanziellen Abhängigkeiten gegenüber Anzeigenschaltern und die damit einhergehenden Interessenskonflikte.

Ja, eine weitere unglaubliche Frechheit ist: Die Corona-Impfstoffe wurden NIE auf Sicherheit geprüft!!! Denn die Hersteller wurden durch die EU-Verordnung 2020/1043 vom 15.07.2020 von ALLEN STRENGEN SICHERHEITSSTANDARDS BEFREIT!!! Es gibt keine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Art 2 Nr. 8 Richtlinie 2001/18/EG. Es gibt keine Bewertungsverfahren nach EG-Richtlinie 2009/41/EG

Ja, wie es auch eine unglaubliche Dreistigkeit ist, dass nur ca. 6 % der Impfschäden gemeldet werden, da 1. es sehr mühsam und ein großer Papierkram ist, der noch 2. dazu nicht bezahlt

wird und da 3. ein Druck aufgebaut wurde, diese Schäden nicht zu melden. Danke an die Journalisten, dass das der Öffentlichkeit so wie vieles verheimlicht wird.

Ich denke ja, dass die Mainstreammedien in ihre historisch größte Glaubwürdigkeitsverlustkrise & Vertrauensverlustkrise aber auch in größte Abonnentenverlustkrise und der darauffolgenden Anzeigenschalterverlustkrise geraten sowie personelle Kündigungswellen stattfinden werden, aber auch Aktionäre verlieren und viele Medien In Konkurs gehen, und dass viele Menschen vor Journalisten verächtlich kopfschüttelnd auf die Straße spucken werden und ihnen gehörig und lautstark die Meinung geigen werden. Journalisten werden nicht mehr als Huren, sondern als skrupellose Volksverräter und Verbrecher angesehen. Dieses bisher entgegengebrachte Vorschuss-Vertrauen und die Glaubwürdigkeit kann nie mehr wiederhergestellt werden.

Und ja, wie ich es schon lange öffentlich mitteile: Wir werden von Verbrechern die sich bewusst und kriminell an einem illegalen Drohnenmordprogramm aktiv beteiligen regiert und schikaniert. Die Mainstreammedien verheimlichen dieses Staatsverbrechen seit vielen Jahren und ermöglichen damit, dass dieses Verbrechen gegen die Menschheit jeden Tag heiter weiter stattfinden kann und 98 % unschuldige Opfer, und wir sprechen von Tausenden im Jahr ermordet werden können. IHR SKRUPELLOSE VERBRECHER. Ja, dass meine ich ganz ernst. Ihr seid UNMENSCHEN ohne Gewissen & Empathie. Auch das meine ich völlig ernst. Deshalb seid ihr in meinen Augen krank. Geisteskrank. Klingt hart, ist aber nur logisch wenn man es nüchtern und sachlich und so objektiv wie es geht betrachtet, also sich an vorliegende Fakten hält. Jeder mit Rechtserkenntnis und einem gesunden Hausverstand kann das beim Betrachten der Fakten ganz leicht erkennen.

Da braucht man nicht Mal das Herz am richtigen Fleck zu haben. Jeder Hauptschüler kann dieses Verbrechen, also die aktive Beteiligung am Drohnenmordprogramm erkennen durch die verfassungswidrige Abhörstation Königswarte das ihr seit vielen Jahren medial vertuscht und verheimlicht wird.

Und ja, selbst das Verteidigungsministerium hat am 14.06.2013 in einem 26-zeiligen öffentlichen Schreiben die Zusammenarbeit mit der CIA/NSA zugegeben, ist öffentlich bekannt.

Eine Heeresnachrichtenmitarbeiterin hat es am 13.04.21 am Landesgericht Innsbruck protokolliert ebenfalls zugegeben. Niemand streitet es ab. Aber dass das bedeutet, dass man sich **aktiv an einem außergerichtlichen DROHNENMORDPROGRAMM beteiligt**, will niemand erkennen können? Hat es allen den Vogel rausgehauen? Völlige Verblendung zum Selbstschutz?

Sie wissen, dass völkerrechtlich gesehen, wir dafür fürMittäterschaft gehaftet werden muss, wenn der Mittäterstaat weiß, dass von seinem

Territorium aus bestimmte Akte begangen werden und dass (Verbrechen) unterstützt!

Und nein, ich werde so lange ich lebe nicht damit aufhören dieses Verbrechen und sämtliche vorherrschenden Missstände öffentlich zu kritisieren und zu thematisieren bis Gerichte dies untersucht und verurteilt haben und vorherrschende staatliche Missstände die die überwiegende Bevölkerung benachteiligen ausgeräumt sind. Meine ausgeprägte Empathie, mein Gewissen, meine Menschlichkeit und meine Fairnessliebe (aber auch meine Beharrlichkeit, mein Wille, die Notwendigkeit, die Sinnhaftigkeit, ...) zwingen mich dazu. Und ihr liebe Medienvertreter und Politiker ihr werdet noch eure Augen weit aufreißen, und es nicht mehr fassen können, aber dazu später. Auf jeden Fall mache ich in neun Tagen meine zehnjährige Aktivität voll die Welt zu einer besseren zu machen. Ich denke ich werde mir dafür eine kleine "Ansprache" schreiben.

Anzumerken ist, dass die Mainstreammedien ohne die bereits mehrfach erwähnten Ausnahmen und die derzeitigen Politiker die Geschichte wiederholen. Die Medien und Politik agieren bei Corona gleich dreist und verbrecherisch und entgegen dem Wohl der Menschheit so wie bei der Pocken"zwangs"impfung früher. Es wurden Statistiken gefälscht um die Pockenimpfung geschönt darzustellen, Ärzte fühlten sich für ihr Handeln nicht verantwortlich, es wurde seitens der Ärzte Impfschäden verleugnet, auch mit offenkundigen Impftoten, dass geradezu ein verbrecherischer Mut dazu gehört diesen ursächlichen bestreiten zu wollen, die schweren Impfschäden wurden Zusammenhang Gesundheitsämter und Impfärzten klein geredet, Impfschäden wurden zu Pocken dazugezählt, bei der Pockenepidemie 1870-1872 waren 96 % der Opfer in Deutschland geimpft, trotzdem wurde im Jahr 1874 das Reichsimpfgesetz erlassen, es sah zwar keinen Zwang vor, es wurde aber Zwang ausgeübt, tagtägliches Gesetzesverdrehungen, Dogmenzwang, und Aufdrängen von Wahrheiten mit Polizeigewalt, man sah wie das Volk wehrlos und rechtlos der Willkür des Staates ausgeliefert war, es gab kein Recht mehr. Als die Unwirksamkeit und die Gefahren der Pockenimpfung immer mehr bekannt wurden wuchs der weltweite Protest. 1885 hat man in Lester, England, gezeigt wie man sich dem Drängen einer tyrannischen Regierung auf Zwangsimpfungen entziehen kann. Durch eine Kampagne gewaltloser Proteste und zivilen Ungehorsam schafften sie es das die Impfzwanggesetze praktisch Null und nichtig wurden. Die Regierung wurde abgelöst und die Impfpflicht abgeschafft.

.....

Raum für Überlegungen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

KLARTEXT bei KLARSEHEN über Medien & aktiv Beteiligte am illegalen Drohnenmordprogramm!

Sieh hier: https://www.bitchute.com/video/HKr15kUS1CsM/





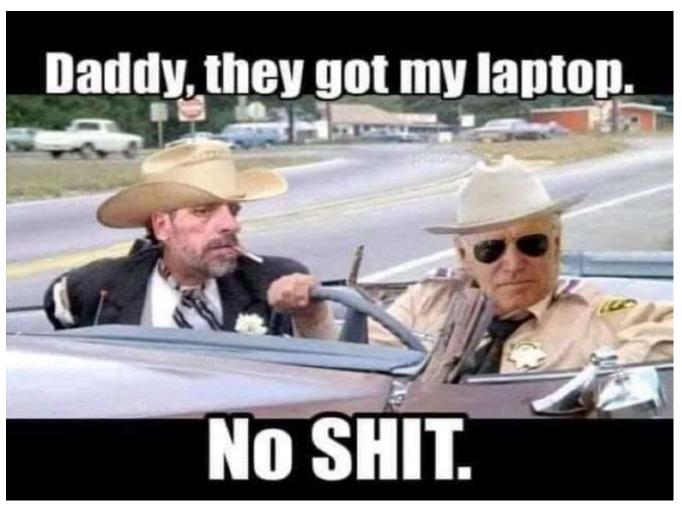
Der Verfassungsgerichtshof hat UNRECHT zu Recht "gemacht"
OHNE die WISSENSCHAFTLICHE EVIDENZ DER GRUNDLAGE
zu prüfen, und damit aufgezeigt, dass das Erkenntnis NICHT mit
der Realität, der Wahrheit und einer Gerechtigkeit zu tun hat.
Die Gesellschaft wird dadurch gespalten und es wird aufgezeigt,
dass es Politikern künftig möglich ist, weiter heiter unsere
GRUNDRECHTE auszuhebeln mit unhaltbaren Behauptungen!

Es ist Zeit unsere GRUNDRECHTE zu verteidigen und diese über lange Zeit erkämpften Rechte NICHT ohne "Kampf"/Engagement einfach aufzugeben. HALLO! Die Spaltung der Gesellschaft wurde nun so weit vertieft, wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg!



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4







Christoph Schattleitner

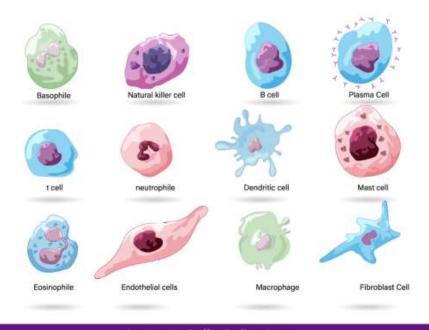
@Schattleitner

Gefälschte Meinungsumfragen, gekaufte Berichterstattung, geheime Parteienfinanzierung und illegale Wahlkampfmittel:

Das ist mehr als nur Korruption. Es geht mittlerweile um die Frage, ob in Österreich 2017 und 2019 faire Wahlen stattgefunden haben.

12:52 · 01 Apr. 22 · Twitter for iPhone

https://tkp.at/2022/04/03/schaedigung-des-angeborenen-immunsystems-als-hauptgrund-fuer-pandemie-der-geimpften/



Immune Cells Collection

Wissenschaft

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Schädigung des angeborenen Immunsystems als Hauptgrund für Pandemie der Geimpften

3. April 2022von Dr. Peter F. Mayer 5.8 Minuten Lesezeit

Mit den Infektionen und Erkrankungen durch SARS-CoV-2 das Virus spielen sich seit Beginn der Impfkampagne mehrere Entwicklungen ab. Einerseits mutiert das Virus und zwar schneller und verstärkt und in die Richtung Immunflucht gegenüber den nur auf einen Teil des Spike Proteins gerichteten Antikörpern. Dabei wird es den Gesetzen der Evolution folgend zwar infektiöser, aber zugleich auch harmloser.

Die zweite große Entwicklung hat auch wieder mit den Geimpften zu tun, die in zunehmenden Maß von Infektion, schwerer Erkrankung und Todesfällen betroffen sind. Der wichtigste Grund dafür, ist die Unterdrückung der angeborenen Immunantwort. Dies scheint das größte Problem zu sein, mit dem wir es im Moment zu tun haben, und es scheint ein größeres Problem zu sein als die Varianten des Virus, die sich von der Impf-Antikörperreaktion weg entwickeln.

Kinder sind von Beginn an in der Lage, einer SARS-COV-2-Infektion zu widerstehen, und der Grund dafür ist ihre starke angeborene Immunreaktion. Die Impfstoffe unterdrücken und schädigen die angeborene Immunreaktion, und infolgedessen kommt es in Populationen, die vollständig gegen dieses Virus geimpft sind, zu Ausbrüchen, wie man sie noch nie gesehen hat.

Schon im Mai 2021 erschien eine Studie, die <mark>die Unterdrückung und Störung des angeborenen Immunsystems nachwies</mark>, wie ich <u>damals schon berichtet habe</u>. Im Video erklärt hat es <u>damals auch Clemens Arvay</u>, weil auf YouTube ist es in der Zwischenzeit natürlich zensuriert worden, also war die Erklärung offenbar richtig, <u>aber unerwünscht für die Pharmaindustrie</u>.

In der **Studie** wurde folgendes festgestellt:

Neben ihren Auswirkungen auf das spezifische (adaptive)
Immungedächtnis bewirken bestimmte Impfstoffe wie Bacillus
Calmette-Guérin (BCG) und der Impfstoff gegen Masern, Mumps und
Röteln (MMR) auch eine langfristige funktionelle
Umprogrammierung von Zellen des angeborenen Immunsystems.
(Netea et al., 2020). Dieser biologische Prozess wird auch als
trainierte Immunität bezeichnet, wenn er eine erhöhte
Reaktionsfähigkeit beinhaltet, oder als angeborene Immuntoleranz,
wenn er durch eine verringerte Zytokinproduktion gekennzeichnet ist

(Ifrim et al., 2014). Obwohl diese Effekte hauptsächlich für abgeschwächte Lebendimpfstoffe nachgewiesen wurden, wollten wir untersuchen, ob der BNT162b2-Impfstoff auch Auswirkungen auf angeborene Immunreaktionen gegen verschiedene virale, bakterielle und pilzliche Stimuli haben könnte. Eines der Kennzeichen einer erhöhte trainierten Immunität ist eine **Produktion** Entzündungszytokinen nach einer sekundären Infektion (Quintin et al., 2012). Überraschenderweise war die Produktion der aus Monozyten stammenden Zytokine TNF-a, IL-1\beta und IL-1Ra nach Stimulation von PBMCs von geimpften Personen entweder mit dem Standard-SARS-CoV-2-Stamm oder mit heterologen Rezeptor-Liganden tendenziell niedriger (Abbildungen 1 und 2). Die TNF-a-Produktion (Abbildung 1B-1G) nach Stimulierung mit dem TLR7/8-Agonisten R848 von mononukleären Zellen des peripheren Blutes von Freiwilligen war nach der zweiten Impfung signifikant verringert (Abbildung 1C). ...

Die Induktion von Toleranz gegenüber der Stimulation mit TLR7/8-(R848) oder TLR4- (LPS) Liganden durch die BNT162b2-Impfung könnte auf eine ausgewogenere Entzündungsreaktion während der Infektion mit SARS-CoV-2 hindeuten, und man könnte darüber spekulieren, ob ein solcher Effekt nützlich sein könnte, um die potenzielle Überentzündung bei COVID-19, einer der Haupttodesursachen (Tang et al., 2020), zu regulieren. Andererseits kann eine Hemmung der angeborenen Immunreaktionen die antiviralen Reaktionen vermindern. Interferone vom Typ I spielen ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Pathogenese und der Reaktion auf virale Infektionen, einschließlich COVID-19 (Hadjadj et al., 2020). Vor diesem Hintergrund haben wir auch die Produktion von IFN-a durch Immunzellen der Probanden nach der Impfung untersucht. Obwohl die IFN-a-Konzentrationen bei den meisten Stimuli unter der Nachweisgrenze des Assays lagen, beobachteten wir einen signifikanten Rückgang der IFN-α-Produktion nach Stimulation mit Poly I:C und R848 nach Verabreichung der zweiten Impfstoffdosis (Abbildung 1H, 1I). Dies könnte die anfängliche angeborene Immunantwort gegen das Virus behindern, da sich gezeigt hat, dass Defekte in TLR7 bei jungen Männern zu einer <mark>erhöhten Anfälligkeit für COVID-19 führen</mark> (Van Der Made et al., 2020). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Auswirkungen des

BNT162b2-Impfstoffs über das adaptive Immunsystem hinausgehen und auch angeborene Immunantworten modulieren können.

Wie ich in <u>diesem Artikel</u> ausgeführt habe, verursacht jede Impfung Toleranz gegenüber dem Keim, vermehrte Impfung auch vermehrte Toleranz. Das ist auch bekannt von den Grippeimpfungen. Das Immunsystem lernt, toleranter gegenüber dem Virus zu werden.

Damit werden die Geimpften anfälliger gegen Infektionen, was sich schon seit Mitte 2021 in den Infektionszahlen der Länder mit höherer Impfquote schlagend gezeigt hat.

Impfung kann also die Pandemie nicht beenden und verhindert die Entwicklung einer Herdenimmunität, indem sie die angeborene Immunreaktion gegen dieses Virus verringern.

Anstatt einen Impfstoff zu entwickeln, hatten Moderna und Pfizer versehentlich eine Immuntoleranz erzeugende Therapie produziert. Sie hatten auch dafür gesorgt, dass ältere Menschen mit hohem Risiko von ihren ersten Versuchen ausgeschlossen wurden, so dass die Impfstoffe weitaus wirksamer aussahen, als sie tatsächlich waren.

Es war nicht sofort offensichtlich, dass die Impfstoffe das Infektionsrisiko erhöhen, indem sie die angeborene Immunität ausschalten, denn anfangs wird der Körper mit neutralisierenden Antikörpern gegen das Virus überschwemmt. Erst wenn die Antikörper zu schwinden beginnen, wird klar, dass die wichtigsten Methoden, die der Körper normalerweise zur Verhinderung oder zum Abbruch einer Infektion einsetzt, ausgeschaltet wurden.

Anstatt ständig auf der Suche auch nach diesem Virus zu sein, bringen die Impfstoffe unserem Körper bei, dieses Virus zu tolerieren. Das Virus verändert dann seine Rezeptorbindungsdomäne, so dass es von den Impf-

Antikörpern nicht mehr behindert wird und schon kommt es vermehrt zu Erkrankungen mit schweren Verläufen bis hin zu Todesfällen bei den Geimpften.

Wenn man sich vor Augen hält, dass die Impfstoffe eine Immuntoleranz hervorrufen, sollte es ein Leichtes sein, ewig mit Statistiken hausieren zu gehen, die besagen, dass die Impfstoffe die Menschen schützen. Nach jeder Auffrischungsimpfung ignoriert man die Infektionen, die in den ersten

Wochen der durch die Impfung hervorgerufenen Immunsuppression auftreten, und rechnet sie und die anschließenden Krankenhausaufenthalte oder Todesfälle auf den vorherigen Zustand auf.

Was aber leider durch diese Störungen des Immunsystems offenbar noch passiert, sind andere Krankheiten wie Krebs, Gürtelrose, Autoimmunreaktionen, Herz- und Kreislaufprobleme, sowie neurologische Schädigungen – kurz alles, wovor das angeborene Immunsystem uns schützen sollte.

Mehrere Studien haben gezeigt, dass die <u>mRNA mindestens vier Monate</u> im Körper aktiv bleibt. Aus den <u>Unterlagen von Pfizer</u> geht hervor, dass das für die giftigen Lipid-Nanopartikel ebenfalls gilt. Das hat zur Folge, dass die Schwächung des Immunsystems über Monate anhält, insbesondere dann, wenn immer wieder nachgeimpft wird. Es kommt daher eben zum <u>gefürchteten Vakzin-AIDS</u>.

Das alles ist bekannt und schlüssig dokumentiert. Die Fortsetzung der Impfkampagnen, die die Pandemiebetreiber erzwingen wollen, durch Impfpflicht und Verlängerung der digitalen Covid-Zertifkate, wird noch mehr Menschen noch massiver schädigen.

Ursachen für Verringerung der Immunität durch jede weitere Impfdosis
Veränderungen im angeborenen Immunsystem durch Corona Impfungen
Warum die gentechnischen Spike-Impfungen Krebs fördern
Studie: Schädliche Impf-Spikes verbleiben Monate im Körper

https://tkp.at/2022/04/03/11-000-seiten-neue-geheime-pfizer-dokumente-veroeffentlicht/

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Wissenschaft

11.000 Seiten: Neue geheime Pfizer-Dokumente veröffentlicht

3. April 2022von Thomas Oysmüller 2 Minuten Lesezeit

Ein neuer Stapel an eingeklagten Pfizer-Dokumenten zum mRNA-Impfstoff "Comirnaty" wurde am 1. April veröffentlicht. Eigentlich hätten die Unterlagen für 77 Jahre aus den Augen der Öffentlichkeit verschwinden sollen.

Kein Aprilscherz: Der nächste Schub an jenen Pfizer-Dokumenten, die über 70 Jahre hätten, geheim bleiben sollen, wurde am 1. April veröffentlicht. Es handelt sich um weitere 11.043 Seiten, die aus der US-amerikanischen FDA herausgeklagt worden waren. Außerdem ist im neuen Stapel an Dokumenten auch eine ungeschwärzte Version eines Berichts nach der Markteinführung enthalten.

Pfizer brauchte mehr Personal

Wie schon beim ersten, noch umfangreicheren Stapel an Dokumenten wird auch die Auswertungen der neuen Unterlagen eine Menge an Zeit und Einsatz kosten. Erste Einblicke gibt es aber schon.

So hatte das Unternehmen etwa zusätzliches Personal einzustellen, da man auf die Vielzahl an gemeldeten spontanen und unerwünschten Ereignissen offenbar nicht eingestellt war.

Among adverse event reports received into the Pfizer safety database during the cumulative period, only those having a complete workflow cycle in the safety database (meaning they progressed to Distribution or Closed workflow status) are included in the monthly SMSR. This approach prevents the inclusion of cases that are not fully processed hence not accurately reflecting final information. Due to the large numbers of spontaneous adverse event reports received for the product, the MAH has prioritised the processing of serious cases, in order to meet expedited regulatory reporting timelines and ensure these reports are available for signal detection and evaluation activity. The increased volume of reports has not impacted case processing for serious reports, and compliance metrics continue to be monitored weekly with prompt action taken as needed to maintain compliance with expedited reporting obligations. Non-serious cases are entered into the safety database no later than 4 calendar days from receipt. Entrance into the database includes the coding of all adverse events; this allow for a manual review of events being received but may not include immediate case processing to completion. Non-serious cases are processed as soon as possible and no later than 90 days from receipt. Pfizer has also taken a multiple actions to help alleviate the large increase of adverse event reports. This includes significant technology enhancements, and process and workflow solutions, as well as increasing the number of data entry and case processing colleagues. To date, Pfizer has onboarded approximately 600 additional fulltime employees (FTEs). More are joining each month with an expected total of more than 1,800 additional resources by the end of June 2021.

Das findet sich im ungeschwärzten Bericht nach der Markteinführung. Das Dokument hat 38 Seiten, ist sicherlich hochbrisant. Und zeigt auch, wie viele Lücken die mRNA-Therapie, nachdem die Impfkampagne bereits angelaufen war, hatte. Fehlende Informationen gebe es etwa nicht nur bei der "Impfeffektivität", sondern etwa auch bei der "Verwendung in Schwangerschaft und Stillzeit". Anaphylaxis, eine allergische Reaktion ist als "wichtiges Risiko" zumindest bereits identifiziert.

3.1.2. Summary of Safety Concerns in the US Pharmacovigilance Plan

Table 3. Safety concerns

Important identified risks	Anaphylaxis
Important potential risks	Vaccine-Associated Enhanced Disease (VAED), Including Vaccine-associated Enhanced Respiratory Disease (VAERD)
Missing information	Use in Pregnancy and lactation Use in Paediatric Individuals <12 Years of Age Vaccine Effectiveness

Den 38-seitigen Bericht finden Sie hier.

Sicherheitsbedenken hatte man also bei "impfstoffassoziierten verstärkten Erkrankungen, einschließlich impfstoffassoziierter

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Atemwegserkrankungen." Das könnte für eine größere Anfälligkeit gegenüber anderen Krankheitserregern sprechen. Eine Schwächung des Immunsystems durch die Impfung also, jene Sache vor der von vielen Seiten heftig gewarnt wird.

Sieg vor Gericht

Veröffentlicht mussten die Dokumente werden, nachdem die FDA vor einem texanischen Bezirksgericht verloren hatte. Die Non-Profit-Organisation, die den Prozess gewonnen hat und als "Public Health and Medical Professionals for Transparency" auftritt, hat die Pfizer-Dokumente umgehend auf ihrer Website veröffentlicht. Angaben oder Erklärung darüber, was sie zeigen, fehlen aber (noch). Ein Sprecher der NGO sagte: "Unsere Aufgabe war es, die Dokumente zu beschaffen. Die Analyse überlassen wir den Wissenschaftlern und anderen."

Es dürfte nicht der letzte Stapel an Dokumenten gewesen sein, die eigentlich für 77 Jahre von der Öffentlichkeit zurückgehalten werden sollten.

Die neu veröffentlichten Dokumente finden Sie hier.

Bild wikimedia

Geheime Pfizer-Daten veröffentlicht: 9 Seiten Nebenwirkungen

Anstieg der Todesfälle beim US-Militär um 1100 % infolge mRNA-Injektionen! mRNA-Injektionen sind um einiges gefährlicher, als jeder Kampfeinsatz.

https://tkp.at/2022/04/01/anstieg-der-todesfaelle-beim-us-militaer-um-1100-infolge-mrna-injektionen/

TRU NEWS

TODD CALLENDER: GENETIC-ALTERING VACCINES COULD NULLIFY HUMAN RIGHTS



Wissenschaft

<mark>Anstieg der Todesfälle</mark> beim US-Militär um <mark>1100 % infolge mRNA-Injektionen</mark>

1. April 2022von Dr. Peter F. Mayer 3 Minuten Lesezeit

Soldaten und ihre Angehörigen sind eine relativ gut kontrollierbare Gruppe. Fehlende fallen – bildlich gesprochen – beim morgendlichen Abzählen auf. Die Krankenakten sind vollständig und gut vergleichbar. Beim US-Militär zeigt sich mittlerweile immer klarer, dass die mRNA-Injektionen um einiges gefährlicher sind, als jeder Kampfeinsatz.

Der US Anwalt Thomas Renz <u>berichtete im Januar</u>, dass bei Fehlgeburten von Soldatinnen und Partnerinnen von Soldaten ein Plus von 300 Prozent gegenüber den vorigen Jahren beobachtet wird. Krebs, Neurologische Probleme, die die Piloten beeinflussen können, verzeichnen ein Plus von über 1000 %.

Kürzlich wurde berichtet, dass bei 80 von 83 verstorbenen Militärangehörigen in Fort Bragg der Todesfall "plötzlich und unerwartet" auftrat.

In dem folgenden Video werden offenbar sich entwickelnde katastrophale Zustände beschrieben. (Im Originalbeitrag zu finden, hier nicht)

Hier ein Transkript der Aussagen:

Die jungen Männer und Frauen, die sich freiwillig gemeldet haben, um als Mitglieder des US-Militärs ihre Gemeinden zu schützen, werden seit über einem Jahrhundert von ihrer eigenen Regierung angegriffen und wie Versuchstiere mit Senfgas, Plutonium, Agent Orange und abgereichertem Uran behandelt.

Aber was wir jetzt erleben, ist die endgültige Zerstörung des gesamten US-Militärs von innen heraus.

Diejenigen, die vernünftig genug sind, die Gentherapie-Impfung zu verweigern, werden aus dem Militärdienst gedrängt.

Navy SEALS, die die Impfung verweigert haben, werden nicht mehr eingesetzt, und ihnen wird sogar die Erlaubnis verweigert, zur medizinischen Behandlung zu reisen.

Aber mehr als zwei Drittel des US-Militärs haben sich dafür entschieden, dieses lebensverändernde Vaxxin zu erhalten, das sich nun als katastrophal erwiesen hat.

Rechtsanwalt Todd Callender, der die US Navy SEALs gegen Präsident Joe Biden vertritt, berichtete kürzlich von einem Anstieg der Todesfälle beim US-Militär um 1100 % infolge dieser mRNA-Injektionen, und auf der Grundlage

der neuesten Daten wird erwartet, dass diese Zahl bald auf über 5000 % ansteigen wird.

Eine durchgesickerte Militärdatenbank des Verteidigungsministeriums zeigt uns, dass, während der Öffentlichkeit erzählt wurde, es handele sich um eine "Krise der Ungeimpften", der Verteidigungsminister und das Oberkommando wussten, dass 71 % aller neuen Fälle unter den vollständig Geimpften auftraten.

Das Verteidigungsministerium wusste, was es tat, und die richtige Anklage lautet Völkermord.

[TruNews-Clip] Todd Callender: "Wenn Sie sich die gesamte Dokumentation ansehen, die Dokumentation von Pfizer, wir haben ihre Fläschchen mit Massenspektrometrie untersucht. Wir wissen, was in diesen Dingen enthalten ist.

"Und sie haben sogar zugegeben, dass sie den Impfungen ein HIV-Protein beigefügt haben, um die Autoimmunerkrankung (sic) der Menschen zu hemmen.

Sie konnten diese Lipid-Nanopartikel, bei denen es sich um kleine Bomben handelt, die pathogene Proteine tragen, um eine Genveränderung bei einem Individuum zu bewirken – "Gentherapie", wie sie es nennen – nicht unterschieben.

"Um diese Lipid-Nanopartikel an der zellulären Abwehr, der körpereigenen Abwehr, vorbeizubringen, mussten sie das Immunsystem entwaffnen – und das ist ihnen gelungen. Das steht in allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

"Was sie nicht geschafft haben, ist das wieder rückgängig zu machen, und jetzt wird das langsam klar. Immer mehr Menschen werden HIV-positiv. Menschen, die sich dreimal haben impfen lassen, haben kein Immunsystem mehr.

"Es gibt keine Möglichkeit, dies anders zu charakterisieren als vorsätzlichen Mord, die vorsätzliche Tötung eines Menschenlebens – außer, dass es in großer Zahl geschieht, was es zu einem Völkermord macht."

Rick Wiles: "Eine durch Impfung ausgelöste AIDS-Epidemie."

Todd Callender: "Das ist richtig. Das ist korrekt."

<u>Massive Steigerung von Erkrankungen als Folge der Impfkampagne beim US-Militär</u>

<u>US-Militär in Fort Bragg: 80 Todesfälle plötzlich und unerwartet, 3 im</u> Kampfeinsatz

<u>Zahlen aus Neuseeland lassen bevorstehende Vakzin-Aids-Pandemie</u> erwarten

Public Health Graz

Was im Hintergrund gelaufen ist, dass eine Pharma-Lobbyistin in

Österreich fast die Leitung der

Medizinmarktaufsicht übernommen hätte, werden wir wohl nie erfahren. Welche Rolle die Grünen dabei gespielt haben, wohl auch nicht. Faktum ist, dass es nur einem anhaltenden und konzentrierten Widerstand zu verdanken ist, dass diese Entscheidung

zurückgenommen wurde - https://orf.at/stories/3257322/ - Stolz braucht auf diese ganze Posse niemand zu sein. Sie zeigt viel eher was in Österreich inzwischen alles möglich ist.

https://tkp.at/2022/04/02/aussie-senator-malcolm-roberts-verlangt-anklage-gegen-gesundheitsbuerokraten-wegen-covid-verbrechen/



Politik

Aussie Senator Malcolm Roberts verlangt Anklage gegen Gesundheitsbürokraten wegen Covid-Verbrechen

2. April 2022von Dr. Peter F. Mayer4 Minuten Lesezeit

In immer mehr Parlamenten werden die dramatischen Folgen der Kampagne mit den mRNA-

Spritzen angeprangert. In einer beeindruckenden Rede klagt Senator Malcolm Roberts die australische Gesundheitsbürokratie an, ob sie glaubt damit durchzukommen. Hier einige Auszüge aus einer Rede von Malcolm Roberts vor dem australischen Senat.

Hier ein Teil des Transkripts in deutscher Übersetzung:

Letzte Woche kamen führende australische Parlamentarier zu einer von mir organisierten Veranstaltung mit dem Titel 'COVID Under Question' zusammen, um dokumentierte Beweise und Aussagen von Opfern zu präsentieren, die ein katastrophales Versagen des

australischen Rechtsrahmens belegen. **COVID-Impfstoffverletzungen werden hinter anonymen Regierungsdaten versteckt**,

während angebliche COVID-Virusschäden in der Hauptsendezeit verbreitet werden.

Das Mindeste, was wir für die Opfer von COVID-Impfstoffen tun können, ist, ihre Namen zu nennen – Opfer wie Caitlin Georgia Gotze, eine gesunde und lebensfrohe 23-Jährige, die an der Griffith University studierte, um Tierärztin zu werden, und gleichzeitig als Pferdebetreuerin arbeitete. Caitlin starb bei der Arbeit an einem Herzinfarkt nach einer zweiten Pfizer-Impfung. Als Todesursache wurde Asthma angegeben, eine Krankheit, an der Caitlin nie gelitten hatte....

Die Australian Health Practitioner Regulatory Agency (AHPRA) hat Ärzte dazu gedrängt, <mark>die Schäden, die sie sehen, nicht zu melden oder gar darüber zu sprechen.</mark>

Die Therapeutic Goods Administration (TGA) löschte 98 Prozent der 800 von Ärzten gemeldeten Impftodesfälle. Die TGA tat dies ohne Autopsie oder angemessene Berücksichtigung aller medizinischen Daten der Patienten. ...

Daten, die kürzlich in Gerichtspapieren in den Vereinigten Staaten aufgetaucht sind, zeigen eindeutig, dass der Impfstoff in den klinischen Versuchen, die Pfizer, BioNTech und andere durchgeführt haben, offensichtlich Schaden angerichtet hat. Hätte sich die Australian Technical Advisory Group on Immunisation (ATAGI) die Mühe gemacht, diese Informationen anzufordern, hätte dies zur Ablehnung des Antrags auf vorläufige Verwendung führen müssen.

In Australien wurde keine unabhängige Analyse der grundlegenden Fragen im Zusammenhang mit neuartigen mRNA-Impfstoffen durchgeführt ... Stattdessen nahm der Minister die Aussagen von Pfizer, AstraZeneca und Moderna beim Wort. ... Es handelt sich um dieselben Pharmaunternehmen, wieder wegen kriminellen Verhaltens zu Geldstrafen verurteilt **worden sind.** AstraZeneca <mark>wurde wegen Betrugs</mark> zu einer Geldstrafe in Höhe von 355 Millionen US-Dollar verurteilt und erhielt außerdem eine Geldstrafe in Höhe von 550 Millionen US-Dollar, weil es unbegründete Behauptungen über die Wirksamkeit von Medikamenten aufgestellt hatte. Pfizer erhielt eine Geldstrafe in 430 Millionen Dollar für <mark>unbegründete</mark> Höhe Behauptungen über die Wirksamkeit und eine Geldstrafe in Höhe **von 2,3 Milliarden Dollar für** unbegründete Behauptungen über die Wirksamkeit und für die Zahlung von Schmiergeldern. ...

Die Labor Party und die Liberal-Nationale Partei haben allein in diesem Wahlzyklus jeweils 1 Million Dollar vom pharmazeutischen Establishment angenommen. Im Haushalt dieser Woche sind weitere Milliarden vorgesehen, um die Pharmakonzerne zu bezahlen, damit der COVID-19-Zug in Gang bleibt. ...

Ihr schlimmstes Verbrechen war das Verbot von Ivermectin und HCQ:

Erwähnt werden sollte die Entscheidung der TGA, sichere, vollständig zugelassene und weithin akzeptierte Alternativen zu COVID-19-Impfstoffen gehören zu verbieten. Dazu Hydroxychloroquin und Ivermectin, Vitamine, Mineralien natürliche antivirale Mittel bewährte Botschaften zu gesunder Ernährung und Lebensweise. Die Entscheidung, bewährte, sichere, erschwingliche und leicht zugängliche alternative Behandlungen, die sich weltweit bewährt haben, zu verbieten, wurde getroffen, um eine möglichst schnelle und breite Akzeptanz der zu gewährleisten. Die Kunden der TGA TGAselbst. Das heißt, Pharmaunternehmen die finanzieren die Zulassung ihrer eigenen Produkte. Wo sind die Kontrollen und Gegenkontrollen? Es keine. ...

Ein weiterer Arm der Bürokratie sorgt dafür, dass wir <mark>im Blindflug unterwegs sind:</mark>

australische Statistikamt schuldig an diesem Skandal und Vertuschung. Jahresbudget Das des australischen beträat 400 Millionen Dollar. Statistikamtes Die Sterblichkeitsdaten stammen vom November letzten Jahres und liegen damit vier Monate zurück. Die jüngste Aufschlüsselung der Sterblichkeit nach Ursache und Alter stammt aus dem Jahr 2020. Die aktuellsten Daten über Lebendgeburten stammen aus dem Jahr

₂₀₂₀. Die Daten zu Geburten waren früher sechs Wochen später

verfügbar, nicht erst nach 15 Monaten.

Werden Fehlgeburten verheimlicht? ...

Die Wahrheit wird ans Licht kommen:

Die Wahrheit ist, dass das Select Committee on COVID
19 eine Schutzgelderpressung für die Pharmaindustrie betrieben hat, und die heutige Abstimmung beweist das. Dieser beispiellose Verrat am australischen Volk muss unverzüglich einer königlichen Kommission vorgelegt werden.

An den Premierminister, den Gesundheitsminister, das Bundesgesundheitsministerium und all diejenigen im Senat und im Repräsentantenhaus – Sie alle, die dieses Verbrechen begangen haben – richte ich eine Frage: Wie zum Teufel wollen Sie damit durchkommen? Wir werden Sie nicht ungestraft davonkommen lassen.

Hört, hört.

<u>Britischer Abgeordneter beschuldigt Regierung der Vertuschung von Impf-Nebenwirkungen</u>

<u>Impf-Nebenwirkung sind kein Anzeichen für gute Wirkung – im Gegenteil</u> <u>Geheime Pfizer Daten über Impf-Nebenwirkungen richtig interpretieren</u>

https://www.achgut.com/artikel/impfschaeden das thema erreicht den mainstream

Claudio Casula / 01.04.2022 / 14:00 / /

Impfschäden explodieren, der Mainstream erwacht unsanft

Die Uniklinik Marburg hat eine Spezialambulanz für Patienten mit Nebenwirkungen nach der Corona-Impfung eingerichtet, die Warteliste ist auf rund 800 Patienten

angewachsen. Auch Ärzte, die Impfschäden ernstnehmen, werden überlaufen

Impf-Katastrophe nimmt ihren Lauf.

Der Mythos von der "nebenwirkungsfreien Impfung" (Karl Lauterbach) zerfällt vor unseren Augen zu Staub. Es sei daran erinnert, dass Ärzte und Wissenschaftler hier bei Achgut.com schon seit November 2020 über die Wirkungslosigkeit und Gefahren der COVID-"Impfung" berichteten, so etwa Dr. Gunter Frank, Dr. Jochen Ziegler und Dr. Andreas Zimmermann. Frühzeitig warnten sie davor, der Impfpropaganda der Regierung blind Glauben zu schenken und forderten eine breite Erfassung der Nebenwirkungen. Dr. Ziegler etwa schrieb:

"Uns steht mit einiger Wahrscheinlichkeit ab dem Zeitraum 12/2021 bis 12/2022 (ein bis zwei Jahre nach Beginn der Impfkampagnen) eine humanitäre Notlage bevor, wenn sich die Befürchtungen über die mittel- bis langfristigen Wirkungen der Impfung bestätigen sollten. Wenn jeder tausendste Impfling in Folge der Impfung schwer erkranken würde, hätten wir – im Gegensatz zur COVID-, Pandemie' – eine echte gesellschaftlich-medizinische Notlage.

Zur Not der Opfer, die sich aus gutem Glauben an die Botschaften von Staat und Medien haben impfen lassen, käme auch eine fundamentale Vertrauenskrise in den Staat und seine Institutionen. Denn unter normalen Umständen und den bisherigen gut begründeten Maßstäben bei der Zulassung müssten diese Impfstoffe sofort vom Markt genommen werden."

Nun kommen auch Mainsteam-Medien um das Phänomen nicht mehr länger herum. War es zunächst nur der österreichische Privatsender Servus TV, der über Fälle von Impfschäden berichtete (etwa hier und hier), wagte sich kürzlich – wenn auch sehr, sehr vorsichtig – die Sendung *plusminus* im Ersten aus der Deckung. Es ging vor allem um Betroffene, die sich von Politik und Wissenschaft im Stich gelassen fühlen.

Marburg: 200 bis 400 Fälle täglich gemeldet

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Tatsächlich mehren sich die Stimmen, die von zahlreichen und massiven Impfschäden künden So hat die Uniklinik Marburg eine Spezialambulanz für Patienten mit Nebenwirkungen nach der Corona-Impfung eingerichtet die zwischen 200 und 400 Mails am Tag erreichen. Die Warteliste sei auf rund 800 Patienten angewachsen.

Nun veröffentlichte die Berliner Zeitung ein Interview mit dem Berliner Arzt Erich Freisleben, dessen Praxis von Patienten mit Impfinebenwirkungen geradezu "überrannt" wird. Schon im Mai 2021 erlebte dieser, dass es einen eigentlich kerngesunden 62-jähriger Patienten nach der Corona-Impfung erwischt hatte: Lungenembolie, Gerinnungsprozesse in den Eingeweiden, schließlich eine Sinusvenenthrombose. Exitus. Freisleben fiel vor allem zweierlei auf: Gerinnungsprozesse, die über Monate stattfinden, von denen man aber nichts merkt, und Autoimmunprozesse in besonderer Form

Menschen, die über eine Kombination von Schwindel, Hauterscheinungen, Stechen in Gelenken und schwerer Müdigkeit klagen und an einen Zusammenhang mit ihrer Impfung denken, berichten übereinstimmend, dass sie von Ärzten nicht ernstgenommen werden, man unterstelle ihnen, die Beschwerden seien psychosomatisch oder eingebildet. Sie sollten sich "nicht so anstellen".

Autoimmunreaktionen in den obduzierten Körpern gefunden hätten. Offenbar würden die Spikes eben nicht, wie angenommen, binnen zwei Tagen im Körper abgebaut, sondern nisteten sich in den Gefäßen ein, so dass das Immunsystem kleine Entzündungen verursache.

Eine Million Menschen in Deutschland betroffen?

Laut Freisleben übersteigt die Zahl der Impfnebenwirkungen die der Long-Covid-Fälle bei Weitem: "Ich habe acht Menschen mit stärkeren anhaltenden Long-Covid-Beschwerden in Behandlung. Wenn ich die Patienten, die extra wegen Impfnebenwirkungen neu zu mir gekommen sind, abziehe, habe ich 40 Patienten aus meiner Stammklientel mit schweren Impfnebenwirkungen. Die sind nicht arbeitsfähig und haben Symptome, die ihr Leben massiv einschränken." Er schätzt die Fälle der schweren Impfnebenwirkungen auf drei Prozent. Das beträfe hochgerechnet über eine Million Menschen allein in Deutschland:

"Ich habe in 35 Jahren Tätigkeit als niedergelassener Arzt zuvor vielleicht fünf oder sechs

Nebenwirkungen bei Impfstoffen gesehen. Für die neuartigen Impfstoffe habe ich inzwischen 96 gezählt. Das steht in keinem Verhältnis."

Man müsse sich klarmachen, dass wir es hier mit einer ganz neuen, viel zu schnell entwickelten Impftechnik zu tun hätten. Nebenwirkungen müssten akribisch dokumentiert und Zusammenhänge untersucht werden. Noch wüssten wir nicht, was die neuen mRNA-Impfstoffe mit unserem Immunsystem anrichten.

Klar gegen eine Impfpflicht

Dass es dennoch keinen Aufschrei unter

Medizinern gibt, erklärt sich Freisleben mit der starken Agenda nicht nur in Deutschland, die stur auf die Impfung als alleinigen Weg aus der Pandemie setze und Zweifel nicht aufkommen lasse, um die Impfbereitschaft nicht zu schmälern. Es nimmt nicht wunder, dass sich der Arzt deutlich gegen eine Impfpflicht ausspricht. Diese sei "ein massiver Eingriff in den Körper", außerdem sei nachweislich falsch, dass Ungeimpfte andere mehr zefährden würden als Geimpfte

Die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus – Ärzte und Juristen hatten damals eine führende Rolle in der Nazi-Programmatik eingenommen – verböte Ausnahmetatbestände bezüglich der Selbstbestimmung. Eine Aufweichung des Grundgesetzes würde bedeuten, die Lehre aus der Geschichte nicht verstanden zu haben.

Zudem fürchtet Freisleben den unheilvollen Einfluss der geballten Finanzkraft weniger globaler Player, meist aus der Pharmabranche, welche die WHO zu 80 Prozent finanzierten: "Eine Impfpflicht würde das Tor zum Missbrauch weit öffnen."

https://tkp.at/2022/04/02/britischer-abgeordneter-beschuldigt-regierung-dervertuschung-von-impf-nebenwirkungen/

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Politik

Britischer Abgeordneter <mark>beschuldigt</mark> Regierung der Vertuschung von Impf-Nebenwirkungen

2. April 2022von Dr. Peter F. Mayer 4.4 Minuten Lesezeit

Großbritannien hat als fußballbegeistertes Land ein Yellow-Card-Saystem (Gelbe Karten) zur Meldung von Impf-Nebenwirkungen. Aber so wie bei uns werden auch im UK (und den meisten anderen Ländern) Meldungen über Nebenwirkungen und Todesfälle unterdrückt. Würde man das ganze Ausmaß öffentlich machen, dann müsste selbst ein Impf-Minister Big Pharma die Rote Karte zeigen.

Darüber gibt es viele Berichte und Beweise, nicht zuletzt auch in den Kommentaren zu den TKP-Artikeln. Nur ganz selten spricht jemand öffentlich darüber, riskiert man damit doch sein berufliches Fortkommen.

Doch diese Woche sagte Sir Christopher Chope, konservativer Abgeordneter für Christchurch, vor dem britischen Unterhaus: "Die Regierung scheint zu versuchen, das Vertrauen in den Impfstoff zu fördern, indem sie die negativen Folgen der Impfung für einige vertuscht".

Sir Christopher vermutete, dass die Zahl der unerwünschten Reaktionen auf den Impfstoff im Vereinigten Königreich in die Millionen gehen könnte, und er enthüllte, dass eine junge Gesundheitsministerin

von so vielen Opfern kontaktiert wurde, dass sie ihr Twitter-Konto schließen musste.

Sir Christopher nutzte die Gelegenheit bei der Begründung für seinen Antrag zu Zahlungen für Impfschäden bei Covid-19.

In seiner Rede ging er nach Medienberichten auf folgende Punkte ein:

"Bei diesem Gesetzentwurf geht es nicht um die zehn Millionen Menschen im Vereinigten Königreich, die von dem Impfprogramm profitiert haben, sondern um die Zehntausende, bei denen der durch die Impfstoffe verursachte Schaden größer ist als der Nutzen. Im Mittelpunkt dieses Gesetzentwurfs stehen die Familien derjenigen, die auf tragische Weise ums Leben gekommen sind oder schwere Verletzungen oder lebensverändernde Erkrankungen erlitten haben, weil sie ihrer öffentlichen Pflicht nachgekommen sind und sich impfen ließen."

"Bisher wurden noch keine Zahlungen geleistet ... auch nicht für diejenigen, bei denen ein Gerichtsmediziner festgestellt hat, dass sie aufgrund des Impfstoffs gestorben sind. Die Ungeduld und Frustration der Betroffenen ist inzwischen spürbar. Nachdem sie ihre Angehörigen vor mehr als einem Jahr verloren haben, haben einige die Staatssekretärin für Gesundheit und Soziales, die Abgeordnete für Lewes [Maria Caulfield], zum Handeln aufgefordert – ich freue mich, sie auf der vorderen Bank zu sehen. Soweit ich weiß, hat sie gestern ihren Twitter-Account für Impfgegner gesperrt und heute hat sie ihren Twitter-Account ganz geschlossen. Das zeigt, wie stark die Stimmung in der Öffentlichkeit ist."

Aus den <u>britischen Daten</u> ist mittlerweile klar erkennbar, dass von Infektionen und Erkrankungen überwiegend Geimpfte betroffen sind, und zwar wesentlich höheren Prozentsatz als geimpft worden sind. Aber noch wesentlich gravierender sind die langfristigen Schäden, die immer häufiger und schwerer werden, vor allem bei denen, die mehrere Dosen gespritzt erhalten haben. Und da hapert es weltweit an Diagnose und Therapie, wie wir <u>mehrfach berichtet</u> haben. Sir Christopher sprach dieses Thema direkt an:

"Bei diesem Gesetzentwurf geht es nicht nur um die Kostenerstattung, sondern auch um die Diagnose und Behandlung von Patienten, die unter den Auswirkungen der Impfstoffe gelitten haben oder noch

leiden. Die derzeitige Situation ist völlig unzureichend, weshalb der Gesetzentwurf den Staatssekretär verpflichtet, sowohl die Diagnose als auch die Behandlung zu verbessern."

"Diejenigen, die vor der Impfung kerngesund waren, sind bei der Suche nach medizinischer Hilfe auf zu viel Unwissenheit und Skepsis gestoßen. Bei einigen hat sich der Hausarzt geweigert, sich auf sie einzulassen, so dass sie das Gefühl hatten, unter Druck gesetzt zu werden, indem ihre körperlichen Schmerzen abgetan oder als Geisteskrankheit abgetan wurden. Wie beleidigend und demütigend ist das und wie sehr steht das im Widerspruch zu den Grundsätzen des nationalen Gesundheitsdienstes?"

Das Ausmaß dieser Probleme ist enorm, und Chope glaubt nicht, dass sich die Regierung darüber im Klaren ist. Bei der Regulierungsbehörde für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (Medicines and Healthcare products Regulatory Agency – MHRA) wurden mehr als 450.000 Gelbe Karten eingereicht, auf denen Nebenwirkungen von Covid-19-Impfstoffen aufgeführt sind.

Chope hält diese Zahl für massiv zu gering:

"Diese Zahl ist eine Unterschätzung der tatsächlichen Zahl der Betroffenen, die bei 4,5 Millionen oder mehr liegen könnte. Ich füge hinzu, was die MHRA am 17. Mai 2019 sagte: Nur 10 Prozent der schwerwiegenden Reaktionen und zwischen zwei und vier Prozent der nicht schwerwiegenden Reaktionen werden im Rahmen des Yellow-Card-Systems gemeldet. Die MHRA sagt, dass diese Zahlen jetzt nicht mehr gelten, aber sie hat nicht gesagt, welche Zahlen das tun."

Sir Christopher fordert auch Antworten auf mehrere parlamentarische Anfragen, die er gestellt hat. Er wartet auf eine schriftliche Erklärung des Gesundheitsministers Sajid Javid.

Die Feststellungen von Chope treffen bei uns mit Sicherheit ebenfalls zu, wobei in England und Schottland die Berichte noch erheblich umfassender und ehrlicher sind, als alles was AGES und RKI bisher veröffentlicht haben. Und spricht einmal jemand die Wahrheit, wie der Vorstand der BKK ProVita, dann wird er sofort fristlos entlassen und verfolgt. Die mRNA-Gen-Spritzen müssen solange gespritzt werden bis Ja, was eigentlich? Bis alle krank sind? Oder verstorben?

Die neuesten Zahlen zur Gelben Karte der MHRA findet man hier.

<u>Daten aus England: Covid-Impfung schützt nicht einmal gegen schwere</u> Verläufe

<u>Letzter nur wenig verfälschter Bericht von Public Health Scotland bestätigt</u> neuerlich Impfdesaster

Spike und Gerinnung: Es ist schlimmer als gedacht

<u>RTV-Talk über Impfung: Nebenwirkungen, Schäden und Therapie des Post-Vakzin-Syndroms – Video</u>

https://tkp.at/2022/04/04/trotz-ein-drittel-weniger-covid-toten-als-im-vorjahr-2022-neuerlich-erhoehte-sterblichkeit/

#PlötzlichUndUnerwartet nunmehr traurige "Neue Normalität" in Österreic

Trotz 1/3 weniger COVID-Toten als im Vorjah 2022 erneut höhere Sterblichkei

Auch nicht wegen COVID: Stärkere Auslastung der Intensivstationen als im Vorja

Mainstream breitet Mantel des Schweigens über alarmierender Entwicklung aus

Verstorbene Personen in Österreich in Kalenderwoche 1 bis 11

Wissenschaft

Trotz ein Drittel weniger Covid-Toten als im Vorjahr<mark>: 2022 neuerlich erhöhte</mark> Sterblichkeit

4. April 2022von Dr. Peter F. Mayer 1.3 Minuten Lesezeit

Wir wissen schon aus dem Vorjahr, dass parallel zur Impfkampagne die Todesfälle angestiegen sind, ablesbar an der Übersterblichkeit. Übersterblichkeit gab es hingegen im Jahr 2020 nicht, obwohl

wir angeblich ungeschützt einem tödlichen Virus ausgesetzt waren. Die Varianten, die 2021 beobachtet wurden, waren deutlich weniger gefährlich mit einer stark reduzierten Infektionssterblichkeitsrate.

Schon die Delta Variante lag deutlich unter der Infektionssterblichkeit einer normalen Grippe. Mit Omicron sind wir im Bereich einer normalen Erkältung oder eines Schnupfens angelangt. Zumindest bei den Ungeimpften.

Die Geimpften weisen höhere Covid-Sterblichkeit auf. Dazu gibt es Sterblichkeit als Nebenwirkung der Impfung. Und vermehrt kommen jetzt andere Erkrankungen hinzu, da das angeborene Immunsytem massiv geschwächt wurde, bis hin zu Vakzin-AIDS.

Die Daten des 1. Quartals in Österreich

Factsheet Austria hat soeben die <u>Auswertung der Daten veröffentlicht</u>. Sie schreiben dazu:

Während der Mainstream hysterisch die Omikron-Sau durch das mediale Dorf trieb, starben 2022 in Österreich bis jetzt mehr Menschen als im selben Zeitraum des Vorjahres. Auch die Intensiv-Stationen sind deutlich voller als 2021.

16,7 Mio. Impfdosen später hat die Republik ein gravierendes Problem, denn wie offizielle Daten zeigen, liegt diese Entwicklung nicht an COVID. Damit verbundene Todesfälle und Intensivbelegung sanken um mehr als ein Drittel.

Wer nicht fanatischem Gehorsam verfallen ist, erkennt die bittere Realität: **Die Büchse der Pandora ist geöffnet**. @FactSheetAustria

Factsheet #155

FACT SHEET AUSTRIA

#PlötzlichUndUnerwartet nunmehr traurige "Neue Normalität" in Österreich

Trotz 1/3 weniger COVID-Toten als im Vorjahr 2022 erneut höhere Sterblichkeit

Auch nicht wegen COVID: Stärkere Auslastung der Intensivstationen als im Vorjahr Mainstream breitet Mantel des Schweigens über alarmierender Entwicklung aus

Verstorbene Personen in Österreich in Kalenderwoche 1 bis 11

	2021	2022	Veränderung
Insgesamt	19.934	20.092	+ 0,8 %
An / mit COVID-19	2.551	1.675	- 34,3 %
Andere Gründe	17.383	18.417	+ 5,9 %

Durchschnittlich belegte Intensivbetten in Kalenderwoche 4 bis 11*

*Daten für 2021 erst ab KW 4 verfügbar	2021	2022	Veränderung
Insgesamt	1.210	1.354	+ 12,0 %
Wegen / mit COVID-19	307	193	- 37,1 %
Andere Gründe	903	1161	+ 28,6 %

Verabreichte COVID-Schutzinjektionen zum Ende von Kalenderwoche 11

	2021	2022	Veränderung
Injizierte Gentechnik-Dosen	1,4 Mio.	18,1 Mio.	+ 16,7 Mio.
Pro 100.000 Einwohner	15.650	202.924	+ 187.274

<u>Datenquellen:</u> AGES - https://covid19-dashboard.ages.at/data/data.zip, E-Impfpass - Open Data, Statistik Austria - Gestorbene nach Kalenderwoche, Altersgruppe und Geschlecht

Hinweis: Angaben trotz sorgfältigster Recherche ohne Gewähr. Stand 02.04.2022

Folge den Fakten auf Telegram -> https://t.me/FactSheetAustria

Österreich: Höhere Mortalität durch Impfung als durch Covid <u>Übersterblichkeit in Deutschland 2021 – Erfolg der Covid-Impfungen</u> Daten zur Übersterblichkeit bleiben geheim: Niederländische Regierung blockiert Untersuchung



Smallpox having broken out in several parts of Natal, the Government issued orders that all natives must be vaccinated. The Kaffer, for the most part, submitted readily, and flocked in to the doctor. VACCINATION IN NATAL: A BRAVE PATIENT IN A NATIVE LOCATION

Wissenschaft

Neue RKI-Zahlen: Höhere Inzidenz bei Geimpften als bei Ungeimpften

1. April 2022VON Thomas Oysmüller2.6 Minuten Lesezeit

Die Inzidenz unter den Geimpften ist mittlerweile höher als unter den Ungeimpften. Zumindest in der Altersgruppe 18 – 59 Jahren. Das geht aus dem aktuellen Wochenbericht des Robert-Koch-Instituts hervor.

Der aktuelle RKI-Wochenbericht, der am Donnerstag veröffentlicht wurde, beinhaltet ein Novum. Erstmals ist die Inzidenz unter den Geimpften höher als unter den Ungeimpften. Das betrifft die symptomatischen Fälle in der Altersgruppe 18-59 Jahre.

Geimpfte immer häufiger betroffen

Lohnend ist auch ein Blick auf die Aufschlüsselung der Fälle nach Hospitalisierung und Todesfällen. So finden sich in den Intensivstationen und bei den Todesfällen weiterhin mehr Ungeimpfte – völlig konträr zu England. Hauptsächlich sind dabei weiterhin Personen über 60 Jahren betroffen. Doch bemerkenswert vor allem: Personen mit drittem Stich sind weit häufiger betroffen als Personen mit zwei Impfungen. Das kann allerdings auch daran liegen, dass die Gruppe an "Impfaussteigern", wie sie der Mainstream benennt, die Kleinste ist.

		Altersgruppe			
		5 bis 11 Jahre	12 bis 17 Jahre	18 bis 59 Jahre	60 Jahre und älter
Symptomatische	COVID-19-Fälle*	41.622	29.971	261.059	46.403
davon	ungeimpft	34.935	14.144	53.719	8.950
	grundimmunisiert	6.390	9.764	57.874	5.313
	mit Auffrischimpfung	297	6.063	149.466	32.140
Hospitalisierte s	ymptomatische COVID-19-Fälle*	156	109	1.319	1.980
davon	ungeimpft	128	60	453	842
	grundimmunisiert	27	34	323	237
	mit Auffrischimpfung	1	15	543	901
Auf Intensivstat	ion betreute symptomatische COVID-19-Fälle*	2	0	30	188
	ungeimpft	2	0	15	99
	grundimmunisiert	0	0	6	19
	mit Auffrischimpfung	0	0	9	70
Verstorbene syn	nptomatische COVID-19-Fälle* **	0	1	11	324
davon	ungeimpft	0	1	5	158
	grundimmunisiert	0	0	2	45
	mit Auffrischimpfung	0	0	4	121

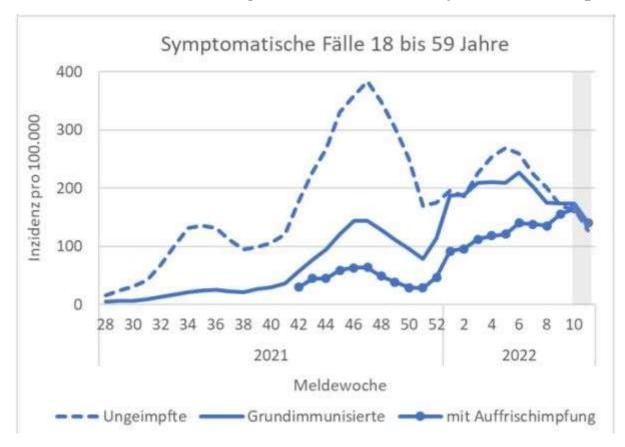
^{*} Alle symptomatischen Fälle, für welche zu "Klinische Information vorhanden" ein "Ja" angegeben wurde, und für die aus den übermittelten Angaben hervorgeht, dass sie entweder ungeimpft waren, eine abgeschlossene Grundimmunisierung oder eine Auffrischimpfung erhalten haben. Symptomatische Fälle mit unbekanntem Impfstatus und Fälle, für die nur eine unvollständige Impfserie angegeben war, wurden ausgeschlossen.

Angemerkt muss hier auch werden, dass die Definition der Impfung die Zahlen verzerrt. Eine ausführliche Datenanalyse der RKI-Berichte lieferte Hans-Joachim Kremer für TKP. Der Forscher spricht von einem "Daten-Eisberg", wonach der Großteil unter Wasser treibe.

^{**} Insbesondere für Todesfälle ist in den Folgewochen mit Änderungen der Fallzahl zur rechnen.

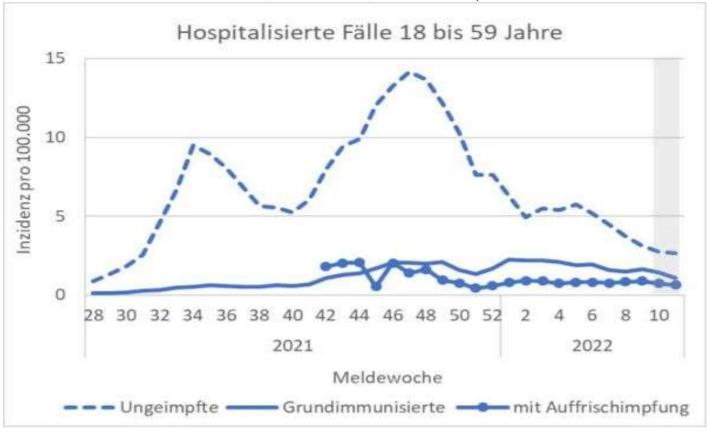
Lückenhafte Trendwende

Bei den unter 60-Jährigen zeigt der neue Wochenbericht trotzdem eine endgültige Trendwende. Zwischen Personen mit zwei oder drei Impfungen ist kaum ein Unterschied zu erkennen, die Inzidenz der Ungeimpften fällt Woche für Woche und liegt nun erstmals unter jener der Geimpften.



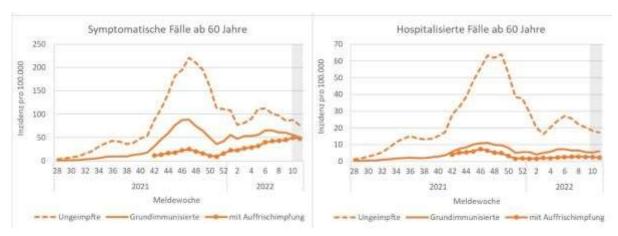
Bei den Hospitalisierungen ist ein ähnlicher Trend zu erkennen, doch liegen noch mehr Personen ohne Impfung in den Spitälern. Hier gilt es aber festzuhalten, dass nicht zwischen Haupt- und Nebendiagnose unterschieden wird, man aber weiß, dass sehr viele der Patienten nur positiv getestet sind, aber aufgrund einer anderen Beschwerde im Spital gelandet sind.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Gleiches ist auch in Österreich der Fall, wie TKP am Donnerstag berichtet hat. Sie weist auch darauf hin, dass der Anteil der Personen mit Booster in den Spitälern rasant steigt.

Wie schon oben erwähnt, ist bei Personen über 60 Jahren der Anteil von Menschen ohne Impfung noch höher. Wie genau diese Grafik die Wirklichkeit erfasst, ist aber schwer zu sagen. Offensichtlich ist aber der Anstieg der "symptomatischen Fälle" bei Menschen mit Booster. Das überrascht wenig, liegen doch bereits seit Monaten Studien vor, die zeigen, dass der Impfschutz gegen Covid maximal 12 Wochen anhält. Nun läuft die Impfkampagne für den zweiten Booster langsam an.



Obwohl selbst die RKI-Zahlen viele Lücken aufweisen, sind diese aber noch immer weitaus genauer als in Österreich. Mitbedenken muss man auch, dass Ungeimpfte weit häufiger zum Testen genötigt werden als Geimpfte. Auch

das kann die Inzidenzzahlen verzerren. Ob jemand symptomatisch ist, ist selbstständig anzugeben.

Der gesamte wöchentliche Bericht des RKI ist hier zu finden.

So stark sind Geimpfte von Corona-Infektionen betroffen

<u>RTV-Talk über Impfung: Nebenwirkungen, Schäden und Therapie des Post-Vakzin-Syndroms – Vide</u>

Public Health Graz

Öffentliche Stellungnahme zum Offenen Brief Unabhängiger Lehrergewerkschafter*innen und Ärztevertreter*innen - https://bit.ly/3qV2H9j

Abfolge der Ereignisse: Am 21. März hat die Standard-Redakteurin Colette M. Schmidt am Ende eines längeren Kommentars - https://bit.ly/3IU27ih - über Bildungsminister Martin Polaschek geschrieben: "Dass jemand, der sein ganzes Berufsleben selbst im Dienst der Wissenschaft stand, derart ignorant mit dieser umgeht, ist enttäuschend. Die Unabhängige Lehrer:innengewerkschaft forderte nun Polascheks Rücktritt. Das ist nicht verwunderlich. Bildung ist ein Menschenrecht. Diese ohne unausweichliche Infektionen zu ermöglichen wäre der Job eines Bildungsministers. Unwahrheiten zu verbreiten ist es jedenfalls nicht."

Ich empfand diese Attacke gegen den ehemaligen Rektor der Universität Graz, er würde "Unwahrheiten verbreiten" und "ignorant mit der Wissenschaft" umgehen, als unfair, in der Wortwahl unangemessen und die Forderung nach einem weitgehend infektionsfreien Bildungsbereich als unwissenschaftlich.

Also habe ich den letzten Absatz des Standard-Artikels gespiegelt und mit einem fast identen Wortlaut, wie ihn die Standard-Redakteurin Colette M. Schmidt verwendet hat, am 22. März geschrieben: "Dass jemand, der sein ganzes Berufsleben als Journalistin im Dienst einer objektiven Information der Bevölkerung stand, derart ignorant mit Wissenschaft umgeht, ist enttäuschend. Ja, Bildung ist ein Menschenrecht. BITTE erklären Sie uns, wie Sie das OHNE Infektionen (heute und in Zukunft) ermöglichen wollen - Danke! Unwahrheiten zu verbreiten ist jedenfalls nicht das geeignete Mittel."

Ich freue mich über kritischen Journalismus, erwarte mir aber auch, dass dieser ebenfalls Kritik zulässt und aushält. Eigentlich hätte es hier enden müssen. Kritik und Gegenkritik. Die Kritik der Standard-Redakteurin Colette M. Schmidt war als Kommentar gekennzeichnet und entspricht somit ihrer persönlichen Meinung. So wie mein Kommentar ebenfalls meiner persönlichen Meinung entspricht. Nachdem aber anscheinend die Kritik der Standard-Redakteurin Colette M. Schmidt am Bildungsminister guter Journalismus ist, während meine

fast idente Kritik als Unterstellung gewertet wird, möchte ich diese - im Gegensatz zu den Kritikern des Bildungsministers - kurz begründen:

1) Vom Bildungsminister weitgehend infektionsfreie Schulen zu fordern ist unwissenschaftlich. Deshalb auch meine Forderung an die Standard-Redakteurin zu erklären, wie Bildung "ohne unausweichliche Infektionen zu ermöglichen" ist und die Maßnahmen in Österreich mit den internationalen Gegebenheiten zu vergleichen. Selbstverständlich wird man auch im Bildungsbereich versuchen Infektionen mit geeigneten und verhältnismäßigen Maßnahmen einzudämmen. Infektionsfreie Schulen wird es trotzdem niemals geben.

2)

2) Die Behauptung, dass die Faktenlage zur Notwendigkeit von Masken in Schulen eindeutig ist, st nicht korrekt. Die Evidenz ist widersprüchlich und von niedriger Qualität. Siehe - https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/34789507/ + https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35037252/ Im Umgang mit "Masken in Schulen" gibt es in Europa vollkommen gegensätzliche Strategien (siehe z.B. Keynote von Atle Fretheim, Norwegian Institute of Public Health, Pre-Conference EBM Kongress. 18.03.2022). In manchen Ländern waren bzw. sind sie für alle Altersgruppen verpflichtend, in skandinavischen Ländern wurden sie für unter 12-Jährige nicht einmal empfohlen. Wer hier von einer eindeutigen Faktenlage spricht, verbreitet Unwahrheiten und unterstellt den Gesundheitsbehörden in Skandinavien, aber auch in anderen Ländern, fachlich falsch und unwissenschaftlich zu agieren - https://bit.ly/3qSWmvj

Ohne die Intervention von Patientenanwältin Sigrid Pilz wäre es zu keinem weiteren Artikel im Standard - https://bit.ly/3Lv48mP - und auch zu keinem offenen Brief der Unabhängigen Lehrergewerkschafter*innen und Ärztevertreter*innen gekommen - https://bit.ly/3LAcZDA - Deshalb auch dazu eine kurze Stellungnahme:

Die Aussage "Maskenpflicht-Aposteln ein mangelndes Urteilsvermögen und einen begrenzten Horizont" habe ich nie getätigt, weder mündlich noch schriftlich. Diese Behauptung in dem offenen Brief ist somit eine Unterstellung und Verleumdung meiner Person. Das gilt auch für den darauf basierenden Folgesatz: "Dies stellt einen besonderen Affront gegen alle wissenschaftlichen medizinischen Experten und Expertinnen dar." Weder habe ich die obige Aussage getätigt, noch in irgendeiner Form irgendeine medizinische Expertin oder Experten kritisiert. Diese Behauptung in dem offenen Brief ist somit ebenfalls eine Unwahrheit und Verleumdung meiner Person.

Ja, ich habe die öffentliche Kritik von Standard-Redakteurin Colette M. Schmidt gegenüber Bildungsminister Martin Polaschek öffentlich kritisiert. Daraus jedoch abzuleiten ich "wiegle durch meine öffentlichen Äußerungen gegen kritisch berichtende Journalisten und Journalistinnen bzw. öffentlich auftretende Experten und Expertinnen auf" ist ebenfalls eine Unwahrheit und Verleumdung meiner Person.

Die schon in dem Folgeartikel im Standard geäußerten Vorwürfe, dass meine Äußerungen "rufschädigend, fachlich falsch" sind und "Corona-Leugner und Leugnerinnen und - Verharmloser und Verharmloserinnen befeuern" kann ich nicht nachvollziehen. Meine Äußerungen beziehen sich ausschließlich auf die kritischen Äußerungen von Standard-

Redakteurin Colette M. Schmidt gegenüber Bildungsminister Martin Polaschek, er würde "Unwahrheiten verbreiten" und "ignorant mit Wissenschaft" umgehen. Meine persönliche Kritik spiegelte die persönliche Kritik der Standard-Redakteurin, nicht mehr und nicht weniger. Meine Kritik ist begründbar, ob es die ihre ist, bleibt offen.

Meine Äußerungen waren privater Natur und in keiner Form wurde aktiv ein Bezug zu meinem Dienstgeber hergestellt. Deshalb ist auch der Vorwurf ich nutze als Arzt und Public-Health-Experte "das Ansehen der Medizinischen Universität Graz" falsch und konstruiert. Der Vorwurf ich verbreite "unwahre Behauptungen, die die Compliance der Bevölkerung in notwendige Schutzmaßnahmen untergraben" entspricht einer Verleumdung meiner Person.

Deshalb überlege ich gemeinsam mit einem Rechtsanwalt rechtlich gegen die Unterzeichner des offenen Briefs vorzugehen. Es wäre die erste Klage in meinem Leben, weshalb ich noch abwäge.

Martin Sprenger

https://tkp.at/2022/04/04/pfizer-dokumente-von-2-geburten-eine-totgeburt-und-uebertragung-der-mrna-durch-stillen/







Wissenschaft

Pfizer Dokumente: von 2 Geburten eine Totgeburt und Übertragung der mRNA durch Stillen

4. April 2022von <u>Dr. Peter F. Mayer</u>2.8 Minuten Lesezeit

In den neuen Pfizer Dokumenten findet sich ein Bericht über zwei Geburten, wobei eine davon eine Totgeburt war. Stillende Mütter übertragen mRNA-Spikes auf ihre

Säuglinge. Neuerlich ein Beweis, dass die mRNA-Präparate zumindest für Mütter sofort ausgesetzt hätten werden müssen.

In den klinischen Studien für die mRNA-Präparate wurden Schwangere kategorisch ausgeschlossen. Es musste sogar Meldung erstattet werden, wenn Geimpfte mit einer Schwangeren oder einer stillenden Mutter in Berührung kamen. Den Herstellern der Gentechnik Präparate waren offenbar die Gefahren für Ungeborene und Säuglinge durchaus bewusst.

Das ging zum Beispiel aus einer internen Anweisung von Pfizer hervor, über die ich <u>hier berichtet hatte</u>. Pfizer gab in diesem Dokument zu, dass es möglich ist, einen anderen Menschen mit dem mRNA-Covid-Impfstoff zu exponieren, indem man einfach dieselbe Luft einatmet oder die Haut der Person berührt, die geimpft wurde.

Mittlerweile wissen wir auch, dass die Spike Proteine von Exosomen – das sind winzig kleine Transportbläschen – <u>im Körper transportiert</u> werden und diesen auch durch Atmung, Husten Schweiß und sogar Hautkontakt verlassen können. Pfizer weiß auch, dass Muttermilch die Spike-Proteine auf die Säuglinge überträgt, ebenso war es der US-Zulassungsbehörde FDA bekannt

Obwohl es also überhaupt keine Daten über die Wirkung der Impfung auf Schwangere und Stillende gab, wurde sie massiv forciert, auch von den jeweiligen Impfgremien. Die Impfung war und ist noch immer off-label, also ohne explizite Zulassung.

Ein interessanter Befund ist im <u>Postmarketing-Bericht</u> von Pfizer auf Seite 12 zu finden.

270 Schwangerschaften traten auf und wurden gemeldet (dies schließt normal verlaufende Schwangerschaften ein, die noch nicht zu Ende waren). Davon führte eine Schwangerschaft zu einer "normalen Geburt", eine weitere gemeldete Geburt endete mit einem "neonatalen Tod" (Tod des Neugeborenen).

Es wurden keine weiteren Geburten gemeldet, das heißt 238 Schwangerschaften hatten kein Ergebnis, da sie noch nicht abgeschlossen waren.

Es gab 25 Spontanabbrüche (in der Frühschwangerschaft) und einen "Fötaltod". Spontanabbrüche treten in den ersten 20 Wochen der Schwangerschaft auf. Es gab 7 weitere Beendigungen einer Schwangerschaft.

Sind diese Daten unseren Impfgremien nicht bekannt? Ein Produkt, das zu einem Verhältnis von 50:50 zwischen Geburten und Todesfällen bei Kindern führt, kann wohl seriöserweise nicht mehr empfohlen werden.

Offensichtlich war die FDA darüber überhaupt nicht beunruhigt, sondern beschlossen, die Veröffentlichung von Dokumenten, die dies belegen, zu verweigern. Alles, was sie sagte, war, dass es "sicher und wirksam für schwangere Frauen" sei. Ebenso die EMA in der EEU und die nationalen Behörden.

Stillen überträgt Impfstoff

Am interessantesten ist vielleicht die schiere Zahl der unerwünschten Wirkungen bei Kindern, die von geimpften Müttern gestillt wurden.

Von 133 gestillten geimpften Müttern wurden 17 Fälle von unerwünschten Wirkungen bei gestillten Säuglingen gemeldet. Drei von ihnen waren "schwerwiegend".

Diese unerwünschten Ereignisse zeigen, dass das Stillen durch geimpfte Mütter keine "harmlose Weitergabe von Antikörpern" ist, wie ja gerne behauptet wird. Bei den gestillten Säuglingen traten unerwünschte Ereignisse auf, darunter auch schwerwiegende unerwünschte Ereignisse.

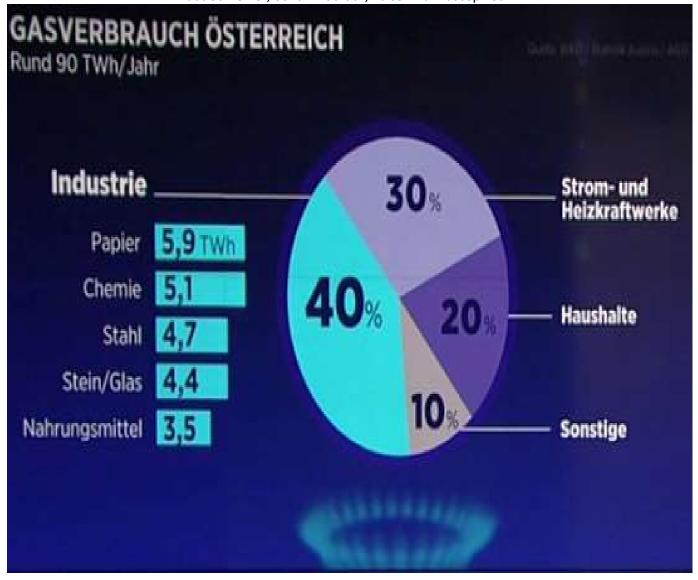
Trotzdem beharrten die Medien und die die diversen Impfgremien darauf, dass es "keine schwerwiegenden Nebenwirkungen des COVID-19-Impfstoffs" und "keine Ausscheidungen" gäbe, was eine Unwahrheit ist.

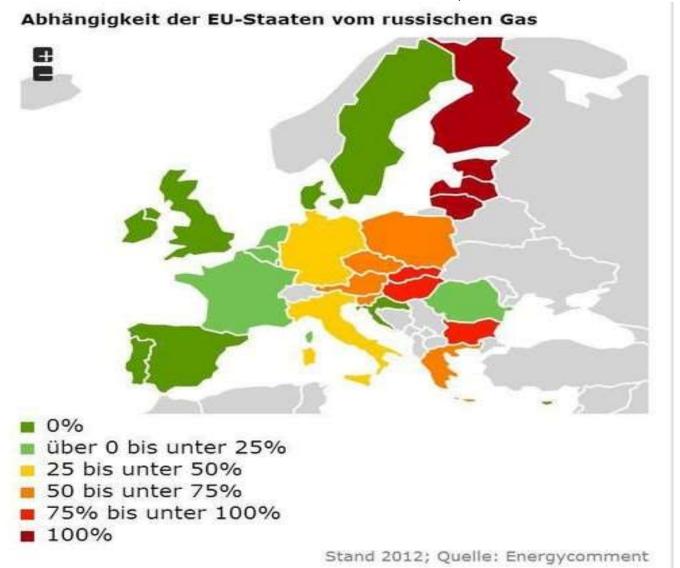
Mögliche Wege eines Spike-Sheddings nach der Impfung

<u>Studie: Corona Impfung von Schwangeren führt zu hohem Prozentsatz von Fehlgeburten</u>

<u>Pfizer-Dokument bestätigt Fehlgeburten selbst durch Haut-Kontakt mit Geimpften</u>

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4





https://www.derstandard.at/story/2000134618526/was-wenn-kein-russisches-gas-mehr-nach-oesterreich-kommt#Echobox=1648878328

ENERGIEKRISE

Was, wenn kein russisches Gas mehr nach Österreich kommt?

Wie lange kommt noch Gas von Russland nach Europa? Diese Frage beschäftigt derzeit vor allem die Industrie

Günther Strobl, Nora Laufer

2. April 2022, 07:00

Nun hat das große Zittern um die Gasversorgung in Europa begonnen. Zum einen stellen mehrere EU-Länder einen Gasboykott in den Raum, aber auch eine andere Bedrohung ist realer geworden: dass Russland als Vergeltung für die harschen Sanktionen des Westens nach

dem Einmarsch in der Ukraine den Gashahn komplett zudreht. Insbesondere in der Industrickliegen die Nerven blank.

Gasversorgung bedeutet für tausende Betriebe in Österreich und hunderttausende Unternehmen in Europa Energieversorgung schlechthin. Was früher Öl war, ist heutzutage in vielen Fällen Erdgas – ein Betriebsmittel, das die Wirtschaft am Laufen hält. Speziell bei Produktionsprozessen wie beispielsweise der Erzeugung von Stahl, die Temperaturen von 1000 Grad und mehr erfordern, ist Gas aufgrund seiner Energiedichte schwer ersetzbar – noch jedenfalls. Die Hoffnungen ruhen auf Wasserstoff. Bis diese Energieform aber wirtschaftlich darstellbar ist und vor allem auch in entsprechender Menge zur Verfügung steht, vergehen nach Schätzungen von Experten sicher noch zehn bis 15 Jahre.



Noch landet viel Gas aus Russland in

Europa. Aber wie lange noch? Foto: Reuters

Erdgas ist aber auch ein wichtiger Rohstoff zur Herstellung von Düngemitteln – von chemischen Produkten ganz zu schweigen. Ohne Gas keine Chemie, könnte man zugespitzt formulieren. Kunststoffe, Farben, Lacke, Polster und Dämmmaterial – überall steckt Chemie drin. Aber auch in Erzeugnissen, in denen man das gar nie vermuten würde. In Hemden, Hosen oder Jacken etwa stecken im Schnitt 20 Prozent petrochemische Produkte, in Aspirin 30 Prozent, in Hautcremes sogar 40 Prozent. Kein Wunder, dass Branchenvertreter Alarm schlagen und vor dem Verlust zigtausender Arbeitsplätze und einer Beeinträchtigung der Versorgung in vielen Bereichen warnen, wenn es tatsächlich zu einem abrupten Stopp der Gasimporte kommen sollte.

Etwa 40 Prozent der in Österreich verbrauchten knapp neun Milliarden Kubikmeter Gas, die etwa 90 Terawattstunden (TWh) entsprechen, gehen auf das Konto der Industrie. Alle privaten Haushalte zusammen verbrauchen etwa die Hälfte – 20 Prozent. 30 Prozent und damit ebenfalls sehr viel wird in Gaskraftwerken verbraucht, beispielsweise in der Verbund-Großanlage Mellach in der Steiermark oder im Kraftwerk Theiß der EVN.

Wer bekommt wie viel Gas?

Mit Gas laufen aber auch zahlreiche städtische Anlagen, die nicht nur Strom erzeugen, sondern auch Wärme auskoppeln und in Fernwärmenetze einspeisen. Selbst in der Müllverbrennung

Wien-Spittelau wird Gas verfeuert, um genug Wärme für Wohnungen und Büros zu erzeugen. Die verbleibenden zehn Prozent verteilen sich auf verschiedene andere Einsatzbereiche.

Innerhalb der Industrie ist es nach Angaben der Statistik Austria der Bereich Papier, der mit 5,9 TWh das meiste Gas in Österreich benötigt. Dahinter folgt die Chemieindustrie mit 5,1 TWh, Stahl mit 4,7 TWh, Stein/Glas (4,4 TWh) und die Lebensmittelindustrie (3,5 TWh). Letztere versammelt neben einigen Großen wie Red Bull, Agrana, Mars und NÖM auch viele klein- und mittelständische Unternehmen. Erst dieser Tage hat der Branchenverband im Namen seiner Mitglieder mehr Transparenz eingefordert, wem wann und wieso das Gas rationiert wird, wenn es hart auf hart geht. Viele der großen Unternehmen haben zwar Notfallpläne in der Schublade, viele der kleinen aber fahren eher auf Sicht. Bereits bei einer Halbierung der Gaszufuhr hätten viele bereits ein Problem.



In vielen Industriebetrieben fürchtet man

die Folgen eines Gasboykotts. Foto: APA/AFP/INA FASSBENDER

Wer kann, stellt um oder ab oder macht beides. Norske Skog in Bruck an der Mur gehört dazu. Der Papierkonzern mit Hauptsitz in Oslo hat die Produktion in der Steiermark wegen der extrem hohen Energiepreise vorübergehend gestoppt, dann wieder aufgenommen. Noch im April soll ein Reststoffverwertungskessel in Betrieb gehen, von dem sich das Management eine Kosteneinsparung verspricht. Nicht weit entfernt baut der Papier- und Zellstoffkonzern Sappi in Gratkorn bei Graz an einem Biomassekraftwerk, das einen alten Kohlekessel ersetzen soll. Ein plötzlicher Gasstopp bereitet allen die größte Sorge.

Das gilt auch für RHI Magnesita, Weltmarktführer bei besonders hitzeresistenten Materialien zur Auskleidung von Stahl-, Zement- oder Glasöfen. "Wir müssten die Produktion entsprechend zurückfahren, wenn die Gasversorgung rationiert oder ganz gekappt wird", sagte diese Woche Stefan Borgas, CEO des Unternehmens, im STANDARD-Interview. Die Umstellung auf alternative Brennstoffe gehe an Standorten wie Hochfilzen in Tirol relativ flott. Dort könne man Kohle statt Gas einsetzen, das bereite man gerade vor. Anderswo müsse aber erst die entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden.

Zugleich wies Borgas darauf hin, dass eine eingeschränkte Rohstoffgewinnung in der Produktionskette auch Auswirkungen auf alle Weiterverarbeitungsstandorte hätte. Und nicht nur das. "Es hätte Auswirkungen auch auf unsere Kunden, die dann ebenfalls eingeschränkt

wären in der Produktion, wenn sie unsere Produkte nicht bekommen." Sollte es hart auf hart gehen und tatsächlich kein russisches Gas mehr kommen, dürfe die Politik nicht mit dem Rasenmäher über alle Unternehmen fahren, sondern müsse die individuelle Situation und Auswirkungen auf die Lieferketten berücksichtigen, meint Borgas.

Herunterfahren als Option

Auch der weltweit tätige Baustoffkonzern Wienerberger hat die Lage sondiert, gerechnet, optimiert. "In unseren sechs Mauerziegelwerken und drei Dachziegelwerken in Österreich benötigen wir für den Betrieb der Brennöfen und Trockner Gas. Bei einer Halbierung des aktuell benötigten Gasvolumens könnten wir mit einem entsprechend verminderten Output produzieren. So stellen wir eine bestmögliche Versorgung sicher", sagt Solveig Menard-Galli, COO (Chief Operating Officer) von Wienerberger Building Solutions.

Bei einem Totalstopp der Gaslieferungen reichen bei gleichbleibender Auslastung durch Industrie und Private die Gasspeicher in Österreich laut Ministerium noch bis Ende April. "Wenn danach kein Gas mehr für die produzierenden Unternehmen zur Verfügung steht, müssten wir leider – so wie viele andere – unsere Werke herunterfahren," sagt Menard-Galli.

Auch der Stahl- und Metallverarbeitungsindustrie würde ein Stopp der Gaslieferungen mittelfristig die Geschäftsbasis entziehen. Der Energieträger wird einerseits benötigt, um Öfen zu beheizen, die für die Umformung von Metallen essenziell sind – andererseits als Reduktionsmittel für die Umwandlung von Eisenerz zu Eisenschwamm, der in einem Elektroofen zu Stahl geschmolzen wird.

Irreparable Schäden möglich

Und auch in der Glasindustrie ist Erdgas der mit Abstand wichtigste Energieträger. Eine Unterbrechung der Versorgung hätte fatale Auswirkungen: In einer Glaswanne befinden sich zig Tonnen flüssiges Glas, aus dem Flaschen, Gurken- oder Marmeladegläser, aber auch Flachgläser für Auto- oder Fensterscheiben hergestellt werden. Ohne Energiezufuhr erstarrt das Glas, und die Anlage wird irreparabel zerstört. Weil Gas kurzfristig nicht durch einen anderen Energieträger ersetzbar ist, sei es für Glashersteller essenziell, dass die Gasversorgung aufrechterhalten werde, betont man in der Standesvertretung.

Die keramische Industrie stößt in dasselbe Horn. Erscheine die Unterbrechung der Produktion von Kaffeetassen und Waschbecken noch verkraftbar, wären die Folgen bei anderen Produktgruppen gravierender. Die Unternehmen sind beispielsweise wichtige Lieferanten für die Medizintechnik.

Fest steht: Ein Stopp russischer Gaseinfuhren würde Industrie und Wirtschaft hart treffen. Wie viel der Schritt kosten könnte, hängt nicht zuletzt davon ab, mit welchen Alternativen die Lücke gefüllt würde. In Deutschland gehen Ökonomen davon aus, dass ein Importstopp zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung zwischen 0,5 und drei Prozent führen könnte. In Österreich gibt es ähnliche Berechnungen – allerdings mit vielen unbekannten Variablen. Laut Klimaministerium ist derzeit nicht realistisch abschätzbar, wie viel ein Umstieg auf Gas

anderer Lieferanten kosten würde. Zudem stellt sich die Suche nach Alternativen als schwierig heraus.

Privathaushalte gehen vor

Die Regierung verspricht, dass sie die Befindlichkeiten der einzelnen Branchen berücksichtigen wird, falls es bei einem Totalausfall russischer Lieferungen zu Zwangsrationierungen kommen sollte. Private Haushalte, Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen, Rettung, Feuerwehr und Polizei gehören zum geschützten Kundenkreis, das heißt, sie wären die Letzten, die kein Gas mehr bekämen.

Sollte ein freiwilliger Verzicht auf hohen Gasverbrauch seitens der Industrie zu wenig sein, kann das zuständige Klimaschutzministerium Energielenkungsmaßnahmen anordnen. In einem ersten Schritt wäre das die Festlegung, dass in Österreich gespeichertes Erdgas nur mehr zur Versorgung von Endkunden in Österreich verwendet und nicht mehr exportiert werden darf. Noch sind die Speicher in Österreich zu etwa 13 Prozent gefüllt.

In einem weiteren Schritt könnte auch eine Verbrauchsreduktion in der Industrie angeordnet werden. Industrieunternehmen teils oder ganz von der Gasversorgung abzuschneiden setzt aber voraus, dass das Klimaministerium zuvor den Energielenkungsbeirat anhört – ein gut 30 Personen umfassendes Gremium, in dem verschiedene Ministerien, Bundeskanzleramt, Sozialpartner, Ländervertreter, Regulierungsbehörde und Spitzenvertreter der Erdöl- und Gaswirtschaft sitzen.

Anders als 2009, als wegen des Transitstreits zwischen Russland und der Ukraine 13 Tage lang kein Gas nach Österreich kam, kann Gas jetzt auch in umgekehrter Richtung fließen, nicht nur von Ost nach West, sondern auch von West nach Ost. Trotzdem hoffen alle, dass Simulationen für die Versorgung in Notfällen, die regelmäßig geprobt werden, nie in die Praxis umgesetzt werden müssen. (Günther Strobl, Nora Laufer, 2.4.2022)

Peter Feldbacher

ist zwar jetzt ein bisschen überlagert vom Krieg in der Ukraine, aber bin grad drübergestolpert, und muss mich immer noch ärgern. Hat der Vollpfosten Kogler auch gesagt, dass da bei den C-Demos nur Rechtsradikale und Staatsverweigerer an der Spitze voran maschieren, von dem ich mal sehr viel hielt!

PS.: War bei keiner Demo, aber nur, weil ich vor lauter Lockdown Bude hocken vollkommen fertig war! too much ungesunde Ablenkungen etc.

PPS.: Dem Herrn Prof. Schwab kann ich nur vollinhaltlich zustimmen, incl. letztem Satz!



"Wer unbescholtene Menschen. die einfach nur ihr Leben zurückhaben wollen, mit Neonazis gleichsetzt, banalisiert das Treiben derjenigen, die wirklich mit einer ausländerfeindlichen und rassistischen Agenda unterwegs sind, und verharmlost damit das NS-Unrecht. Der Versuch, die Corona-Proteste in die rechte Ecke zu drängen, ist nicht nur substanzlos, sondern gefährdet auch unsere so wichtige Erinnerungskultur. Ich habe mich entschlossen, mich durch dieses Rechts-Framing nicht in die Defensive drängen zu lassen. Vor selbsternannten Tugendwächtern werde ich nicht einen Millimeter zurückweichen!"

> Prof. Dr. Martin Schwab, Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld und NRW-Spitzenkandidat der Partei dieBasis

https://www.msn.com/de-at/nachrichten/politik/abgest%c3%bcrzt-nur-noch-jeder-zweite-vertraut-der-justiz/ar-AAVMn4g?ocid=MSNHP W069&li=BBqg1EN

Abgestürzt! Nur noch jeder Zweite vertraut der Justiz



© Bild:

picturedesk.com/APA Justiz? Alma Zadi.

Binnen weniger Monate hat die österreichische Justiz einen heftigen Vertrauensverlust hinnehmen müssen.

Das Vertrauen der Österreicher in die <u>Justiz</u> ist auf einen neuen Tiefststand gefallen. Wie eine Umfrage des Nachrichtenmagazins "profil" zeigt, vertraut nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung dem österreichischen Rechtssystem.

Demnach geben 44 Prozent der Befragten an, eher großes Vertrauen in die Justiz zu haben. Sieben Prozent sagen, sie hätten sehr großes Vertrauen. Doch bei 42 Prozent sieht die Sache anders aus. So meinen nämlich 27 Prozent der Befragten, "eher geringes Vertrauen" zu haben, während 15 Prozent gar keines mehr haben.

Das heimische Rechtssystem hat damit einen bemerkenswerten und drastischen Vertrauensverlust in den letzten Monaten hinnehmen müssen. Im Juli 2021 war demnach Österreich noch EU-weiter Spitzenreiter bezüglich Vertrauens in die Justiz. Damals gaben 83 Prozent der Befragten an, dass sie ein "sehr gutes" oder "ziemlich gutes" Bild von der Unabhängigkeit der Gerichte und Richter hätten.

Mit einem Minus von drei Prozent im Vergleich zu 2020 lag Österreich damals auf dem ersten Platz in der <u>EU</u>, knapp vor <u>Finnland</u>, <u>Deutschland</u> und <u>Luxemburg</u>. Damaliges Schlusslicht war <u>Griechenland</u>, wo nur 20 Prozent der Bevölkerung der Justiz ihr Vertrauen aussprachen.

Jene Österreicher, die damals ihren Unmut und ihre Zweifel an der Justiz bereits äußerten, begründeten dies mit dem <u>Einfluss der Politik und Wirtschaft</u> auf richterliche Entscheidungen. Dieser Meinung waren im Sommer des Vorjahres 6,5 Prozent. In Griechenland sahen hingegen knapp die Hälfte der Befragten derartige Missstände in der Justiz. Die <u>wiederholten Skandale</u> der letzten Wochen und Monate dürften jedoch auch dem Vertrauen in die österreichische Justiz zunehmend geschadet haben.

WIR SIND HER, WIR SIND LAUT, WILLIAM UNS DIE FREIHEIT KLAUT



WelT+

TOP-ÖKONOM JEFFREY SACHS

"Die USA würden jahrelangen Krieg tolerieren. Sie würden viele Tote in Kauf nehmen"

Stand: 01.04.2022 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Tobias Kaiser** Korrespondent in Brüssel



US-Starökonom Jeffrey Sachs hat viele Staaten Osteuropas in die Marktwirtschaft begleitet. Jetzt warnt er vor der US-Strategie, die auf einen langen Krieg in der Ukraine mit Tausenden von Toten hinauslaufe. Europa empfiehlt er einen anderen Weg.

WELT: Bis dahin kann es noch dauern. Bei den Verhandlungen in Ankara wurden offenbar Fortschritte erzielt, aber niemand ist sicher, ob man Russlands Verhandlungstaktik trauen kann. US-Präsident Joe Biden hat die Welt gerade erst auf einen langen Konflikt eingeschworen.

Sachs: Die USA lieben die Eskalation von Konflikten. Ich beobachte sehr genau, welche Vorschläge und Botschaften aus den USA kommen. Die US-Regierung will die

Gelegenheit nutzen und Russland in die Knie zwingen. Aber Europa

sollte sich darauf nicht einlassen. Künftige Generationen in

Europa müssen mit Russland als Nachbar leben. Biden hat in der Tat gesagt, dass wir uns für einen langen Konflikt wappnen sollen. Das ist eine schreckliche Idee. Ein langjähriger Kampf; da spricht ein alter amerikanischer Mann mit Erinnerungen aus dem Kalten Krieg. Da spricht kein Mann der Zukunft. Die Welt sollte sich nicht auf

einen langen Kampf vorbereiten. Sie sollte darauf hinarbeiten,

en Krieg mit Verhandlungen zu stoppen. Das ist

eher möglich, als die US-Regierung glaubt. Die EU sollte vorrangig

auf eine Verhandlungslösung setzen und zusammen mit der Ukraine Vorschläge für eine Einigung machen. Wenn die Vorschläge der EU und der Ukraine vernünftig sind, werden sich die meisten Länder der Welt dahinter stellen.

WELT: Das klingt, als würden Sie der USA Kriegstreiberei vorwerfen.

Sachs: Die USA betreiben Expansionspolitik. Das ist der Geist in Washington. Der USA geht es um die Vorherrschaft in der Welt. Ich frage Sie: Wer denkt denn noch so im 21. Jahrhundert?

WELT: China?

Sachs: Nein. China sagt immer, dass es eine multipolare Weltordnung anstrebt. Das müssen wir glauben. Die US-Regierung redet über die Bedeutung der US-Vorherrschaft. Das ist ein echtes Problem.

WELT: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel werden am Freitag mit Chinas Präsident Xi Jinping sprechen. Wie können Sie China dazu bringen, Einfluss auf Russland zu nehmen.

Sachs: Die EU sollte Xi Jinping nicht belehren, nicht an den Pranger stellen und ihm vor allem nicht drohen. Die EU-Vertreter müssen Xi Jinping klarmachen, dass sie mit China zusammenarbeiten wollen, um diesen Krieg zu beenden. Da muss es auch um die langfristige Zusammenarbeit gehen, beim Klima beispielsweise. Wir brauchen eine tiefer gehende Beziehung, keine beschädigte; das muss die Botschaft der EU sein. Wenn die EU solch eine kooperative Sprache findet, wäre viel gewonnen, für Europa und für die ganze Welt. Die USA können das nicht, aber die EU kann das.

WELT: Putin treibt mit seinem Kriege aber andere Länder in das Bündnis mit den USA. Staaten wie Finnland denken jetzt über eine Nato-Mitgliedschaft nach.

Sachs: Finnland war in den vergangenen Jahren laut dem World Happiness Report das glücklichste Land der Welt. Finnland ist die Nummer eins beim nachhaltigen Wirtschaften. Finnland geht es gut. Die Finnen sollten neutral, glücklich und friedliebend bleiben. Grundsätzlich sollten wir auf ein Sicherheitsarrangement hinarbeiten, das Russland weniger stark provoziert. Aber ich gebe auch zu: Wenn Russland ein Nato-Land oder Finnland angreifen sollte, dann ist alles, was ich sage falsch.



Nein zu Aufrüstung, Imperialismus und Krieg! Raus aus der NATO!



Die Impfpflicht kann nicht verhindert werden, Aufrüstung, Kriegskurs und der Marsch in den neuen Faschismus des 21. Jahrhunderts können nicht gestoppt werden, weil jede Gruppe für sich nur im eigenen Saft schmort.

Effektiver Widerstand ist aber ein politischer Prozess, die gesellschaftliche Fragmentierung durch gemeinsame Organisation zu überwinden.
Proteste bringen nichts, wenn diese nicht dazu genutzt werden, die Empörten ganz konkret vor Ort auch politisch zu organisieren.
Solange es bei Empörung bleibt, statt realen politischen Widerstand aufzubauen, solange können Imperialismus und Faschismus ungehindert durchmarschieren.

Frieden, Freiheit, Generalstreik!

Streikkomitee der Demokratiebewegung

Generalstreik eu

zur Vorbereitung des Generalstreiks

Friedensbewegung . info

ES IST ZEIT FÜR: DRONE-MURDER-POLICE

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/sBJXgfEzw4Fw/



Nina Tomaselli

Vorarlberger Unternehmer berichten von einem Sumpf, man hätte sie penetrant drangsaliert Inserate

Zu schalten. Wie war das so lange möglich? Verwerfungen wie das Vlbg. Wirtschaftsbund-Tool sind immer auf Schlupflöcher im System zurückzuführen.

Wie dieses alte System funktionierte, die Bedeutung von Kontrolle&Transparenz und wie kann es zukünftig besser gemacht werden. derStandard.at/Politik hat Kollege Gerald Loacker und mich dazu befragt.

INLAND DER STANDARD WOCHENENDE SA./SO., 2./3, APRIL 2022 | 1

"Das ist eine politische Lawine"

Am Montag wurde bekannt, dass der Vorarlberger Wirtschaftsbund bei der Finanz Selbstanzeige erstattete. Für die Millionen, die mit dem Magazin der ÖVP-Organisation gemacht wurden, könnten zu wenig Steuern gezahlt worden sein. In der Folge kamen Praktiken ans Licht, die für massive Kritik sorgten. Am Freitag trat das Führungsduo zurück. Für die Vorarlberger Abgeordneten Nina Tomaselli (Grüne) und Gerald Loacker (Neos) ist die Causa noch nicht erledigt.

INTERVIEW: Lara Hagen, Fabian Schmid



"Es ist alternativlos, mit diesem alten System aufzuräumen. Das ist, was die Menschen wollen. Die ÖVP tut sich oft schwer. da Schritt zu halten." Nina Tomaselli

In der Vorariberger ÖVP ist Feuer am Dach.
Seit DER STANDARD eine Steuerprüfung
des Wirtschaftsbunds samt dessen Selbstanzeige enthüllte, wird im Ländle über das
"System Wirtschaftsbund" debattiert. DER
STANDARD wollte wissen, was Nina
Tomaselli, grüne Fraktionsvorsitzende im
U-Ausschuss, und Gerald Loacker, stellvertretender Klubobmann der Neos, zu den Zuständen im Heimatbundesland zu sagen haben.

STANDARD: Seit Montag wird heftig über die Praktiken des Wirtschaftsbunds diskutiert. Da wurden – teilweise mit Druck – Millionen ge-macht. Was in Vorarlberg für die größte Überra-schung gesorgt hat, war aber nicht die Sache an sich, sondern dass nun alles auf den Tisch kommt. Stimmt der Eindruck?

kommi. Stimmt der Eindruck?

Tomaselli: Man darf nicht vergessen, dass es in Vorarlberg bis 2014 eine absolute Mehrheit gab. So etwas geht immer zulasten der Kontrolle, egal wer eine solche Mehrheit innehat. Deswegen ist es umso wichtiger, dass man aus den Fehlern lernt. In Vorarlberg ist bereits ein

den Pehlern lernt. In Vorarlberg ist bereits ein neues Parteientransparenzgesetz auf den Weg gebracht. Das regelt die Zukunft. Was es jetzt noch braucht, ist, dass man mit der Vergangenheit aufräumt.

Loacker: Ich glaube, es war für niemanden, der auch nur ein bisschen mit der Wirtschaft zu tun hat, überraschend, was da passiert. Mich haben in der Vergangenheit öfter Unternehmer angerufen, die sich über die Vorgänge beschwert haben, über diese Schutzgeld-Inserat. Aber darüber öffentlich zu reden war jedem zu heiß. Deswegen ist es so bemerkenswert, dass sich jetzt endlich jemand herausgetraut hat aus den Stauden und gesagt hat, das läuft so, und ich will das nicht mehr haben. Und jetzt kommen natürlich noch Details ans Licht, die wir vielleicht nicht gewusst haben. Da ist jetzt schon eine Eiterbeule aufgeplatzt.

jetzt schon eine Eiterbeule aufgeplatzt.

STANDARD: Diese Eiterbeulen platzen ja an vielen Stellen auf – kann man die Causa in Vorarlberg auch als Spätfolge von Ibiza sehen?
Loacker: Ich glaube nicht. Weil es um ein System geht, das seit 30 Jahren besteht. Wirtschaftsbund-Direktor Jürgen Kessler hat einfach den Bogen überspannt, und es ist manchen zu viel geworden. Ich glaube, das sind sehr regionale Gründe.

Tomaselli: Als Abgeordnete im zweiten U-Ausschuss genau zu dieser Themenlage komme ich schon zum Schluss, dass das Ganze kein Vorarlberger Phänomen ist. Strache hat auf biza ja die Frage ausgebreitet, wie man Gelder am Rechnungshof vorbei sammeln kann. Deswegen ist es so wichtig, dass politische Sicherheitssysteme eingeführt werden. Einerseits gesetzlich und andererseits immer und immer wieder auch im Parlament auf solche Dinge hinzuweisen. Die Grüne Wirtschaft hat das in Vorarlberg seit mindestens 2008 gemacht: diesseits und jenseits des Arlbergs lästig sein. Parlamentarische Kontrollarbeit zahlt sich letztlich aus.

STANDARD: Das Wirtschaftsbund-Führungsauo nat seinen kuckritte ernaur, keinti dass' Loacker: Die Rücktritte sind wichtig, aber be-seitigen das Problem nicht. Es fehlt aber of-fenbar jedes Schuldbewusstsein. Welche Schritte setzt Markus Wallner, damit die Nachfolger in seiner Teilorganisation nicht nach demselben Muster weiterarbeiten? Mir

muss niemand erzählen, dass Markus Wallner nicht gewusst hat, was da läuft. Das sind so große Beträge, die können ihm nicht egal sein. Außerdem haben sich Leute auch direkt an den Landeshauptmann gewendet und sich bei ihm über die Zustände beschwert.

Tomaselli: Es ist alternativlos, mit diesem alten System aufzuräumen. Das ist, was sich die Menschen jetzt erwarten. Die ÖVP tut sich oft schwer, da Schritt zu halten. Das ist eine politische Lawine, die losgetreten wurde. Es geht weniger um Personen, es geht um Systeme, darum, Schlupflöcher zu stopfen. Und wenn das Wirtschaftsbund-Tool kein Schlupfloch ist, dann weiß ich auch nicht. ist, dann weiß ich auch nicht.

STANDARD: In Vorarlberg sind strengere Regeln

STANDARD: In Vorariberg sind strengere Regeln zur Parteienfinanzierung auf dem Weg, auf Bundesebene steckt das Gesetz fest. Warum? Tomasell: Es gibt einen fertigen Entwurf und der ist jetzt in der parlamentarischen Abstimmung, weil der Bundesregierung selbstverständlich wichtig ist, dass alles von einer breiten Mehrheit getragen ist.

Loacker: Es wird am Ende darum gehen, ob man wirklich sieht, wie viel Geld durch die Vorfeldorganisationen geschleust wird und was die damit machen. Was der Wirtschaftsbund lukriert hat mit seiner Geldmaschinen-Zeitung, geht ja weit darüber hinaus, was schlussendlich an die ÖVP geflossen ist. Wenn solche Dinge kontrolliert werden können, auch in Vorfeldorganisationen, dann können sich solche Gesetze bewähren.

Tomasell: Für mich ist der wesentliche Aspekt an diesem Wirtschaftsbund-Tool der demokratiepolitische. In Vorariberg ist die Parteienfinanzierung recht gering. Das sorgt dafür, dass die alten Parteien groß und die jungen, neuen Parteien klein bleiben. Die ÖVP bekommt an Parteienfinanzierung 1,1 Millionen Euro – und nimmt nebenbei mutmaßlich 800.000 bis 900.000 Euro jährlich ein. Natürich hat das im Wahlkampfzeiten große Auswirkungen. Am Ende soll es um die besten Ideen gehen und nicht darum, wer die Machtstrukturen am besten ausnützen kann.

Loacker: Genau darum geht es. Aber das ist ganz schwer abzustellen in einem Bundesland, in dem alles schwarz ist – auch die Kranken benachet de Wierschekender in 1 kindle?

kenkasse und die Arbeiterkammer.

STANDARD: Welche bundespolitische Bedeutung hat der Wirtschaftsbund im Ländle?
Loacker: Für mich spielt das Thema Inserate eine wichtige Rolle. Warum muss ein Ministerium überhaupt inserieren? Warum inserierteine Kammer mit Zwangsmitgliedschaft? Für wen wirbt sie? Alle müssen ja dabei sein. Das ist alles nur das Umleiten von Geld von Mitgliedern oder Steuerzahlern in Kanäle, wo es nicht hingehört. Das gehört abgedreht.
Tomaselli: Seit 2017 ist die österreichische Bevölkerung durchgehend mit Korruptionsverdacht konfrontiert. Das Vertrauen in die Politikhat massiv gelitten. Das ist gefährlich. Wir müssen uns glaubwürdig darum bemühen, mit diesem alten System und diesen Machenschaften aufzuräumen. Korruption gehört aus der Republik gefegt.

NINA TOMASELLI ist Fraktionsvorsitzende der Grü-nen im Untersuchungsausschuss zu Korruption in

OVP-Regierungen.
GERALD LOACKER ist stellvertretender Klubobmann
der Neos. In die Politik eingestiegen ist er bei der OVP.



"Die Rücktritte sind wichtig, aber beseitigen das Problem nicht, Mir muss niemand erzählen, dass Markus Wallner nicht gewusst hat, was da läuft."

Gerald Loacker

KURZ GEMELDET



Um Importe aus Russland zu ersetzen: USA liefern mehr Flüssiggas in die EU

Die USA wollen 2022 gemeinsam mit internationalen Partnern 15 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas (LNG) zusätzlich in die EU liefern, um russische Gasimporte zu ersetzen. Langfristig sollen es sogar 50 Milliarden Kubikmeter jährlich sein. Das haben US-Präsident Joe Biden und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in Brüssel bekanntgegeben. Durch die Lieferungen der USA könnten etwa ein Drittel der derzeitigen EU-Gasimporte aus Russland ersetzt werden.





Alles aus? Schweden stampft sein Pandemie-Gesetz mit April ein

Nach Spanien gehen auch die, in der Corona-Thematik seit jeher liberalen, Schweden den Weg, Covid-19 wie die normale Grippe zu behandeln. Mit der Aufhebung des Pandemie-Gesetzes endet auch die Einstufung von Corona als gesellschaftsgefährdende Erkrankung. Damit fällt sowohl die Test- als auch die Quarantänepflicht.

www.aufl.tv





Stefan Homburg @... · 1 Std. : ARD berichtete über Nebenwirkungen. Über 600 Kommentare gingen ein. Dann wurden ALLE gelöscht.

Ein cleverer YouTuber hatte sie aber vorher abgefilmt. Bitte sehr:

m.youtube.com/watch? v=1Ema7y...



DAS VERTRAUEN UND DIE GLAUBWÜRDIGKEIT IN DIE MAINSTREAMMEDIEN IST AM ENDE!

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/TptCze8JNR0y/



DAS VERTRAUEN UND GLAUBWÜRDIGKEIT DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFS IST AM ENDE, VÖLLIG ZERSTÖRT!

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/6B6f5NBqtVFX/

NEHAMMER STEHT VOR DEM RÜCKTRITT. SEINE CORONA-CHAOS-POLITIK STEHT VOR DEM ENDE. DIE ÖVP AUCH!

Siehe hier: https://www.bitchute.com/video/PvpGb1YaUIAG/

Ja, es war der erste April.







Die @SPOE_at fordert entschlossenes Vorgehen des Staates gegen die Teuerung. Geht es um die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer (Abschaffung der Kalten Progression), stimmt sie entschlossen dagegen. Verstehe das, wer will.

TWEET DES TAGES



SPIEGEL Gesundheit

Abo



Prognose zur Virusentwicklung

WHO glaubt, dass Covid-19 mit der Zeit weniger schwer wird

In welche Richtung entwickelt sich die Pandemie? Die Weltgesundheitsorganisation hat mehrere Szenarien erarbeitet, was aus dem Coronavirus werden könnte. Am wahrscheinlichsten: Es wird harmloser.

31.03.2022, 08.30 Uhr





AUSLAND

"AN DIE WAND GEDRÄNGT"

China macht USA und Nato für Ukraine-Krieg verantwortlich

Stand: 14:25 Uhr



Betonte erneut die "grenzenlose" Partnerschaft Chinas mit Russland: Zhao Lijian, Sprecher des Außenministeriums

Quelle: REUTERS

https://kurier.at/amp/chronik/oesterreich/lockdowns-mehr-negative-folgen-als-positive-effekte/401959430

Lockdowns: Mehr negative Folgen als positive Effekte

Eine Studie untersuchte die gesundheitlichen Auswirkungen der Lockdowns 2020 in Wien, Barcelona und Stockholm.

Die gesundheitlichen Auswirkungen der Lockdowns aufgrund der Corona-Pandemie im Jahr 2020 in **Wien, Barcelona und Stockholm** hat <u>ein internationales Forscherteam untersucht</u>. Sie zeigen in der im Fachjournal "Environmental Pollution" veröffentlichten Arbeit, dass sich die Verringerung der Luftverschmutzung und des Lärms während der Abriegelung positiv auf die Gesundheit auswirkte, doch die negativen Folgen des Rückgangs der körperlichen Aktivität waren größer.

Die Forscher um Sarah Koch vom Barcelona Institute for Global Health (ISGlobal) haben für die Studie drei europäische Städte mit unterschiedlich strengen Lockdowns ausgewählt: Barcelona, wo es strenge Ausgangssperren gab, Stockholm, wo mit sehr lockeren Maßnahmen auf die individuelle Verantwortung gesetzt wurde, und Wien, das laut Forschern bei denen Lockdown-Maßnahmen einen Mittelweg gegangen ist.

Luftverschmutzung

Anhand von Daten über Luftverschmutzung, Lärm und körperliche Aktivität berechneten sie die Unterschiede zwischen den Umwelteinflüssen und dem Gesundheitsverhalten vor und während der Pandemie sowie deren Auswirkungen auf die Gesundheit. Um das Ausmaß der untersuchten langfristigen Veränderungen klarzumachen, simulierten sie zudem die hypothetischen Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen, wenn diese ein ganzes Jahr gedauert hätten.

Klarerweise stand die Strenge der Maßnahmen in direktem Zusammenhang mit den Auswirkungen: So sanken in **Barcelona** während des ersten Lockdowns die Stickstoffdioxidkonzentrationen (NO2) im Durchschnitt um 50 Prozent, der tägliche Lärmpegel ging um 5 Dezibel (dB(A)) zurück und die körperliche Aktivität um 95 Prozent. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich in **Wien** die NO2-Belastung um 22 Prozent, die Lärmbelastung um 1 dB(A) und die körperliche Aktivität nahm um 76 Prozent ab. **Stockholm** verzeichnete bei der NO2-Belastung einen Rückgang um 9 Prozent, bei der täglichen Lärmbelastung ein Minus von 2 dB(A) und die körperliche Aktivität reduzierte sich um 42 Prozent.

Körperliche Aktivität

Die Verringerung der körperlichen Aktivität hätte in Barcelona zu einem Anstleg der Schlaganfälle und Herzinfarkte um 10 Prozent und der Diagnosen von Depressionen und Angstzuständen um 8 bzw. 12 Prozent geführt, wenn die strengen Ausgangssperren ein Jahr lang gedauert hätten. In Wien hätte eine geringere körperliche Aktivität für ein Jahr zu einem Anstieg von Schlaganfällen und Herzinfarkten um 5 Prozent sowie der von Depressions- und Angstzustands Diagnosen um 4 bzw. 7 Prozent geführt. Selbst in Stockholm wäre bei einem Andauern der Maßnahmen die Häufigkeit von Schlaganfällen und Herzinfarkten um 3 Prozent, die Zahl der Depressionsdiagnosen um 2 Prozent und jene der Angstzustände um 3 Prozent gestiegen.

Auf der anderen Seite stünden positive Auswirkungen aufgrund des Rückgangs der Luftverschmutzung und der Lärmbelastung, wären die Maßnahmen ein ganzes Jahr lang aufrechterhalten worden. So hätte die Verringerung der NO2-Konzentrationen in Barcelona 5 Prozent der Herzinfarkte, 6 Prozent der Schlaganfälle und 11 Prozent der Depressionsdiagnosen verhindert. In Wien hätte die Reduktion bei Schlaganfällen und Herzinfarkten 1 Prozent und bei Depressionen 2 Prozent betragen und in Stockholm wären 1 Prozent der Depressionsdiagnosen verhindert worden.

Lärmbelästigung

Die hypothetische langfristige geringere Lärmbelastung hätte in **Barcelona** 4 Prozent der jährlichen Herzinfarkte, 7 Prozent der Schlaganfälle und 4 Prozent der Depressions-Diagnosen verhindern können. In **Wien** hätte die Inzidenz von Herzinfarkten, Schlaganfällen und Depressionen um jeweils 1 Prozent gesenkt werden können. In **Stockholm** wäre die Zahl der Herzinfarkte und Depressionen um jeweils 2 Prozent und die Zahl der Schlaganfälle um 4 Prozent gesunken, berechneten die Forscher in der Studie, an der auch Wissenschafter der Universität für Bodenkultur (Boku) mitgearbeitet haben.

"Trotz der Unterschiede in den drei Städten gibt es ein gemeinsames Muster: Die gesundheitlichen Vorteile der verbesserten Luftqualität und des Lärms können die zutiefst negativen Auswirkungen der geringeren körperlichen Aktivität nicht ausgleichen", erklärte Koch in einer Aussendung. Für die Wissenschaftler geben die Studienergebnisse auch Hinweise für die Stadtplanung und welche Auswirkungen es hat, wenn man Luftverschmutzung und Lärm erheblich reduziere und gleichzeitig die körperliche Aktivität fördere.



Es gibt kaum etwas Dümmeres und Gefährlicheres, als wichtige Entscheidungen in die Hände von Leuten zu legen, die keinen Preis dafür bezahlen müssen, wenn sie sich geirrt haben.

ALSO: Wir fordern eine zivile Haftung aller Verantwortlichen ein!

https://exxpress.at/moskau-meint-bidens-sohn-soll-biowaffen-forschung-in-ukraine-finanziert-haben/

Moskau meint: Bidens Sohn soll Biowaffen-Forschung in Ukraine finanziert haben

Die Daten auf einem zurückgelassenen Laptop von Joe Bidens Sohn schlagen mittlerweile hohe Wellen und bestätigen Anschuldigungen der New York Post aus dem Jahr 2020. Hunter Biden soll über Umwege mit US-Steuergeld Biowaffen-Forschungslabore in der Ukraine mitfinanziert haben. Auch sein Vorstandsposten in einer ukrainischen Erdgasfirma wirft Fragen auf.

Redaktion1 April 2022 15:19

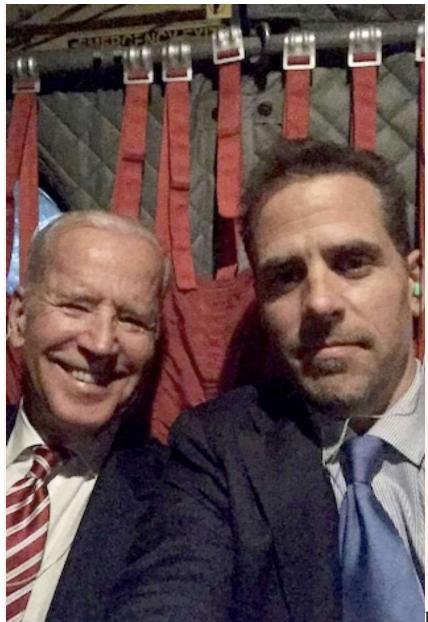


Sohn des amerikanischen Präsidenten soll in dubiose Geschäfte in der Ukraine verstrickt sein. Getty Die russische Regierung beschuldigte bei einer Pressekonferenz den Sohn des amtierenden US-Präsidenten, Hunter Biden, ein US-Forschungsprojekt für Biowaffen in der Ukraine finanziert zu haben. Der Kommandant der russischen Nuklear-, Bio- und Chemikalienschutzkräfte behauptete, es gäbe ein "Interaktionsschema zwischen US-Regierungsbehörden und ukrainischen biologischen Objekten" und verwies auf die "Finanzierung solcher Aktivitäten durch Strukturen, die insbesondere der derzeitigen US-Führung nahe stehen. Insbesondere der Investmentfonds Rosemont Seneca, der von Hunter Biden geleitet wird."

Material belastet Biden schwer

Obwohl Geheimdienste die Anschuldigungen der russischen Regierung vorerst als Propagandatrick abtaten, um die Invasion von Präsident Wladimir Putin in der Ukraine zu rechtfertigen und Zwietracht in den USA zu säen, scheint das belastende Material gegen Bidens Sohn kein russisches Fake zu sein – zumindest berichtet das eine britische Tageszeitung.

Die Dailymail bekam die Daten von Hunter Bidens früher genutztem Laptop, den er aus einem Reparaturgeschäft in New York nicht mehr abgeholt hatte, exklusiv zugespielt und bezeichnet diese als "durchaus belastend" Auch immer mehr andere amerikanische und britische Medien berichten über die fragwürdige E-Mail-Korrespondenz, die Bidens Sohn zu ukrainischen Oligarchen unterhielt.



Hunter Biden (r) fungierte in der

Vergangenheit oft als Investor und Lobbyist.

Laut Dailymail "zeigen die E-Mails von Hunter Bidens Laptop, dass er geholfen hat, Millionen von Dollar an Finanzmitteln für 'Metabiota' zu sichern, einem Auftragnehmer des

Verteidigungsministeriums, der sich auf die Erforschung von Krankheiten spezialisiert hat, die Pandemien verursachen und als Biowaffen eingesetzt werden könnten."

Vorstandsposten für Hunter Biden bei ukrainischer Oligarchen-Firma

Hunters Investment durch Rosemont Seneca in das Forschungsunternehmen Metabiota und seine "Vermittlung" zum Weißen Haus zahlten sich wohl aus: Metabiota bekam von der US-Regierung einen Zuschlag von 23,9 Mio. Dollar, darunter 307.901 Dollar für "ukrainische Forschungsprojekte", so das Haushaltsportal der US-Regierung. Sein Vater Joe Biden war zu dieser Zeit als Vize-Präsident in der Obama-Regierung zuständig für die Ukraine-Politik.

Zur selben Zeit wurde Hunter Biden – laut New York Post mutmaßlich vom ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomoisky – in den Vorstand der größten ukrainischen Erdgasfirma Burisma

Holdings berufen, wo er 83.000 Dollar im Monat für 'unklare

Aufgaben 'erhielt. Insgesamt soll der Präsidentensohn, der in der Vergangenheit an schweren Drogenproblemen litt, etwa fünf Millionen Dollar von Burisma für seine Vermittlung zum Weißen Haus bekommen haben. Hunter Biden (52) bestreitet die Vorwürfe – gegen ihn wird momentan wegen diverser Steuerdelikte ermittelt.



https://tkp.at/2022/03/31/nach-vfgh-entscheidung-mfg-ueberlegt-gang-zum-europaeischengerichtshof-fuer-menschenrechte/



Politik

Nach VfGH-Entscheidung: MFG <mark>überlegt Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte</mark>

31. März 2022von Waldo Holz2.3 Minuten Lesezeit

Die Entscheidung vom VfGH am Donnerstag ist richtungsweisend. Die politische Pandemie wird wohl kaum juristisch beendet werden können. Die MFG will eine Reform des VfGH, überlegt den Gang zum EU-Gericht für Menschrechte, sieht aber auch die Notwendigkeit, die politischen Verhältnisse zu ändern.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) am Donnerstag sorgt für große Aufregung. Während sich die Verteidiger der Covid-Restriktionen hoch erfreut sehen, zeigen sich die Kritiker schockiert. Auch von der MFG ("Menschen", "Freiheit", "Grundrechte", neue Partei in Österreich) kommt harte Kritik. Die Rechtsanwälte der MFG fordern eine "Entpolitisierung" des Verfassungsgerichtshofes und überlegen den Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

MFG kritisiert Entscheidung

Für die MFG ist die Entscheidung zweifellos ein schwerer Dämpfer. Sie zeigte sich stets überzeugt, dass diese Verordnungen verfassungswidrig seien. Außerdem zeigt sich mit der Entscheidung des VfGH, dass die politische Pandemie wohl nur politisch beendet werden kann.

Brunner bleibt in seiner juristischen Profession und kritisiert in einer Aussendung an fünf Punkten die Arbeit des VfGH:

- 1. der VfGH seiner Entscheidung die Darstellung der epidemiologischen Situation im Verordnungsakt des Gesundheitsministers zugrunde legt, diese nicht hinterfragt, sondern ohne Prüfung als gegeben annimmt (d.h. der VfGH hat den Sachverhalt rechtlich beurteilt, den ihm der Gesundheitsminister "geliefert" hat),
- 2. der VfGH die im Verordnungsakt vorhandene Dokumentation (formell) prüft, nicht aber, ob diese überhaupt (materiell) zutrifft,
- 3. der VfGH nicht beurteilt, ob tatsächlich eine Gefahrenlage bestanden hat, sondern "lediglich", ob der Gesundheitsminister Prognosen annehmen durfte, die derart gravierende Grundrechtseinschränkungen notwendig machen würden,
- 4. der VfGH die "Qualifikation" von PCR-Tests, Impfungen, der Wirksamkeit von Mobilitätsbeschränkungen, Neuinfektionen etc. ohne Prüfung als gegeben annimmt und diese nicht in Zweifel zieht, also selbst prüft,
- 5. der VfGH die Anzahl der (unbelegten/ belegten) Normal- und Intensivbetten in den Spitälern nicht darstellt, schon gar nicht zwischen wegen oder mit Covid-19 hospitalisierten Personen unterscheidet, ebenso wenig bei "Neuinfektionen" zwischen symptomatischen und asymptomatischen Personen (laborbestätigte Fälle) differenziert.

Aus dieser VfGH-Entscheidung folge die Forderung, "dass der Verfassungsgerichtshof dringend reformiert und vollständig entpolitisiert werden muss". Etwa soll die Entscheidungsgrundlage des VfGH durch Beweisaufnahmen selbst erhoben werden. So könne der Sachverhalt, der in einem Verordnungsakt aus dem Ministerium kommt, nicht als Wirklichkeit hingenommen werden, die nicht zu hinterfragen ist.

Außerdem prüfe man einen Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Doch MFG-Obmann Brunner zieht in der Presseaussendung dann doch eine politische Conclusio: "Generell kann die Diskriminierung einer breiten Bevölkerungsgruppe nur verhindert werden, wenn sich die politischen

Verhältnisse ändern. Dazu sind wir angetreten und das werden wir auch konsequent umsetzen."

Bild wikimedia

<u>Falsche Behauptungen und Unwahrheiten als Grundlage der VfGh</u> Entscheidung

<u>Zu früh aufgeatmet? Zum VfGH-Urteil über 2G und Lockdown für Ungeimpfte</u>

Public Health Graz

Vor kurzem ist der im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGKP) erstellte Ergebnisbericht "Soziale Faktoren der Pandemie" erschienen - https://bit.ly/3LppVfv

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind wirklich lesenswert und hätten von Beginn an berücksichtigt werden sollen!

Ich freue mich über den Bericht und hoffe, dass er mithilft den medizinisch-

Virologischen Tunnelblick im BMSGKP zu erweitern. Andererseits tut es natürlich auch weh. Vieles in dem Bericht entspricht fast wortwörtlich dem was ich in den letzten zwei Jahren geschrieben und gesagt habe. Viele Artikel die ich zitiert habe, tauchen

auch in dem Bericht auf. Deshalb sei die Frage erlaubt: Wie viel gesundheitlicher, psychosozialer und wirtschaftlicher Schaden wäre Österreich erspart geblieben, wenn das BMSGKP diese Empfehlungen von Anfang an umgesetzt hätte?

Hier noch einmal die wesentlichen Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

"Equity im Fokus": Die Berücksichtigung der sozioökonomischen Determinanten der Gesundheit muss strukturell verankert und integrativer Bestandteil von Strategien, Plänen und Maßnahmen konzepten sein. Die Entwicklungen in einer Public-Health-Krise sollten mit einer

Art von "Equity- Brille" betrachtet werden, wofür es auch ein kontinuierliches Monitoring unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Faktoren braucht.

Gesamtgesellschaftliche Perspektive / Gesundheit in allen Politikfeldern: Eine essenzielle Wirksamkeit von Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Bewältigung einer Public-Health-Krise kann nur dann erreicht werden, wenn ein Zusammenwirken verschiedenster Politikfelder sichergestellt ist, da die jeweiligen Maßnahmen sich gegenseitig beeinflussen und sich daher deren Wirkung positiv verstärken oder auch konterkarieren kann.

Sozialer Zusammenhalt: Die Pandemie hat Chancen und Herausforderungen für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt aufgezeigt. Es braucht spezifische Maßnahmen zur Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts und insb. auch des Vertrauens auf gesellschaftlicher Ebene. Partizipation und Kommunikation kommt dabei ein wichtiger Stellenwert zu.

Partizipation: Die Partizipation relevanter Zielgruppen ist eine wichtige Strategie, um Unterschiede nach sozioökonomischen Faktoren, diversen Lebensrealitäten etc. berücksichtigen zu können. Der direkte Einbezug von Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern sozioökonomisch benachteiligter oder vulnerabler Gruppen ermöglicht es, deren Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten in Entscheidungen mitzubedenken bzw. darauf zu reagieren.

Kommunikation: Die Pandemie hat auch gezeigt, welche zentrale Rolle Kommunikation spielt. Es braucht eine möglichst einfache, leicht verständliche Sprache, zielgruppenorientierte und wertschätzende Kommunikation, Mehrsprachigkeit sowie die Nutzung geeigneter Kanäle. Es besteht der Wunsch nach Transparenz, Ehrlichkeit und Sachlichkeit anstelle eines Zuviels an Information oder angstmachender Kommunikation."

Markus Gelau

auffallend: dieselbe politikelite, die 2 jahre lang nur von "überlastung des gesundheitssystems", "solidarität", "impfungen", "booster", "maßnahmen", "einschränkungen" schwafelte - aber nie von "GESUNDHEIT".

...schwafelt heute permanent von "waffenlieferungen", "unterstützung im krieg", "harten sanktionen", "aufrüstung", "schluss mit pazifismus" - nie von "FRIEDEN".



Jenny Friedheim

Man muß sich einmal ganz deutlich vor Augen halten und darf voraussetzen, daß MINDESTENS Polizisten, Richter und Staatsanwälte eine gewisse juristische Grundausbildung haben. Dazu kommen noch allerlei Behördenmitarbeiter, die sich bei jeder Gelegenheit auf Gesetze berufen, wenn es darum geht, den Bürgern etwas zu verwehren oder vorzuwerfen. All diese Leute WISSEN also ganz genau, daß die Parlamentsratten seit geraumer Zeit gegen allerlei Gesetze verstoßen und das Recht brechen.

Die allermeisten von ihnen unternehmen dagegen allerdings nichts, oder noch schlimmer: sie unterstützen die fortlaufenden Rechtsbrüche, indem sie sich an der Verfolgung aller beteiligen, die auf den Bruch der Gesetze hinweisen und die Einhaltung der Gesetze, insbesondere des Grundgesetzes einfordern. Es geht dabei schon lange nicht mehr um Lappalien, wie z. B. Ordnungswidrigkeiten oder minder schwere Rechtsverstöße.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der aktuellen seriösen Forschung und der amtlichen Statistiken, sowie angesichts der vielen, zunehmend jungen Menschen, die plötzlich morgens nicht mehr aufwachen, kann man all diese Leute nur noch als Mörder oder zumindest Helfershelfer von Mördern bezeichnen. Sie leisten aktive Beihilfe zum Mord. Auch all die Leute, die öffentlichkeitswirksam immer noch dafür werben oder gar fordern, daß sich jeder eine Spritze verpassen lassen muß, sind der Beihilfe zum Mord schuldig. Insbesondere Juristen und Polizisten wissen das auch, bzw. müssen die Merkmale dieses Tatbestandes kennen.

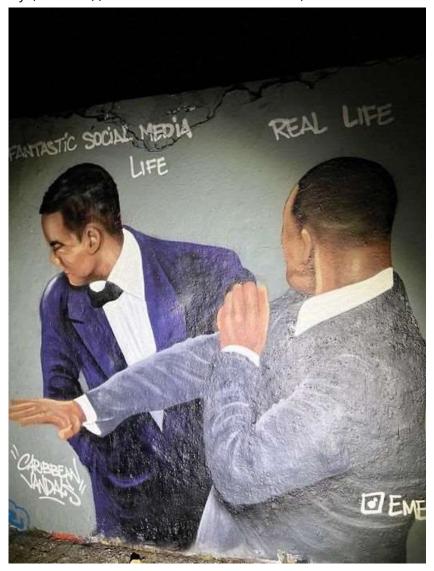
Man darf voraussetzen, daß die notwendigen Informationen über die Wirkung der Spritzen inzwischen jedem zugänglich sind, der darüber etwas erfahren will. Gerade Ärzte, die sich laufend fortbilden MÜSSEN, wissen seit geraumer Zeit, daß die Folgen der Spritzen schlimme Folgen bis hin zum Tod haben können. Es ist wohl ausgeschlossen, daß ein Arzt nicht merkt, daß ihm seine Patienten plötzlich in ungewöhnlich hoher Zahl wegsterben. Auch sie werden zu Mittätern, wenn sie diese Behandlung immer noch anbieten, oder gar jemanden dazu drängen. Bei ihnen kann man sogar von Heimtücke sprechen, vor allem, wenn sie ihre Patienten nicht ordentlich informieren.

Die bisher genannten Personengruppen laden schwere Schuld auf sich. Sie opfern unbedenklich das Leben vieler Menschen um eines persönlichen Vorteils willen. Damit sie ihren Zahlungsverpflichtungen in gewohntem Umfang nachkommen können, nehmen sie es billigend in Kauf, daß andere dafür leiden und sterben. Das könnte man sogar als Mord aus Habgier einstufen, denn sie riskieren ja nicht, zu verhungern, sondern nur das sie den gewohnten hohen Lebensstandard nicht beibehalten können.

Wenn man sich das alles mal deutlich zu Gemüte führt, müßte man sich doch auch die Frage stellen, ob man verpflichtet ist, Mördern und deren Komplizen gehorchen darf. Sie nur Verbrecher zu nennen, ist eine Verniedlichung, die niemand mehr benutzen sollte. Es handelt sich bei dieser Flut von Rechtsbrüchen schon lange nicht mehr um Bagatellen. "Gehirnwäsche" lasse ich als Ausrede übrigens nicht mehr gelten, denn selbst dann kann man erkennen, daß man im Begriff ist, seine Menschlichkeit aus Eigennutz zu opfern.

Bei dieser Gelegenheit darf man auch gerne mal fragen, wer oder was die Kaste der berufsmäßigen Parlamentszecken zu "Herrschern" gemacht hat? Steht in irgendeinem Gesetz, daß die gewählten Volksrepräsentanten herrschen und diktieren dürfen? Mir ist das nicht bekannt und demzufolge verweigere ich diesem Pack den Gehorsam.

Raum für Überlegungen.



Neue Zeit

Die ganze türkise Familie musste schon zurücktreten. Die ganze? Nein - ein einsamer Wolf namens Wolfgang Sobotka leistet Widerstand...



Neue Zeit

Falls jemand den Überblick verloren hat: Das ist die aktuelle Beschuldigtenliste von ÖVP-Politikern.

Gegen diese ÖVP-Politiker ermittelt die Justiz

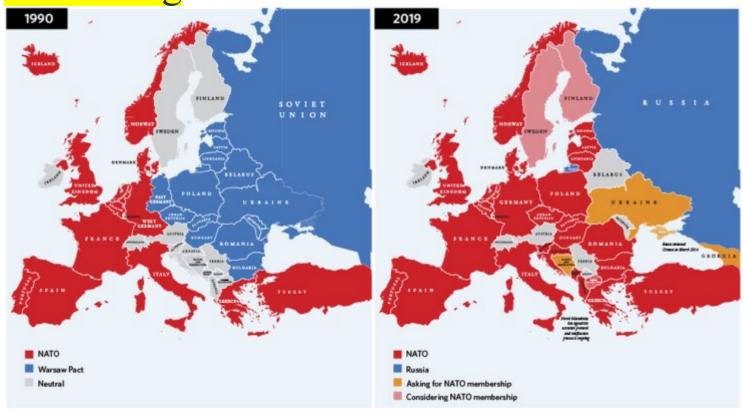


Email: aktivist4youat@gmx.at - Blog: www.aktivist4you.at

(III) www.neuezeit.at

(0).04.2022, es gilt die Unschuldsvermutung)

Ukrainekrieg: Eine geostrategische Bewertung



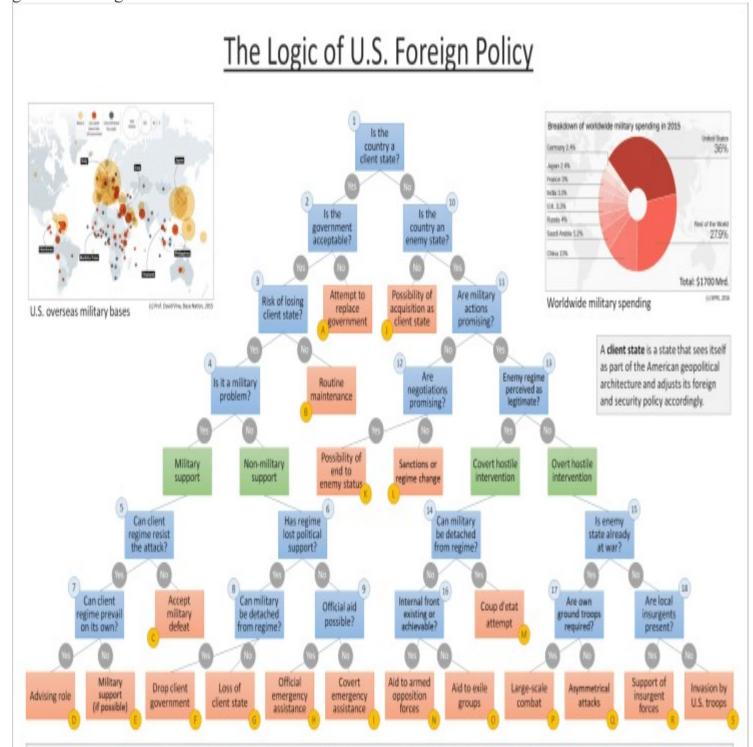
NATO-Erweiterung, 1990-2019 (CEIP / RISS)

Veröffentlicht: 6. März 2022

Eine geostrategische Einschätzung des andauernden Ukraine-Krieges. Erweiterung - Invasion - Aufstand

Die anhaltende russische Invasion in der Ukraine kann als jüngste Eskalation von über zwei Jahrzehnten geopolitischer Spannungen zwischen den USA, der NATO und Russland angesehen werden. Genauer gesagt kann es als eine erste militärische Reaktion Russlands auf zwei Jahrzehnte Osterweiterung des US/NATO-Militärbündnisses angesehen werden. Nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine im Jahr 1991 hofften die USA zunächst, die Ukraine innerhalb von etwa 20 Jahren friedlich als Vasallenstaat erwerben zu können , ähnlich wie andere ehemalige Sowjet- oder Warschauer-Pakt-Staaten in Osteuropa. In dem unten gezeigten Flussdiagramm, das auf einem von den Politikwissenschaftsprofessoren David Sylvan und Stephen Majeski entwickelten Modell

basiert, wäre eine solche Entwicklung Szenario J gewesen – das friedlichste Szenario des gesamten Diagramms.



Examples A: Chile 1973, Panama 1989, Haiti 1994, possibly Turkey 2016; B: Japan, Australia, Switzerland, etc.; C: China 1949, Cuba 1958, Vietnam 1975, Nicaragua 1979; D: Colombia 2000ff, Pakistan 2001ff; E: Liberia 1992, Afghanistan 2003ff, Iraq 2004ff; F: South Korea 1960, Philippines 1986, Indonesia 1998; G: Iran 1979; H: Italy & France 1946-48, Turkey & Brasil 2001; I: Bolivia & Chile 1963-64, El Salvador 1982-84; J: Eastern Europe & Baltic states 1991ff; K: Iran 2015; L: North Korea 2003ff, Iran 2001ff, Ukraine 2014, Russia 2014ff; M: Iran 1953, Egypt 1956, Indonesia 1965; N: Angola 1975, Afghanistan 1979-91, Syria 2011ff; O: Cuba 1961ff, China/Tibet 1958ff; P: Germany 1917-18 and 1941-45, Japan 1941-45, Korea 1950-51; Q: Serbia 1999, Yemen 2015ff; R: Bosnia 1992-95, Afghanistan 2001, Libya 2011, Syria 2014ff; S: Grenada 1983, Iraq 2003. Listing not exhaustive. Based on: Sylvan&Majeski, Clients, Enemies and Empire – U.S. Foreign Policy in Perspective. Routledge, 2009.

V1.1 © 2018/2022 swprs.org

Die Logik der US-Außenpolitik. Die Ukraine könnte sich als Szenario C, E oder R herausstellen. (Sylvan & Majeski)

Im Fall der Ukraine gestaltete sich dieses Unterfangen jedoch schwieriger als erwartet, insbesondere aufgrund der Wiederbelebung russischer geopolitischer Ambitionen während der Putin-Präsidentschaft. Daher mussten die USA zwei Regimewechsel oder Revolutionen inszenieren – die "Orangene Revolution" im Jahr 2004 und den "EuroMaidan" im Jahr 2014 – um die Ukraine als Klienten- oder Stellvertreterstaat zu erwerben (Szenario L oben).

Russland reagierte 2014 mit der Annexion oder Wiedereingliederung der Krim (Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte) und der De-facto-Abspaltung der russischsprachigen Teile der Ostukraine. Darüber hinaus warnte Russland davor, die Ukraine als Mitglied oder Partner in die NATO aufzunehmen, was als direkte militärische und strategische Bedrohung für Russland wahrgenommen wurde – ähnlich wie die Vereinigten Staaten ein russisches oder chinesisches Militärbündnis mit Mexiko oder Kuba wahrnehmen könnten.

Während der Trump-Präsidentschaft (2017-2020) kam der Ukraine-Konflikt im Wesentlichen zum Stillstand (siehe Diskussion unten). Doch mit dem Amtsantritt der Präsidentschaft Bidens, die in vielerlei Hinsicht eine traditionellere US-Außenpolitik verfolgt, spitzte sich der Ukraine-Konflikt erneut zu. Insbesondere wurden die Gespräche über die Aufnahme der Ukraine als Partner oder Mitglied der NATO wieder aufgenommen und Pläne zur Rückeroberung der abtrünnigen Gebiete in der Ostukraine und möglicherweise sogar der Krim reaktiviert. Vor kurzem diskutierte der ukrainische Präsident die Möglichkeit, Atomwaffen zu erwerben, um Russland abzuschrecken.

Im Dezember 2021 veröffentlichte Russland eine Reihe von Vorschlägen oder Forderungen an die USA und die NATO zu gegenseitigen Sicherheitsgarantien. Insbesondere forderte Russland die USA und die NATO auf, ihre Streitkräfte und militärische Infrastruktur aus Mitgliedsstaaten abzuziehen, die der Allianz nach 1997 beigetreten sind (dh aus ganz Osteuropa); ehemalige Sowjetrepubliken nicht in die NATO aufzunehmen (zB Ukraine und Georgien); US-Atomwaffen aus Europa zu entfernen; und den Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (der 2019 von den USA ausgesetzt wurde) wieder in Kraft zu setzen. Sehen Sie sich die vollständigen russischen Vorschläge hier und hier an .

Im Januar 2022 lehnten sowohl die USA als auch die NATO diese Vorschläge oder Forderungen als unrealistisch ab. "Dieses Bündnis wird die Zeit nicht zurückdrehen und in eine völlig andere Ära zurückkehren, in der wir ein ganz anderes Bündnis mit kleinerem und

ganz anderem Fußabdruck hatten", sagte der US-NATO-Gesandte am 11. Januar 2022. Sechs Wochen später, am 24. Februar 2022, startete Russland seine Invasion in der Ukraine (siehe ausführlichere Diskussion im nächsten Abschnitt).

Wenn die russische Militäroperation ihre Ziele erreicht, würde dies zum Verlust der Ukraine als US-Klientenoder Stellvertreterstaat führen (Szenario C im obigen Flussdiagramm). Mehrere NATO-Mitglieder haben jedoch bereits damit begonnen, der Ukraine Panzerabwehrund Flugabwehrwaffen zu liefern oder erwägen eine "Flugverbotszone" über Teilen der Ukraine (dh Szenario E: militärische Unterstützung). Darüber hinaus gibt es Pläne, einen bewaffneten Aufstand gegen eine von Russland besetzte oder von Russland kontrollierte Ukraine zu unterstützen (Szenario R).

Als Reaktion auf die Invasion der Ukraine haben die NATO-Staaten Russland mit beispiellosen wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen belegt, und einige westliche Politiker haben einen Regimewechsel in Moskau oder die Ermordung des russischen Präsidenten gefordert (Szenario L).

Aggression – Präemption – Provokation

Um den russischen Einmarsch in die Ukraine umfassend zu beurteilen, kann zwischen der geopolitischen und der militärischen Ebene unterschieden werden.

Auf geopolitischer Ebene muss die russische Intervention bisher als defensiver und fast verzweifelter Schritt als Reaktion auf 20 Jahre NATO-Erweiterung in Osteuropa angesehen werden (einige russische Analysten könnten darin vielleicht einen mutigen defensiven Schritt sehen, um "Rollback (NATO-Erweiterung).

Tatsächlich raten viele führende US-Geostrategen – lanunter George Kennan, Henry Kissinger, John Mearsheimer und Stephen Cohen – seit langem von einer NATO-Erweiterung nach Osteuropa und insbesondere in die Ukraine ab, um eine direkte Konfrontation mit Russland zu vermeiden. Andere US-Geostrategen, wie Zbigniew Brzezinski, unterstützten jedoch die Aufnahme der Ukraine in die NATO, um den russischen Einfluss in Europa zu begrenzen.

Auf militärischer Ebene wird die russische Intervention in der Ukraine im Allgemeinen als offensiver Schritt (d. h. als illegale Invasion) angesehen, ähnlich wie die US-Invasionen in Grenada 1983, in Panama 1989 und im Irak 2003 (Szenarien A und S).. Die US/NATO-

Kriege gegen Serbien 1999, gegen Afghanistan 2001, gegen Libyen 2011 und gegen Syrien ab 2014 bestanden hauptsächlich aus Luftangriffen und setzten lokale (oder ausländische) Milizen als Bodentruppen ein (Szenarien Q und R).

Die russische Regierung scheint jedoch etwas anders zu argumentieren. Laut Russland führte Kiew seit 2014 eine achtjährige Militärkampagne gegen die russischsprachigen abtrünnigen Republiken in der Ostukraine, die von Russland als "Völkermord" bezeichnet wurde und bis zu 14.000 Menschen das Leben gekostet hatte. Am 21. Februar 2022 erkannte Russland die separatistischen Republiken offiziell an und forderte Kiew auf, seine Militärkampagne einzustellen. Russland argumentierte, dass die formelle Anerkennung der Republiken aufgrund der westlichen Präzedenzfälle Sloweniens im Jahr 1991 und insbesondere des Kosovos im Jahr 2008 durch internationales Recht gestützt wurde . Schließlich antwortete Russland am 24. Februar auf einen "Hilferuf"von seinen eigenen Stellvertreterrepubliken, indem es eine "spezielle militärische Operation" (dh eine Invasion) gegen die Ukraine startet. Einige Analysten erwarteten zunächst, dass Russland nur eine begrenzte Operation zur "Friedenserhaltung" in der Ostukraine starten würde (um die "Republiken" vor einer ukrainischen Offensive zu schützen). Der russische Präsident argumentierte jedoch später, dass eine solche Operation die strategischen Bedenken Russlands hinsichtlich der militärischen Unterstützung der NATO für die Ukraine und deren Expansion in die Ukraine nicht gelöst hätte.

Andere Analysten, hauptsächlich auf russischer Seite, argumentierten, dass Russland von einer bevorstehenden ukrainischen Offensive gegen die separatistischen Gebiete erfahren und sich daher entschieden habe, einen Präventivschlag gegen Kiew zu starten. Zwar hatte die OSZE in den Tagen vor der russischen Intervention über eine Zunahme militärischer Aktivitäten und Waffenstillstandsverletzungen berichtet, aber die derzeit verfügbaren Beweise reichen nicht aus, um diese Hypothese zu stützen. Darüber hinaus gibt es glaubwürdige Beweise dafür, dass der russische Geheimdienst vor der Invasion mehrere angebliche "ukrainische Provokationen" inszeniert hat.

Schließlich gibt es die Hypothese, dass die USA die Ukraine möglicherweise absichtlich als Falle benutzt haben, um Russland in einen Krieg zu zwingen, der dann genutzt werden könnte,

um verheerende wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen zu verhängen und einen möglicherweise langwierigen bewaffneten Aufstand gegen Russland zu starten.

Tatsächlich gibt es für ein solches Szenario mehrere historische Präzedenzfälle, auch wenn "offizielle Geschichtsschreibung" und "TV-Dokumentationen" oft versuchen, solche verdeckten Provokationen zu ignorieren oder zu verbergen:

- Im Jahr 2008 versuchte die von den USA unterstützte georgische Regierung, die Kontrolle über die von Russland unterstützten separatistischen Gebiete Abchasien und Südossetien zurückzuerobern, was den russisch-georgischen Krieg auslöste, aber die USA und Georgien erwarteten nicht die russische Reaktion.
- 1999 benutzten die USA die albanische UCK-Miliz, um eine serbische Operation im Kosovo zu provozieren und den Kosovo-Krieg gegen Serbien zu beginnen, basierend auf verschiedenen falschen Behauptungen.
- 1990 brachten die USA den Irak dazu, anzunehmen, er könne in Kuwait einmarschieren, um einen Ölstreit beizulegen, nur um dann den Zweiten Golfkrieg zu beginnen, teilweise basierend auf der falschen Geschichte von "kuwaitischen Inkubatorbabys".
- 1979 bewaffneten und entsandten die USA verdeckt arabische Mudschaheddin (einschließlich Bin Laden), um das sowjetische Vasallenregime in Afghanistan anzugreifen (Operation Cyclone) und eine zehnjährige sowjetische Intervention auszulösen, die der westlichen Öffentlichkeit als unprovozierte sowjetische Invasion verkauft wurde.
- 1964 provozierten die Vereinigten Staaten einen ersten Marinezwischenfall und erfanden einen zweiten im vietnamesischen Golf von Tonkin, um ihren Eintritt in den Vietnamkrieg zu rechtfertigen.
- 1950 könnten die USA die südkoreanische Vasallenregierung dazu benutzt haben, Grenzprovokationen gegen Nordkorea zu inszenieren und den Koreakrieg zu beginnen, der letztendlich scheiterte, als die Chinesen in den Krieg eintraten. Die wahren Ursprünge des Koreakrieges bleiben jedoch ziemlich ungewiss.
- 1939 scheinen die USA und Großbritannien Polen benutzt zu haben, um einen deutschen Angriff zu provozieren und den Zweiten Weltkrieg zu beginnen, wie später in Warschau gefundene diplomatische Dokumente zeigten. 1941 scheinen die USA den japanischen Angriff auf Pearl Harbor von dem sie im Voraus wussten, da sie bereits japanische Codes gebrochen hatten provoziert zu haben, um in den Krieg einzutreten.

• 1914 könnte der russische Geheimdienst serbische Nationalisten eingesetzt haben, um Erzherzog Franz Ferdinand, den Thronfolger von Österreich-Ungarn, zu ermorden, um zusammen mit Großbritannien und Frankreich den Ersten Weltkrieg gegen das Kaiserliche Deutschland und das Osmanische (Türkische) Reich zu beginnen. 1915 provozierten Großbritannien und die USA den Zwischenfall auf der Lusitania -Marine, um mit der Vorbereitung des US-Kriegseintritts zu beginnen.

Es stimmt zwar, dass die USA die Möglichkeit einer russischen Invasion in der Ukraine erwogen haben – schließlich warnten sie mehrere Wochen davor –, aber es bleibt ungewiss, ob dies tatsächlich ihre Absicht war oder ob sie hofften, den Donbass zurückzuerobern Region ohne russische Antwort. Jedenfalls scheint die russische Invasionsentscheidung nicht nur auf die Lage in der Ostukraine zurückzuführen zu sein, sondern auf größere geostrategische Erwägungen, wie sie vom russischen Präsidenten selbst beschrieben wurden.

Video: US National Security Advisor Brzezinski 1979 in Pakistan/Afghanistan (1 Min.; CNN)

Trump – Oligarchen – Nationalisten

Es wurde oben erwähnt, dass der Ukraine-Konflikt während der Trump-Präsidentschaft (2017-2020) im Wesentlichen ins Stocken geriet. Mehrere Gründe könnten diese geopolitische Lücke erklären:

- 1. Im Allgemeinen war Trump nicht für eine interventionistische Außenpolitik, obwohl seine Regierung versuchte, Regimewechsel in Venezuela und Bolivien durchzuführen; ermordeter iranischer General Qasem Soleimani; und startete (eher symbolische) Raketenangriffe gegen Syrien als Reaktion auf Chemiewaffenangriffe, die von von der NATO unterstützten islamistischen Milizen inszeniert wurden.
- 2. Genauer gesagt war Trump kein großer Befürworter des NATO-Bündnisses und der internationalen militärischen und finanziellen Verpflichtungen der USA, die das Bündnis mit sich bringt.
- 3. Trump und mehrere seiner Gefährten hatten enge Verbindungen zu meist jüdischen Geschäftsleuten und Oligarchen in der Ukraine und Russland, deren Geld sie dabei halfen, in US-Immobilienprojekte zu investieren. Diese Oligarchen gehören zu den größten finanziellen Verlierern des Ukraine-Konflikts, sowohl auf ukrainischer Seite (aufgrund der Invasion) als auch auf russischer Seite (aufgrund der Sanktionen). Auf ukrainischer Seite flohen die meisten von ihnen in den Tagen vor der russischen Invasion aus dem Land.

Zu diesem letzten Punkt ist es interessant festzustellen, dass der jüdisch-ukrainische Oligarch Ihor Kolomoisky nicht nur der finanzielle Sponsor des derzeitigen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj (der ebenfalls Jude ist), sondern auch des sogenannten "Neonazi" - Bataillons Asow ist und mehrere andere antirussische nationalistische Bataillone Diese Bataillone mögen antijüdische Ansichten vertreten oder auch nicht, aber auf jeden Fall scheinen sie als Schachfiguren in einem viel größeren politischen und geopolitischen Spiel zu dienen.

Wenn also die russische Regierung heute behauptet, die Ukraine zu "entnazifizieren", kann sich das nicht in erster Linie auf die antijüdischen Aspekte der NS-Ideologie beziehen, sondern darauf, dass NS-Deutschland die letzte Macht war, die versucht hat, einzufallen und zu erobern (sowjetische) Russland.

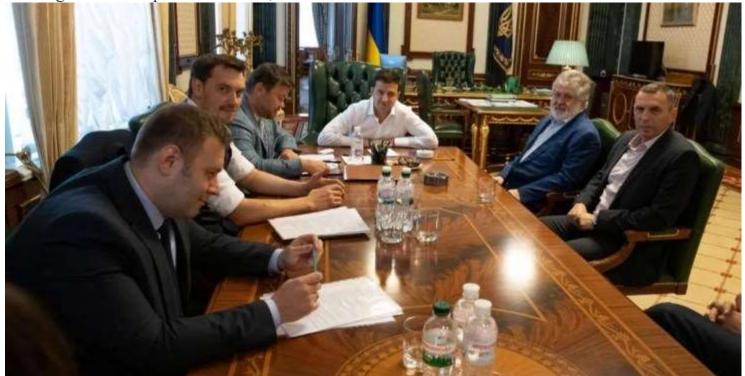
Tatsächlich zogen es während des Zweiten Weltkriegs viele osteuropäische Länder – von Finnland bis zu den baltischen Staaten, Ungarn und der Ukraine – vor, an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion zu kämpfen, die damals mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten verbündet war. Insbesondere die Ukraine hatte aufgrund der schrecklichen Hungersnöte "Holodomor", die Millionen von Ukrainern das Leben kosteten, eine äußerst negative frühe sowjetische Erfahrung. Finnland wurde 1939/40 von der UdSSR angegriffen und die baltischen Staaten wurden 1940 von der UdSSR besetzt.

Während ukrainische Nationalisten hofften, an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion zu kämpfen, unterstützte Deutschland ironischerweise die ukrainischen Nationalisten (die die Unabhängigkeit der Ukraine anstrebten) nicht, da Deutschland seine eigenen Pläne für die Nachkriegsukraine hatte. So landete der ukrainische Nationalistenführer Stepan Bandera in einem deutschen Konzentrationslager und wurde erst 1944 freigelassen, um beim Kampf gegen den massiven sowjetischen Gegenangriff zu helfen.

Heute bevorzugen alle ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts und viele ehemalige Republiken der Sowjetunion ein Bündnis mit westlichen NATO-Staaten gegenüber einem Bündnis mit Russland oder einem neutralen Status (Ausnahmen sind Weißrussland, Kasachstan und die Ostukraine). Andererseits versucht die derzeitige russische Regierung selbst seit über 20 Jahren, mit NATO-Staaten zu kooperieren oder sogar NATO-Mitglied zu werden, wurde aber aus geostrategischen Gründen vor allem von den Vereinigten Staaten und

Großbritannien abgewiesen, da Russland dies offensichtlich nicht vorhatte ein westlicher Klientelstaat.

Bild: Der ukrainische Präsident Zelenskyy und der ukrainische Oligarch Kolomoisky im Jahr 2019. Kolomoisky gilt auch als der wahre Eigentümer der Burisma-Gasholding, die zwischen 2014 und 2016 Millionen an ihr "Vorstandsmitglied" Hunter Biden, den Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten Joe, zahlte Biden.



Der ukrainische Präsident Selenskyj (Mitte) und der ukrainische Oligarch Kolomoisky (Mitterechts) (Reuters)

Medien und Propaganda

Die russische Invasion am 24. Februar verdrängte die zweijährige "tödliche Coronavirus-Pandemie" sofort und fast vollständig aus den globalen Nachrichten.

CFR/NATO-konforme westliche Medien, sowohl liberale als auch konservative, schalteten sofort in den Kriegspropaganda-Modus. Insgesamt versucht die westliche Kriegspropaganda die Probleme der NATO-Erweiterung und der Donbas-Sicherheit zu verbergen oder herunterzuspielen und versucht stattdessen, die russische Intervention als "nicht provozierte Invasion" darzustellen, während sie sich auf zivile Opfer, ukrainischen Widerstand und (angebliche) russische Rückschläge konzentriert. Um einen Überblick über einige gängige Propagandageschichten zu erhalten, siehe zB hier und hier.

Russische und pro-russische Medien wiederum versuchen, die Invasion als legitime und fast humanitäre Intervention darzustellen, ähnlich der Darstellung der illegalen US-/NATO-Kriege gegen Libyen im Jahr 2011 und gegen Serbien im Jahr 1999 in den westlichen Medien.

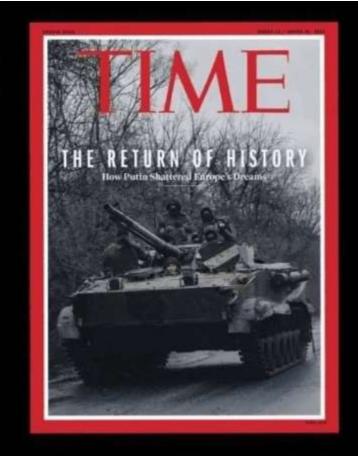
Viele unabhängige Medien haben die komplexen Themen der NATO-Erweiterung, der russischen Sicherheitsinteressen und des ukrainischen Klienten- oder Stellvertreterstatus diskutiert und verschiedene Kriegspropaganda-Geschichten entlarvt. Viele pazifistische und "antiimperialistische" Journalisten, auch wenn sie mit Russland sympathisieren, befinden sich jedoch in einer schwierigen Zwickmühle bezüglich Russlands militärischer Intervention. Einige ehemalige "Covid-Skeptiker", insbesondere auf konservativer Seite, haben sich schnell der US / NATO-Kriegspropaganda angeschlossen.

Unterdessen scheinen etwa 50 % der US-Wähler zu unterstützen, "dass sich die USA einem möglichen Krieg in Europa wegen der Ukraine anschließen"; der deutschen Regierung gelang es, große "Antikriegsproteste" zu nutzen, um eine beispiellose Erhöhung der Militärausgaben um 100 Milliarden Euro anzukündigen; und die Schweiz gab ihre 200-jährige Neutralität auf um Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Die westliche Kriegspropaganda hat auch zu Angriffen und Diskriminierung russischer Künstler, Sportler und Zivilisten in westlichen Ländern geführt, deren Bürger bereits durch zwei Jahre Pandemie-Propaganda brutalisiert wurden.

Schließlich hat der Ukraine-Krieg auch zu einem beispiellosen Maß an Zensur in beiden westlichen Ländern und in Russland geführt, die durch die Verwendung alternativer Plattformen, nicht standardmäßiger DNS-Konfigurationen und VPN-Verbindungen umgangen werden kann (siehe hier). Um einen schnellen Überblick über die wichtigsten Kriegspropaganda- und Medienmanipulationstechniken zu erhalten, die von beiden Seiten verwendet werden, siehe SPR Propaganda Key.

Bild: TIME Magazine über den Bosnienkrieg (1995) und den Ukrainekrieg (2022). Ironischerweise ist ein gefälschtes TIME-Magazin-Cover, das Putin mit Hitler vergleicht, im Internet viral geworden.





TIME Magazine über den Bosnienkrieg (1995) und den Ukrainekrieg (2022). Eskalationspotential

Während der Ukraine-Krieg selbst bereits eine große Eskalation geopolitischer Spannungen darstellt, könnte der Krieg zu einer weiteren wirtschaftlichen oder militärischen Eskalation führen.

Beispielsweise könnten NATO-Staaten beschließen, direkt oder indirekt in den Krieg in der Ukraine einzugreifen; Russland hat bereits davor gewarnt, dass es auf solche Versuche, die nichtnukleare Länder wie Deutschland oder Polen treffen könnten, auf "beispiellose" (dh möglicherweise nukleare) Weise reagieren würde.

Der Krieg in der Ukraine selbst könnte sich in einen langwierigen Aufstand oder einen Bürgerkrieg mit potenziellen Auswirkungen auf die Nachbarländer oder ganz Europa verwandeln.

Russland könnte beschließen, seine "Entmilitarisierungs"-Kampagne von der Ukraine auf andere ehemalige Sowjetrepubliken (z. B. nach Georgien oder die baltischen Staaten) oder auf ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts (z. B. nach Polen oder Rumänien, die beide wichtige US-/NATO-Militärinfrastrukturen beherbergen) auszudehnen.

Andererseits könnten die beispiellosen wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen gegen Russland zu sozialen Unruhen, Regimewechseln oder mehr Nationalismus in Russland führen. Es könnte auch zu einer engeren russisch-chinesischen oder russisch-iranischen Allianz führen

Die Sanktionen und Gegensanktionen könnten auch zu erheblichen globalen wirtschaftlichen Instabilitäten führen, insbesondere in den Bereichen Finanzmärkte, Energieversorgung, Landwirtschaft und verschiedene Metalle.

Die russische Invasion in der Ukraine könnte auch als Vorlage für eine chinesische Invasion in Taiwan oder für eine (von China unterstützte) nordkoreanische Invasion in Südkorea dienen. Schließlich ist es möglich, dass der Ukraine-Krieg genutzt werden könnte, um eine neue globale "terroristische Bedrohung" zu schaffen, ähnlich wie die Schaffung von "Al-Qaida" nach dem CIA-geführten Afghanistan-Krieg in den 1980er Jahren, oder um den Krieg gegen "inländische Terrorismus "und innerstaatlicher Dissens.

In einem positiveren Szenario könnte der Krieg in der Ukraine zu einem neuen gegenseitigen Verständnis und einem neuen geopolitischen Gleichgewicht oder einer Zusammenarbeit zwischen Russland und den NATO-Staaten führen. Weiterlesen

- WEITEITESEII
- Die Logik der US-Außenpolitik
- Das amerikanische Imperium und seine Medien
- Ukraine: Situation und Hintergrund Siehe auch
- Fortgeschrittene Online-Mediennutzung
- Wikipedia & Desinformation
- Der Mediennavigator

https://covertactionmagazine.com/2022/03/01/repeating-70s-strategy-of-grand-chess-master-zbigniew-brzezinski-biden-administration-appears-to-have-induced-russian-invasion-of-ukraine-to-bankrupt-russias-economy-and-advance-regime-cha/

Repeating '70s Strategy of Grand Chess-Master Brzezinski: Biden Appears to Have Induced Russian Invasion of Ukraine to Bankrupt Russia's Economy and Advance Regime Change

By Jeremy Kuzmarov

March 1, 2022



Source:





[Source: intellinews.com]



[Source: youtube.com]

But Will the Strategy Succeed This Time?

Jimmy Carter's National Security Council adviser Zbigniew Brzezinski famously bragged about having induced a Soviet invasion of Afghanistan in December 1979 by supporting Islamic fundamentalists with the goal of "giving the Soviets their Vietnam."

The collateral damage of the war—the destruction of Afghanistan and growth of al-Qaeda—was inconsequential to the "grand chess-master," who told a reporter: "what is more important to the history of the world? The Taliban or the collapse of the Soviet empire? Some agitated Moslems or the liberation of Central Europe and the end of the cold war?"



Visiting a Pakistani Army outpost in 1980, Mr. Brzezinski used the sights of a machine gun to look across the Afghan border. [Source: nytimes.com]

Brzezinski died in May 2017, but his spirit lives on in the Biden administration which appears to have followed his blueprint, substituting Afghanistan with Ukraine.

Its strategy appears to have been to induce a Russian invasion of Ukraine with the goal of bogging Russia down into a quagmire while crippling its economy through sanctions that hold the prospect of bringing Vladimir Putin down.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Joe Biden surrounded by Zbigniew Brzezinski. [Source: loc.gov; wikimedia.org]

Email: <u>aktivist4youat@gmx.at</u> – Blog: <u>www.aktivist4you.at</u>



Russians protest the foreign plunder of their economy and economic collapse under Boris Yeltsin, calling for the jailing of one of the main architects and profiteers off the disaster, Anatoly Chubais. [Source: wikipedia.org]

The task is particularly urgent given a) the growing geopolitical alliance between Russia and China which threatens to end the era of U.S. unipolar power definitively; b) the growing financial crisis in the U.S. and West and prospect of economic decline or collapse.

Putin has been hated by the U.S. since he began to take back Russian control over Russia's economy following a decade of privatization under his predecessor Boris Yeltsin that resulted in plunder by foreign capitalists and oligarchs tied to the West.

In February 2007, Putin gave a speech in Munich denouncing U.S. hyper-militarism, disdain for international law and its attitude of "might makes right," which, he said, had left the rest of the world afraid.



Putin speaking in Munich in February

2007. [Source: nytimes.com]

Praised before in *The New York Times* as a "sober westernizing leader," Putin subsequently became Public U.S. Enemy #1—a status enhanced when he confronted U.S. backed forces in Syria and saved the country from the fate of Libya and Iraq.^[2]



[Source: censor.net]



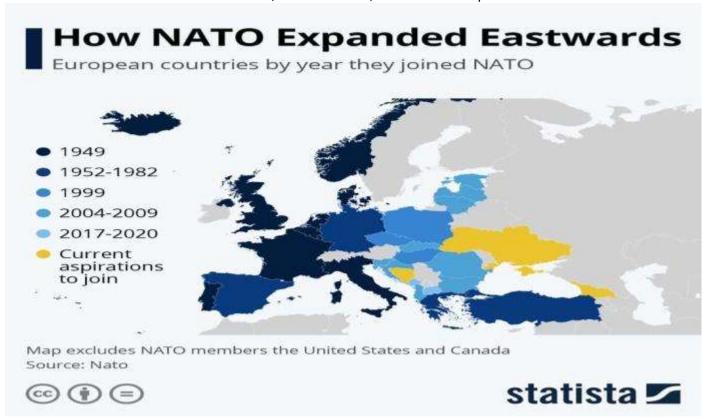
Putin with George W. Bush when he was still in America's good graces. [Source: brookings.edu]

Poking the Russian Bear One Too Many Times

The U.S. media leaves the impression that Putin invaded Ukraine based on his own diabolical whims, leaving out the entire back story.

Future historians will recognize that the U.S. provoked the current war by:

(1) Refusing to abide by Putin's legitimate demand that the North Atlantic Treaty Organization (NATO) not be expanded to Ukraine or anywhere further to Russia's border—going against a promise made in 1990 by U.S. Secretary of State James A. Baker that NATO would not expand "one inch eastward."



[Source: statistica.com]



John J. Marsheimer [Source: us.mcmillan.com]

John J. Marsheimer of the University of Chicago noted that "my sense is that Putin...would not have invaded Ukraine if the Biden administration had given a written guarantee not to expand NATO into Ukraine," and pledged to stop arming and training Ukraine's military, which Biden refused to do. [3]

(2) Supporting the Maidan Coup and Ukraine's War on Eastern Ukraine.

In February 2014, the Obama administration supported the Maidan Square insurrection that resulted in the overthrow of Ukraine's pro-Russian leader Viktor Yanukovych after he spurned an International Monetary Fund (IMF) loan that came with conditions detrimental to Ukraine. The post-coup regime—led by billionaire Petro Poroshenko who has been indicted on treason

charges—triggered a conflict with Russia when they invaded Donetsk and Luhansk provinces with U.S. backing after they voted to secede.



Viktor Yanukovych [Source: spiegel.de]



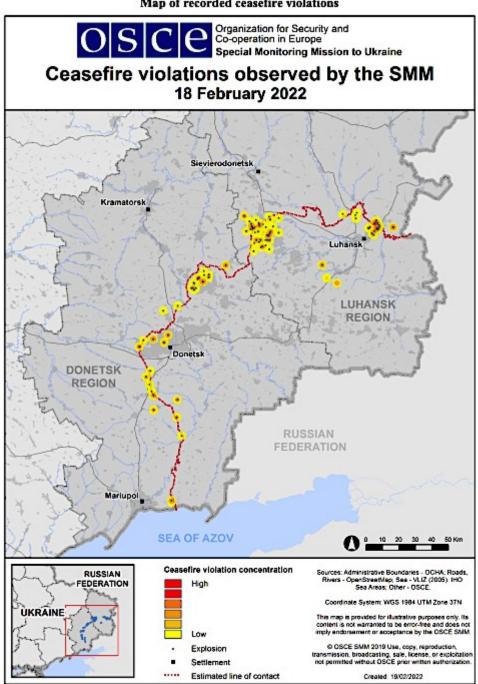
Poroshenko with Kalashnikov rifle he wanted to use to fight Russia. [Source: hindustantimes.com]

(3) Supporting Ukraine as it violated the Minsk peace ceasefire protocols.

On Monday February 21, Russia <u>reported that it had captured a Ukrainian soldier and killed five others after they crossed into Russian territory in Rostov</u>, just over the border with Ukraine. Several hundred American mercenaries were reported to have arrived in Ukraine that week.

Photojournalist Patrick Lancaster provided photographic evidence of Ukrainian army shelling of a school in the Donbass in violation of the Minsk peace agreements signed by both Ukraine and Russia.

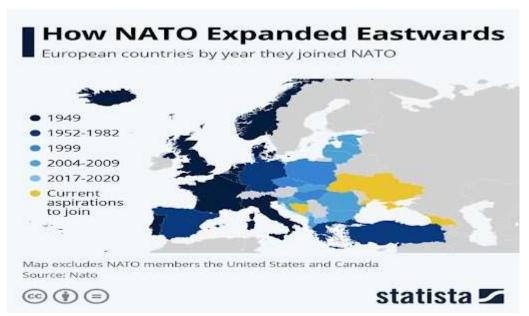
Lancaster's report is corroborated by Organization For Security and Cooperation in Europe (OSCE) maps, which show that shelings violating ceasefire arrangements indeed were carried out mostly by the Ukrainian government.



Map of recorded ceasefire violations

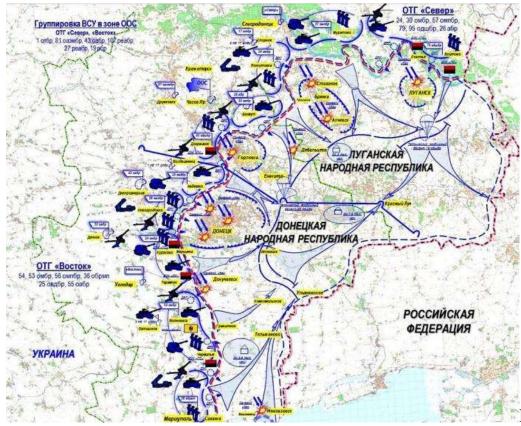
[Source: consortiumnews.com]

A resident of the Kyivsky district of the city of Donetsk whom Lancaster interviewed, Zoya Tumanova, said that the Ukrainians had shelled her village often since 2015 and burned half of it down. She asked Lancaster: "when will it end, when will Putin come? When will he come to save us?"



Kindergarden building that was shelled last week in Stanitsia, Luhasnka, Eastern Ukraine. [Source: nypost.com]

Tumanova's viewpoint contradicts the Biden administration's narrative about the origins of the war, which unfortunately has been embraced by all ends of the political spectrum in the U.S. [4]



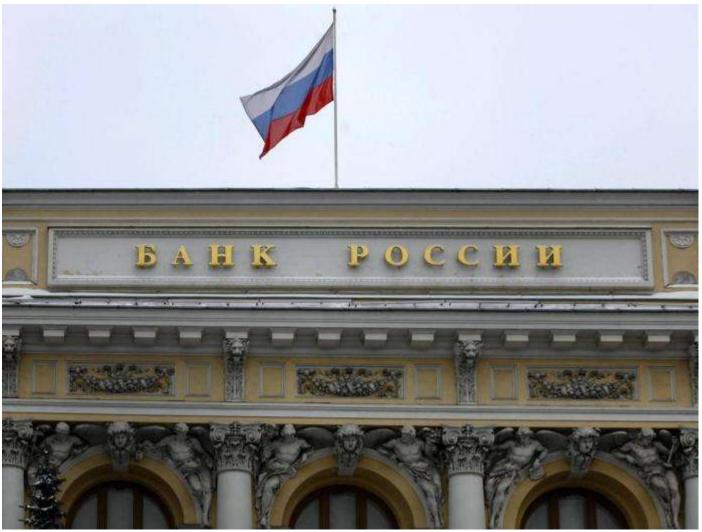
Map showing Ukrainian

troops concentrations on Eastern Ukraine's border on eve of Russian invasion of February 24th, 2022. According to the Russian Deputy Foreign Minister, Ukraine had <u>massed 122,000</u>

troops on the border with Donbass. The Duma furthermore has claimed to have intelligence indicating that these troops were <u>planning an offensive into Donbass</u>, <u>which the Russian invasion preempted</u>. [Source: <u>consortiumnews.com</u>]

Mother of All Sanctions—Shutting Down Russia's Economy

On Monday, the Biden administration announced an expansion of economic sanctions designed to "immobilize Russian central bank assets that are held in the U.S." and which targeted the Russian Direct Investment Fund, a sovereign wealth fund that is run by a close ally of Putin.



[Source: <u>azernews.az</u>]

The Biden administration also announced on Monday that, with numerous other countries, it was removing some Russian banks from the Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT) financial messaging system, barring them from transaction.

Robert Menendez (D-NJ) called this "the mother of all sanctions."

After the Russian invasion last Thursday, the Biden administration had <u>imposed asset freezes</u> on Russian government officials and banks and equity restrictions on critical Russian mining,

<u>transportation and logistics firms</u>. Russian military and industrial companies were further blocked from buying critical technology such as advanced computer chips.



[Source: fpri.org]

Senior Biden administration officials noted that as a result of the sanctions, the value of Russia's ruble had already fallen more than 30 percent over the weekend and that Russia's central bank more than doubled its interest rate to try to mitigate the fallout.

They also predicted that inflation would soon spike and economic activity would contract as Russia's currency lost value and the country was cut off from its currency reserves.

George Lopez, a sanctions expert at Notre Dame's Keough School of Global Affairs, stated that "everyone in the economic sphere, the banking sphere knows we're in new territory—a coordinated shutdown of a country's economy with the strongest arrow being in the heart of the banking sector."

Overextending and Unbalancing Russia

The purpose behind the sanctions was made explicit in a 2019 report issued by the Rand Corporation, the leading Pentagon think-tank, entitled "Overextending and Unbalancing Russia," which assessed how encouraging domestic protests, providing lethal aid to Ukraine and undermining Russia's image abroad might weaken and destabilize the country.

The project's researchers, headed by James F. Dobbins, the former U.S. Ambassador to the European Union (1991-1993) who <u>installed Hamid Karzai as the puppet leader of Afghanistan at the 2001 Bonn conference</u>, found that "economic cost-imposing measures" such as sanctions held particularly high likelihood of success and would "degrade Russia's economy," particularly if advanced with other countries.

Regime change could be achieved when the Russian population blamed Putin for their hardships and mounted a rebellion against him.



[Source: Voltaire.net]

Punishment Rather Than Diplomacy

In late January, two senior Biden administration officials warned Putin that if he invaded Ukraine, harsh sanctions "would lead to an atrophying of Russia's productive capacity over time. It would deny Russia the ability to diversify its economy."

The goal of punishing Russia rather than averting conflict was apparent on February 26 when UKraine's President Volodymr Zelensky opted out of negotiations over neutral status with Russia and kept Ukraine fighting, possibly under U.S. pressure. (The State Department signaled opposition to a meeting between Putin and Zelensky to discuss a ceasefire)

German Chancellor Olaf Scholtz at this time was pressured to a) <u>prevent the Nordstream 2</u> <u>pipeline from becoming operational</u> and b) to <u>send Kyiv 500 "Stinger" anti-aircraft missiles</u> in violation of Germany's earlier pledge to hold back any lethal military aid.

The U.S. also began <u>providing Stingers</u>—the key weapon supplied to the Afghan mujahidin to fight the Soviets in the 1980s—while the White House was asking Congress to approve a <u>\$6.4 billion aid package to Ukraine</u>.



Ukrainian soldiers move U.S.-made FIM-92 Stinger missiles and the other military assistance shipped from Lithuania to Boryspil Airport in Kyiv on February 13. [Source: marketwatch.com]

Original Sanctions Based on Fraud

When sanctions were first applied under the Magnitsky Act in 2012, Vladimir Putin called them a "provocation" designed to "undermine the future of American-Russian relations." He also said that they were "shortsighted and dangerous" and an "overt interference into our internal affairs."

The Magnitsky Act was named after Sergei Magnitsky, who died in a Russian prison after allegedly trying to expose a \$230 million tax scam targeting the company of an American hedge-fund investor in Russia, William F. Browder.

The grandson of former Communist Party chairman Earl Browder, Browder was <u>convicted in Russian court of failing to pay 552 million rubles in taxes (\$16 million) and illegally buying up shares in Gazprom</u> (Russian natural gas company), for which he was sentenced in absentia to nine years in prison.

He provided financial support to Maryland's Democratic Party Senator Ben Cardin, the original sponsor of the Magnitsky Act, through Ziff Brothers, which gave over \$1 million to Democratic Party candidates in the 2016 election (Browder made stock trades for Ziff in Moscow and was using it to try to purchase shares of Gazprom).

That the sanctions policy was based on fraud was evident in the fact that <u>Magnitsky specialized</u> in off-shoring money and was a suspect in the \$230 million tax scam, which <u>Browder may</u> have himself initiated. [5]



Sergei Magnitsky and William F. Browder [Source: rt.com]



Ben Cardin (D-MD). [Source:

baltimoresun.com

Will Putin Go the Way of the Soviets?

For all the blustery talk—Biden said he was intent on turning Putin into a "pariah" and "imposing severe costs on the Russian economy" through sanctions—Russia as of this writing is still able to sell Europe natural gas, with energy payments being exempted from the economic sanctions.

Global oil prices of \$100 per barrel continue to produce large revenues.

The Putin government has planned to cushion the blow from the sanctions by building a "fortress economy" capable of producing vital goods domestically and which has amassed a huge foreign currency reserve, a lot of which Putin still has access to.

Russia's military advantage in Ukraine is considerable compared with Afghanistan in the 1980s. Russia shares a border with Ukraine, has a major military base in the Crimea, and can count on the support of local allies and at least 15,000 separatist fighters in Donetsk.

In just five days, Russian troops have destroyed a dam blocking water into Crimea and <u>established a land bridge between Crimea and Donbass</u>, taken control of the area around Chernobyl, captured most of the city of Kherson at the mouth of the Dnieper River in the southeast and have begun to advance into the capital, Kyiv.

Russian convoy heads to Kyiv

Vehicles stretch to 17 miles from Ivankiv to Hostomel airport



Source: Maxar, 28 Feb 2022

в в с

Russian

convoy

en

route

to

Kyiv.

[Source:

bbc.com

How much of Ukraine does Russia control?



Source: Institute for the Study of War (as of 20:00 GMT, 27 February)

ВВС

Russian convoy en route to Kyiv. [Source: bbc.com]

The war, however, may <u>yet devolve into a quagmire</u> if Ukrainian nationalist forces continue to stand up.

But if the Pentagon's prediction of a Russian victory holds true, then the Russians will have vanquished the ghost of Zbigniew Brzezinski and thwarted the diabolical schemes of his heirs.



1. Brzezinski was author of the book *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (New York: Basic Books, 1997). ↑

- 2. New York Times quotes from Jeremy Kuzmarov and John Marciano, The Russians are Coming, Again: The First Cold War as Tragedy, the Second as Farce (New York: Monthly Review Press, 2018), 19. 1
- 3. In a September meeting with Ukraine's president Volodymr Zelensky at the White house, Biden instead <u>pledged</u> his <u>"support for Ukraine's Euro-Atlantic aspirations" and American support for Ukraine's "being completely integrated in Europe,"</u> (ie. NATO expansion). ↑
- 4. The supposed radical firebrand Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY), for example, rallied behind the Biden policy, tweeting: "Russia's invasion of Ukraine is indefensible. The U.S. is right to impose targeted sanctions on Putin & his oligarchs." Bernie Sanders (D-VT) who also supported the institution of "serious sanctions" directed against Russia, said this: ""Vladimir Putin's latest invasion of Ukraine is an indefensible violation of international law, regardless of whatever false pretext he offers. There has always been a diplomatic solution to this situation. Tragically, Putin appears intent on rejecting it." However, as John Mersheimer pointed out, it was the Biden administration that rejected diplomacy by refusing to agree to halt NATO expansion in accordance with U.S. promises made 30 years earlier, or stop arms shipments to Ukraine. Former U.S. ambassador Michael McFaul called for censorship of viewpoints that challenged the official narrative of unfettered Russian aggression, tweeting: "there is a time and place for hearing two sides of an issue. This tragic moment in European history is not one of them. Do not give false equivalency to voices of evil and voices of good." ↑
- 5. This section is drawn from Jeremy Kuzmarov, "Trying to Unbalance Russia: The Fraudulent Origins and Impact of US Sanctions on Russia" In Sanctions as War: Anti-Imperialist Perspectives on American Geo-economic Strategy, ed. Stuart Davis and Immanel Ness (Netherlands: Brill, 2021), chapter 17. ↑

CovertAction Magazine is made possible by <u>subscriptions</u>, <u>orders</u> and <u>donations</u> from readers like you.

Blow the Whistle on U.S. Imperialism



Click the whistle and donate

When you donate to *CovertAction Magazine*, you are supporting investigative journalism. Your contributions go directly to supporting the development, production, editing, and dissemination of the Magazine.

CovertAction Magazine does not receive corporate or government sponsorship. Yet, we hold a steadfast commitment to providing compensation for writers, editorial and technical support. Your support helps facilitate this compensation as well as increase the caliber of this work.

Please make a donation by clicking on the donate logo above and enter the amount and your credit or debit card information.

CovertAction Magazine, CovertAction Quarterly and CovertAction Information Bulletin are projects of CovertAction Institute, Inc., a not-for-profit organization incorporated in the State of New York.

We sincerely thank you for your support.

Disclaimer: The contents of this article are the sole responsibility of the author(s). CovertAction Institute, Inc. (CAI), including its Board of Directors (BD), Editorial Board (EB), Advisory Board (AB), staff, volunteers and its projects (including *CovertAction Magazine*) are not responsible for any inaccurate or incorrect statement in this article. This article also does not necessarily represent the views the BD, the EB, the AB, staff, volunteers, or any members of its projects.

Differing viewpoints: CAM publishes articles with differing viewpoints in an effort to nurture vibrant debate and thoughtful critical analysis. Feel free to comment on the articles in the comment section and/or send your letters to the <u>Editors</u>, which we will publish in the Letters column.

Copyrighted Material: This web site may contain copyrighted material the use of which has not always been specifically authorized by the copyright owner. As a not-for-profit charitable organization incorporated in the State of New York, we are making such material available in an effort to advance the understanding of humanity's problems and hopefully to help find solutions for those problems. We believe this constitutes a 'fair use' of any such copyrighted material as provided for in section 107 of the US Copyright Law. You can read more about 'fair use' and US Copyright Law at the Legal Information Institute of Cornell Law School.

Republishing: CovertAction Magazine (CAM) grants permission to cross-post CAM articles on not-for-profit community internet sites as long as the source is acknowledged together with a hyperlink to the original CovertAction Magazine article. Also, kindly let us know at info@CovertActionMagazine.com. For publication of CAM articles in print or other forms including commercial internet sites, contact: info@CovertActionMagazine.com.

By using this site, you agree to these terms above.

About the Author



Jeremy Kuzmarov

Jeremy Kuzmarov is Managing Editor of CovertAction Magazine.

He is the author of four books on U.S. foreign policy, including *Obama's Unending Wars* (Clarity Press, 2019) and *The Russians Are Coming, Again*, with John Marciano (Monthly Review Press, 2018).

He can be reached at: jkuzmarov2@gmail.com.

https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/australien-corona-impfstoff-ergibt-falsche-hiv-testergebnisse-17096622.html

https://www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/eine-impfpflicht-wuerde-das-tor-zum-missbrauch-weit-oeffnen-li.219816

Covid-19 und Impfnebenwirkungen:

Der Berliner Arzt Erich Freisleben wird von Patienten mit Impfnebenwirkungen überrannt. Er hat eine Therapie gefunden – doch er kann nicht allen helfen.

Ruth Schneeberger, 31.3.2022 - 23:39 Uhr

Ist die Impfung gegen Covid-19 so sicher wie gewünscht? Der Berliner Arzt Erich Freisleben hegt angesichts vieler Patienten mit Impfnebenwirkungen Zweifel daran.

Berlin - Mittlerweile sind 63 Millionen Deutsche vollständig geimpft, das sind fast 76 Prozent der Bevölkerung. Angesichts anhaltender Anspannung im Gesundheitssystem aufgrund der hochansteckenden Omikron-Variante diskutiert derzeit das Parlament über eine Impfpflicht. Gegen eine solche spricht sich der Berliner Arzt Erich Freisleben aus, der in seiner Praxis von Patienten mit Impfnebenwirkungen geradezu überrannt werde. Er musste eine Kollegin einstellen, um des Ansturms Herr zu werden, fand ein Mittel, um vielen von ihnen zu helfen, entwarf Infoblätter für Kollegen – und fordert, dass die Forschung sich der Impfnebenwirkungen stärker annimmt. Ein Interview.

Herr Dr. Freisleben, seit wann kommen Patienten mit schweren Impfnebenwirkungen zu Ihnen?

Ich habe selbst erst lernen müssen, was die Impfnebenwirkungen bei Covid sind. Schon im Mai 2021 ist ein 62-jähriger Patient an einer Sinusvenenthrombose verstorben. Er war sonst bis auf Bluthochdruck kerngesund. Seine Frau hatte ihn zu der Impfung gedrängt, was sie heute bitter bereut. Er bekam erst eine Lungenembolie, im Krankenhaus hat man schwere Gerinnungsprozesse in den Eingeweiden entdeckt und nach der Gabe von Blutverdünnern wieder nach Hause geschickt. Erst ging es ihm besser, dann kam er mit Sinusvenenthrombose wieder ins Krankenhaus. Dort sagte er noch auf dem Sterbebett: "Sag allen, Sie Sollen sich nicht impfen lassen." Das war für mich ein Schock. Damals hat man noch gedacht, eine Blutverdünnung würde ausreichen in solchen Fällen. Heute weiß man, dass man Kortison geben muss, um die massiven Entzündungsvorgänge einzudämmen. Ich wusste das damals auch noch nicht.

Aber wissen das nun wirklich alle Ärzte? Man hört immer noch aus der Wissenschaft, eine Gabe von Blutverdünnern etwa bei starken anhaltenden Kopfschmerzen oder Thrombosen nach der Impfung sei völlig ausreichend.

Es ist noch viel zu wenig bekannt, wie oft Gerinnungsprozesse überhaupt stattfinden. Ich habe meinen Patienten etwa die D-Dimere abgenommen, das ist ein Wert, um festzustellen, ob Gerinnungsprozesse im Körper zugange sind. Von 60 meiner geimpsten Patienten habe ich be 40 Prozent erhöhte D-Dimere gefunden Das ist ein überraschender Befund. In dieser Zeit riefen mich die Labore aufgeregt an und dachten, es handele sich um Lungenembolien. Aber die waren nicht zu sehen, die Patienten schienen sich wohlzufühlen. Es gibt offenbar bei einem Teil der Menschen Gerinnungsprozesse, von denen man nichts merkt, die über Monate stattfinden, aber wir wissen nicht wo. Wir können sie nur an indirekten Werten feststellen. Das war meine erste Entdeckung.

Und die zweite?

Dass wir hier Autoimmunprozesse in besonderer form vorliegen haben. Normalerweise werden bei Autoimmunprozessen im Körper bestimmte Strukturen angegriffen, das zeigt sich immer mit Entzündungszeichen. Hier haben wir es aber mit einer anderen Form zu tun. Es sind Prozesse, die wie Autoimmunprozesse ablaufen, die ich aber an den Blutwerten nicht erkenne. Die Leute kommen mit Symptomen, die man in dieser Kombination nicht kennt. Sie haben Schwindel, Hauterscheinungen, Stechen in Gelenken und sind unheimlich müde. Wenn ich dazu die üblichen Blutuntersuchungen mache, finde ich nichts. Der Patient geht zum Neurologen, der misst die Nervenleitgeschwindigkeit und findet auch nichts, genauso wenig wie der HNO-Arzt. Diese Menschen sind wirklich verloren, sie gehen vom einen Facharzt zum anderen und keiner kann ihnen helfen. Wenn sie dann das Wort Impfen oder Impfnebenwirkungen auch nur erwähnen, wenden sich viele Ärzte von ihnen ab. Die Patienten erzählen fast alle dieselbe Geschichte: Ihnen wurde gesagt, das sei psychosomatisch oder sie sollten sich nicht so anstellen oder sie würden sich das nur einbilden. Davon habe ich inzwischen fast 100 Patienten untersucht, behandelt und gemeldet.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



PandemieCorona-Impfpflicht ab 18 Jahren kommt offenbar nicht

Und diesen Patienten helfen Sie mit Kortison?

davon, also kein Wissen darüber, wie diese Probleme entstehen. In der Fachpresse findet man nichts, durchaus aber bei Pathologen, von denen es heißt, sie seien sogenannte Verschwörer. Die haben massenhafte Autoimmunreaktionen in den Körpern gefunden – von Toten. Inzwischen wird sogar gesagt, man könne Spikes histochemisch nachweisen, das kann ich nur hinnehmen. Bisher hatte man angenommen, diese Spikes würden nach der Impfung binnen zwei Tagen im Körper abgebaut werden. Wenn ich also unter der Annahme von Autoimmunprozessen davon ausgehe, dass die Spikes noch im Körper sind, sich in den Gefäßen einnisten und das Immunsystem kleine Entzündungen verursacht, würde das gut zu den ganzen Symptomen passen. Ich halte das auch für die häufigste Problematik und gebe deshalb solchen Patienten Kortison. Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten zur Entstehung der Beschwerden.

Ja, aber da haben wir das nächste Problem. Wir haben keine pathogenetische Vorstellung

Welche denn?

Unter anderem geht es um eine spezielle Form von Antikörpern: die antagonistischen Antikörper. Solche werden normalerweise bei Blutkonserven nur in drei Prozent der Fälle gefunden, meist bei chronisch und langwierig Kranken. Bei den Patienten mit Impfnebenwirkungen werden sie aber in 90 Prozent der Fälle gefunden. Die Nachweise muss man selber zahlen, die habe ich inzwischen auch gehäuft gesehen.

Was genau sind antagonistische Antikörper?

Es gibt Agonisten und Antagonisten im Körper; Agonisten machen eine Reaktion, Antagonisten hemmen sie. Etwa bei den Muskeln wird dadurch das ständige Zusammenspiel im Körper gelenkt. Die antagonistischen Antikörper binden sich an die sogenannten G-Rezeptoren, den Eintrittspforten in die Zelle. Dadurch wird der Impuls, der gegeben werden soll, blockiert. Da diese Rezeptoren auch im Herz, im Auge, in der Niere sind, erklärt sich die Vielfältigkeit der Symptome. Die Forschung dazu ist aber noch im Entstehen. Dass es so ist, wissen wir, aber wie lange diese Antikörper die Signalwege blockieren, das wissen wir noch nicht. Wir wissen aber: Solche Vorgänge hat es noch bei keiner Impfung gegeben. Das nicht

u beachten, ist ein absolutes No-Go



Privat **Zur Person**

Erich Freisleben, geboren 1949 in Niedersachsen, studierte Medizin in Kiel und Berlin. Seine Facharztausbildung zum Internisten absolvierte er auf der Infektiologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin. 1986 ließ er sich in Berlin-Wedding als Hausarzt nieder. Neben seinem infektiologischen Schwerpunkt liegt ein weiterer in der ganzheitlichen Betrachtung von Krankheiten. Er promovierte in der Geschichtsmedizin zum Thema Rassenhygiene und Rassenideologie, war acht Jahre als Delegierter in der Kassenärztlichen Vereinigung tätig, ist Geschäftsführer in einem Ärztenetzwerk und publizierte Artikel zu gesundheitspolitischen Themen sowie zwei Bücher, eins über die allgemeine Entwicklung in der Medizin und eins zu Corona.

Warum gibt es dann unter Medizinern keinen Aufschrei und warum wird dazu so wenig geforscht?

Es gibt eine starke Agenda in Deutschland und auch weltweit die da heißt: Die Impfung rettet uns aus der Pandemie. Alles, was diese These relativiert, wird sofort in den Schatten gestellt. Es wird zwar zu Long Covid geforscht, aber damit zeige ich die Schwere der

Erkrankung und motiviere die Leute zum Impfen. Bei Impfnebenwirkungen könnte ich die Menschen in ihrer Bereitschaft zur Impfung stutzig machen, das wird von vornherein fast tabuisiert. Wenn sich Forscher daran machen wollen, werden sie kaum Fördergelder erhalten, kaum Verständnis von ihren Kollegen bekommen. Das ist ein riesiges Problem. Es gibt meines Wissens bisher nur zwei Forschungsstätten dazu, in Mainz und Erlangen. Die haben eigentlich an Long Covid geforscht. Jetzt werden sie überrannt von Patienten, die dort Hilfe suchen wegen Impfnebenwirkungen.

Übersteigt Ihrer Meinung nach die Zahl der Patienten mit Impfnebenwirkungen inzwischen die von Patienten mit Long Covid?

Bei weitem. Ich habe acht Menschen mit stärkeren anhaltenden Long-Covid-Beschwerden in Behandlung. Wenn ich die Patienten, die extra wegen Impfnebenwirkungen neu zu mir gekommen sind, abziehe, habe ich 40 Patienten aus meiner Stammklientel mit schweren Impfnebenwirkungen Die sind nicht arbeitsfähig und haben Symptome, die ihr Leben massiv einschränken Wir haben in der Praxis 2500 Patienten, die etwa zur Hälfte geimpft sind. Wenn ich das ins Verhältnis setze, 40 zu etwa 1250, komme ich auf etwa drei Prozent mit schweren Impfnebenwirkungen.

Aber Sie haben selbst geimpft?

Ich habe etwa 700 Ältere geimpft, meine jungen Patienten in der Regel nicht, weil ich bei ihnen vorsichtig war. Aber die haben ihre Bereitschaft gezeigt, dem zu folgen, was die Regierung gerne wollte. Und nun haben sie diese massiven Probleme, und keiner kann ihnen lehen Ich bin auch nur durch Zufall auf das Kortison gekommen, weil ich bei einem Patienten eine Art Wunderheilung erlebt habe.

Welche Wunderheilung?

Ich hatte einen Patienten mit Gehirntumor, Ende 60, ein fröhlicher Patient, er hatte die Behandlung und Bestrahlung Monate zuvor gut überstanden und wirkte nicht krank. Eine Woche nach der Impfung wurde er immer müder, bis er kaum noch ansprechbar war, im Bett lag und weder aß noch trank. Im Krankenhaus wurde nichts gefunden, ihm wurde gesagt, das komme noch von der Hirnbestrahlung. Da habe ich mir gesagt, das kann nicht sein, dadurch verfällt man nicht nach Monaten in einen komatösen Zustand. Ich wurde verzweifelt gebeten,

ihm zu helfen, und habe ihm probeweise hoch dosiertes Kortison gegeben. Nach drei Tagen saß er mir gegenüber, konnte wieder sprechen, wieder laufen, wieder essen.

Nach dieser Erfahrung habe ich mich auch an die anderen Fälle herangetraut und eine Kortisongabe mit den Patienten besprochen. Bei allem, was unklar war und bestimmte Charakteristika in Zusammenhang mit der Impfung hatte Ich habe damit eine Erfolgsquote von 70 bis 80 Prozent Ich erreiche nicht immer eine vollständige Heilung, aber eine schnelle Besserung.

Wieso kommen überhaupt so viele Patienten mit Impfnebenwirkungen zu Ihnen, wie kam es dazu?

Ich habe meine Beobachtungen über die D-Dimere und die Kortisonbehandlung im September an das PEI gemeldet und auch der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft ausführlich beschrieben. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt 20 Nebenwirkungen bei Geimpften gefunden – aber keine Antwort erhalten. Dann habe ich in einem Video-Interview davon erzählt – und dieses wurde unerwartet oft abgerufen. Die Leute mit Impfnebenwirkungen standen plötzlich vor meiner Praxis, sind aus Gelsenkirchen und München mit dem Nachtzug angereist, und alle sagten, dass ihr Hausarzt und die Klinik und die Ambulanz ihnen nicht helfen konnten. Allen wurde dasselbe erzählt: Ihre Symptome können nichts mit der Impfung zu tun haben. Die haben wie Ertrinkende nach diesem Strohhalm gegriffen. Ich habe jeden

Nachdem fiir bekommen. Tag E-Mails Nebenwirkungsmeldungen vier Stunden gebraucht hatte und fast verrückt dabei wurde, habe ich extra eine Ärztin für bürokratische Vorarbeiten und für die systematische Erfassung der Auffälligkeiten eingestellt. So konnte ich die Meldungen ans PEI machen, Klarheit über die Häufigkeit von Symptomen und der Laborauffälligkeiten hat und meinen Praxisbetrieb aufrechterhalten schaffen erschüttert, wie viele junge Menschen, die zuvor sportlich waren, nun nicht mal mehr die Treppe

nochkamen. Sie haben sich im guten Glauben impfen lassen und jetzt wollte keiner mehr was von ihren Problemen hören.

Haben Sie keine Sorge, als Feind der Wissenschaft zu gelten?

Ich habe Gott sei Dank bisher keine Anfeindungen erlebt. Ich habe den großen Vorteil, selbstständig und in fortgeschrittenem Alter zu sein. Mir kann man keine so großen Schwierigkeiten mehr machen. Was ich aber als großes Problem sehe, ist, dass mehr Menschen zu mir kommen, als ich helfen kann. Man wird von dem Andrang einfach erschlagen. Erst heute kam eine Mutter von drei jungen Kindern zu mir, von ihrem Mann gestützt. Sie hatte sich gerade mit Novavax impfen lassen und postwendend Probleme bekommen. Diese Frau ist vorher Triathlon gelaufen und schläft nun laufend ein, sie kann als Mutter kaum mehr funktionieren. Mir tun die Patienten sehr leid und ich frage mich: Wieso hilft man ihnen nicht?

Wie kann sich das ändern? Die Debatte um Impfnebenwirkungen erscheint mir zutiefst emotionalisiert und moralisiert. Außerdem geht es den meisten nach der Impfung scheinbar gut. Und Sie können ja nicht allen Patienten mit Impfnebenwirkungen alleine helfen.

Nein, erst mal muss das Problem in der Gesellschaft überhaupt wahrgenonumen werden wir von drei Prozent mit schweren Impfnebenwirkungen ausgehen, wären das über eine Million Menschen allein in Deutschland. Ich habe in 35 Jahren Tätigkeit als niedergelassener Arzt zuvor vielleicht fünf oder sechs Nebenwirkungen bei Impfstoffen gesehen. Für die neuartigen Impfstoffe habe ich inzwischen 96 gezählt. Das steht in keinem Verhältnis. Wir müssen uns klarmachen, dass wir mit der mRNA-Impftechnik ein völlig neues Prinzip haben, das wir nicht kennen, das wir innerhalb eines Jahres aus dem Boden gestampft haben und bei dem wir uns in einer Frühphase der Prüfungen befinden Da hat man normalerweise sämtliche Nebenwirkungen akribisch zu dokumentieren und Zusammenhänge zu untersuchen. Aber das passiert nicht. Und wir haben keine kontinuierlichen Kontrollen Was passiert denn mit dem Immunsystem bei den Geimpften? Das weiß ich nicht, und wir wissen auch nicht, ob die Geimpften, die keine Nebenwirkungen

spüren, nicht auch Veränderungen haben. Wir müssten eine parallele Forschung machen, die all diese Fragen miteinbezieht.

Ich selbst habe bei etwa 50 Patienten mit Nebenwirkungen einen großen Immunstatus erhoben und festgestellt, dass sie zu 95 Prozent einen Mangel haben an Zellen, die normalerweise im Körper lebensnotwendig sind, um von Erregern befallene Zellen aufzulösen – zentrale Memory-Te Cells genannt. Wenn Sie sich eine Woche nach einem Viruseffekt wieder wie neu fühlen, liegt das daran, dass diese Immunzellen ihre Arbeit tun. Die sind bei diesen Patienten völlig erschöpft, auf einem so niedrigen Niveau, dass man sich fragt, wie gut Betroffene überhaupt noch auf Erreger reagieren können. Ich habe es nicht vergleichen können mit asymptomatischen Geimpften, denn als Arzt habe ich nicht die Erlaubnis, beliebig zu forschen. Die wissenschaftliche Erforschung muss beauftragt werden.

Ich nehme an, Sie sind gegen eine Impfpflicht?

Ja, aus verschiedenen Gründen. Erst mal wäre das ein massiver Eingriff in den Körper. Normalerweise muss man seine Einwilligung geben für jeden kleinen Eingriff, dies wäre aber eine Maßnahme ohne Einwilligung. Außerdem wurde suggeriert, Ungeimpfte würden andere gefährden, das ist definitiv falsch. Weil die Geimpften mittlerweile den Erreger genauso weitergeben. Die Corona-Impfungen können vor allem Älteren einen Selbstschutz geben. Ungeimpfte als unsozial zu betrachten, hängt mit der Dogmatisierung des Impfthemas zusammen. Es hat nichts mit Medizin zu tun

Außer der für viele fraglichen Schaden-Nutzen-Relation und der staatlichen Fürsorgepflicht gibt es für mich aber noch einen gewichtigeren Grund, der gegen die Impfpflicht spricht. Aus meiner medizinhistorischen Beschäftigung mit den Themen Rassenlehre und Rassenhygiene der Weimarer Zeit weiß ich: Die Väter des deutschen Grundgesetzes waren sich der Gefahr bewusst, dass sogar eine moderne und aufgeklärte Industrienation in Barbare verfallen kann. Der aus heutiger Sicht menschenfeindliche Sozialdarwinismus war in den Köpfen von hoch angesehenen Wissenschaftlern entstanden und schon vor 1933 als Theorie im Mainstream verankert. Ärzte und Juristen fühlten sich deshalb damals legitimiert, eine führende Rolle in der NS-Programmatik einzunehmen. Aus dieser Kenntnis verbieten sich Ausnahmetatbestände

bezüglich der Selbstbestimmung und der körperlichen Unversehrtheit. Wer heute meint, das Grundgesetz dahingehend aufweichen zu dürfen, hat die historischen Lehren aus der NS-Zeit nicht verstanden.

Das große Problem des 19. und 20. Jahrhunderts waren Nationalismus und Rassismus. Das 21. Jahrhundert leidet eher daran, dass die exponentiell wachsende technologische Potenz nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit der Verträglichkeit der menschlichen Natur und der

Umwelt. Das größte Problem aus meiner Sicht ist aber: Die Finanzkraft weniger globaler Player ist geeignet, das öffentliche Leben der Nationen und seine Institutionen egozentrisch zu durchwuchern. Die 80-

prozentige Finanzierung der WHO durch private Investoren, meist aus der Pharmabranche, ist nur ein Beispiel dafür. Eine Impfpflicht würde das Tor zum Missbrauch weit öffnen.

https://contra24.online/2022/03/und-was-ist-mit-den-biolaboren/

Und was ist mit den Biolaboren?

MRZ 31, 2022 Biolabore, Biowaffen, Pentagon, Russland, Ukraine, USA



Bitte Contra24 liken und weiterempfehlen!!! Stoppen Sie das Narrativ, ich will aussteigen!

Von Philip Giraldi

Die halboffizielle Lügenmaschinerie der US-

Regierung und der Medien weiß, dass die Konstruktion eines plausiblen Grundes, um jemanden zu bombardieren, davon abhängt, wo man mit seiner Erzählung beginnt.

Wenn man seine Anschuldigungen an einem Punkt ansetzt, an dem die Zielperson etwas Schlimmes getan hat, muss man sich nur immer und immer wieder wiederholen, um jede alternative Hintergrundgeschichte, die auftaucht, zu übertönen. Und wenn Sie wirklich alle gegenteiligen Ansichten zunichte machen wollen, müssen Sie nur den ausländischen Führer mit Adolf Hitler vergleichen und dies ständig wiederholen. Diese Taktik wurde bei Saddam Hussein im Irak angewandt und wird jetzt gegen Wladimir Putin in Russland eingesetzt, und sie funktioniert immer.

Im aktuellen Zusammenhang zwischen der Ukraine und Russland besteht der Trick darin, alles mit dem Einmarsch von Putins Streitkräften vor mehr als vier Wochen zu verbinden, einem unzweifelhaften Akt der Aggression. Wenn man das als Ausgangspunkt nimmt, werden die vorangegangenen Entwicklungen hinfällig. Wen interessieren schon die Versprechen der USA, das NATO-Bündnis nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 nicht nach Osten zu erweitern? Und auch die Rolle Washingtons beim Regimewechsel in der Ukraine 2014? Oder gar die unerbittliche Dämonisierung Russlands im Zusammenhang mit den US-Präsidentschaftswahlen 2016, gefolgt von der mangelnden Bereitschaft Washingtons, auch nur über die vernünftigsten Forderungen Putins zu verhandeln? Vergessen Sie's! Und vergessen Sie auch die Frage, ob die USA ein nationales Interesse daran haben, wegen der Ukraine in den Krieg zu ziehen oder nicht. Nur Tucker Carlson und Tulsi Gabbard scheinen geneigt zu sein, die grundlegende Prämisse in Frage zu stellen, nämlich die Frage "Da Russland uns nicht bedroht, warum tun wir das? Wollen wir wirklich einen möglichen Atomkrieg wegen der Ukraine?"

Lesen Sie einfach die New York Times, und Sie werden feststellen, dass es überhaupt nicht darum geht, was gut für Amerika ist. Es geht um ein großes, tyrannisches Land, das einen "demokratischen" Nachbarn angreift, wobei die USA und ihre tapferen Verbündeten als Bannerträger einer von Washington auferlegten "regelbasierten internationalen Ordnung" dastehen. Und jetzt setzen die USA noch einen drauf, indem sie darauf beharren, dass Russland Kriegsverbrechen begeht. Doch die Welt in diesem Punkt zu überzeugen, ist etwas schwieriger zu bewerkstelligen. Würde man die Frage

stellen: "Welche Nation begeht weltweit die meisten

Kriegsverbrechen?", so könnte die allgemeine internationale Antwort wohl

Israel oder die Vereinigten Staaten lauten. Ein Teil

des Problems bestünde darin, eine annehmbare Definition für ein Kriegsverbrechen zu finden und gleichzeitig eine Methodik zu entwickeln, um "die meisten" zu definieren.

Wenn Israel Syrien viermal in einer Woche angreift, handelt es sich dann um vier getrennte Kriegsverbrechen oder nur um einen Teil eines

durchgehenden Kriegsverbrechens. Da die Vereinigten Staaten sowohl in Syrien als auch im Irak Militärstützpunkte unterhalten, die von den jeweiligen Regierungen nicht genehmigt wurden, und die Amerikaner sogar aufgefordert haben, diese zu verlassen, ist das dann ein einziges Kriegsverbrechen der illegalen Invasion und Besetzung oder ein kontinuierliches Verbrechen, das nur von den Gelegenheiten unterbrochen wird, bei denen US-Truppen einige Einheimische töten?

Auf jeden Fall ist es schwierig, Russland zu "verurteilen", da weder Israel noch die USA jemals für die von ihnen begangenen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen wurden, zu denen das wahllose Erschießen und Bombardieren von Zivilisten, Krankenhäusern, Schulen und gelegentlich auch Hochzeitsfeiern und andere gesellschaftliche Zusammenkünfte gehören. Präsident George W. Bush hat sogar einige Kriege in Afghanistan und im Irak auf der Grundlage gefälschter "Geheimdienstinformationen" angezettelt, und der allseits geliebte Barack Obama hat dasselbe in Libyen und Syrien getan. Beide werden jetzt als ehrwürdige "elder Statesmen" angesehen, obwohl sie eigentlich im Gefängnis sitzen sollten, und in letzter Zeit wird unter den

Gefängnis sitzen sollten, und in letzter Zeit wird unter den Demokraten darüber gesprochen, dass Obama oder seine Frau 2024 erneut für das höchste Amt im Lande kandidieren könnten. Und ist das Hillary, die in den Kulissen auf

einen zweiten Versuch wartet? So oder so, es wird ein schlechter Tag für jeden, der versucht, einen Modus Vivendi für die Zusammenarbeit mit Russland zu finden.

Blutrünstigkeit Amerikas gegenüber Russland völlig parteiübergreifend, wobei die wenigen vernünftigen Stimmen im Kongress von dem Positionen Trommelwirbel in hohen übertönt werden. Propagandalawine aus den Mainstream-Medien begleitet. Es ist seit langem eine Binsenweisheit, dass das erste Opfer der Kriegspropaganda die Wahrheit ist, aber die Vereinigten Staaten brauchen nur den Anreiz eines möglichen Krieges oder Konflikts, um mit ihrem Lügenmuster zu beginnen. Und wie die aktuelle Situation zeigt, Sind sie durchaus bereit. Feinde zu benennen, die in Wirklichkeit keine Bedrohung für das Land darstellen. Auf diese Weise wurde das Engagement der USA in Vietnam stark ausgeweitet, und auch während des Kalten Krieges hat die CIA die Macht und Reichweite der Sowjetunion bewusst überschätzt. Seit 9/11 hat es eine Reihe von Präsidenten gegeben, die über fast alles gelogen haben, was mit der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik zu tun hat, was zu Invasionen, Ermordungen, anderen Arten von Interventionen und einer zu "Sanktionen" neigenden Regierung geführt hat, die den einfachen Bürgern Lebensmittel und Medikamente verweigert hat, während sie die Führung der betroffenen Länder unberührt ließ.

Eine der jüngsten Lügen ist eine Wiederholung des alten "Holen wir uns Saddam Hussein"-Drehbuchs. Erinnern Sie sich an die grausamen irakischen Soldaten, die kuwaitische Babys aus ihren Brutkästen rissen und auf den Boden warfen? Natürlich war das alles eine von der kuwaitischen Herrscherfamilie und den Neokonservativen der US-Regierung ausgeheckte Lüge. Jetzt erfahren wir, dass die abscheulichen Russen ein Entbindungsheim bombardiert haben! Nur, dass sich diese Behauptung möglicherweise als völlig unwahr herausgestellt hat. Und die Medien rufen jetzt aus, dass "Russland den Planeten an den Rand des 3. Weltkriegs bringt", während die New York Times die politischen Konservativen als Lieferanten russischer Propaganda anklagt. Eigentlich waren es die Vereinigten Staaten und die NATO, die die

Tür zu einem möglichen nuklearen Holocaust geöffnet haben, aber man hasst es, eine offensichtlich profitable und gut aufgenommene Storyline zu bestreiten.

Die beste Lüge ist jedoch der laufende Propagandakrieg um sechsundzwanzig biologische Labors in der Ukraine, die zumindest teilweise vom Pentagon finanziert werden. "Hier gibt es nichts zu sehen", sagt das Weiße Haus von Biden, während Russland sagt: "Einen Moment, Leute…" In der Zwischenzeit verdichten sich die Hinweise, dass Joe Bidens Sohn Hunter an der Finanzierung der Labors durch die US-Regierung beteiligt war und davon profitiert hat, denn jetzt sind E-Mails aufgetaucht.

Die Kontroverse um die Biolabore begann, als die Nummer drei des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, kürzlich vor einem Kongressausschuss zugab, dass die Labore existieren, und außerdem hinzufügte, dass die

Ukraine über chemische und biologische Waffen

Verfügt. Dann erkannte sie ihren Irrtum und machte einen Rückzieher und erklärte: "Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen [und] wir sind jetzt in der Tat sehr besorgt, dass russische Truppen, russische Streitkräfte, versuchen könnten, die Kontrolle über [diese Labors] zu erlangen, also arbeiten wir mit den Ukrainern daran, wie sie verhindern können, dass diese Forschungsmaterialien in die Hände russischer Streitkräfte fallen, sollten sie sich nähern."

Diese Behauptung ist absurd, da die Russen zweifelsohne bereits über eigene Biowaffenbestände verfügen. Das Vorhandensein dieser Labors könnte mit dem Erbe des Zusammenbruchs der Sowjetunion im Jahr 1991 zusammenhängen, als die USA im Rahmen ihres "Cooperative Threat Reduction Program" Hilfe leisteten, um die bestehenden Bio- und Chemielabors zu verwalten, damit ihre giftigen Chemikalien und Krankheitserreger nicht in die falschen Hände gerieten. Aber die USA haben noch viel

mehr getan, wie Ron Unz bemerkt: "Im Laufe der Jahrzehnte hat Amerika über 100 Milliarden Dollar für die Bioabwehr', den euphemistischen Begriff für die Entwicklung von Biowaffen, ausgegeben und [hat] das älteste und größte Programm dieser Art in der Welt, eines der wenigen, das jemals in einem echten Kampf eingesetzt wurde."

Gegenwärtig behauptet die US-Regierung, dass die Labors, die vom amerikanischen Verteidigungsministerium betrieben werden, für "friedliche Forschung und die Entwicklung von Impfstoffen" aktiv bleiben. Die US-Botschaft in Kiew beschrieb die Aktivitäten ausführlicher als Arbeit "zur Konsolidierung und Sicherung sicherheitsrelevanter Krankheitserreger und Toxine und um weiterhin zu gewährleisten,

dass die Ukraine Ausbrüche gefährlicher Krankheitserreger erkennen und melden kann, bevor sie eine Bedrohung für die Sicherheit oder Stabilität darstellen."

Einige Ukrainer sind jedoch misstrauisch, was ihren Zweck angeht, zumal ihre Aktivitäten geheim sind und vom Pentagon und nicht von einer zivilen Behörde geleitet werden. Und wenn das ursprüngliche Ziel darin bestand, die Entwicklung von Biowaffen zu verhindern, warum sind die USA dann siebzehn Jahre später immer noch dabei? Der ehemalige ukrainische Ministerpräsident Mykola Asarow, der dieses Amt unter Präsident Wiktor Janukowytsch innehatte, erzählte, dass die Entscheidung, mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten, im Büro von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko getroffen und dann 2005 unter Präsident Wiktor Juschtschenko umgesetzt wurde. In der Regierung wurde allgemein angenommen, dass das Abkommen auf die ukrainische Biosicherheit abzielte, aber alle damit verbundenen Aktivitäten waren und sind geheim, und ukrainische Bürger durften nicht einmal mit den Amerikanern zusammenarbeiten.

Es gab einige Widerstände gegen die Labore, darunter eine flüchtige Inspektion in den Jahren 2010-2012, und **2013 forderte die ukrainische Regierung in einem offiziellen Schreiben die Schließung der Labore.** Der Regimewechsel 2014 kam jedoch dazwischen, und die Entscheidung wurde vom neuen Regime nie umgesetzt.

Es sei darauf hingewiesen, dass man zum Schutz vor Toxinen und Krankheitserregern diese zunächst erzeugen muss, um sie zu manipulieren oder zu verhindern. Erinnert man sich an den berüchtigten Milzbrandanschlag in den Vereinigten Staaten im Jahr 2001, so stellten die Ermittler fest, dass der tödliche Erregerstamm tatsächlich in einem Biowaffenlabor der US-Armee in Fort Detrick, Maryland, hergestellt worden war. Man denke auch an Covid-19 und die weit verbreitete

Annahme, dass das Wuhan Institute of Virology verschiedene Coronavirus-Stämme manipuliert hat, um sie ansteckender und tödlicher zu machen.

Nuland gab unumwunden zu, dass es in der Ukraine von den USA finanzierte Biowaffen gibt, als sie ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass Russland eines der Labors besetzen und in Versuchung geraten könnte, das Material für seinen eigenen Einsatz gegen Kiew zu erwerben. Und die Biden-Administration, der dieses Eingeständnis sichtlich peinlich war, hat versucht, den Spieß umzudrehen, indem sie russische Andeutungen zurückwies, dass die Labore darauf abzielen könnten, biologische Krankheitserreger zu entwickeln, die auf bestimmte ethnische Gruppen abzielen, weshalb die bestehenden Labore überall auf der Welt, einschließlich der

Ukraine, platziert wurden. Bereits 2017 äußerte der russische Präsident Wladimir Putin seine Besorgnis über die Sammlung von biologischem Material von ethnischen Russen durch die USA, wie Unz es ausdrückt "sicherlich ein sehr verdächtiges Projekt für unsere Regierung."

Wenn diese vom Pentagon finanzierten Labors tatsächlich an der Vermehrung mutierter

Stämme von Krankheitserregern wie Milzbrand und Pest als biologische Waffen beteiligt sind, wie es möglicherweise in Wuhan geschehen ist, Wäre dies ein Verstoß gegen Artikel I des "UN-Übereinkommens über biologische Waffen", was die Regierung der Vereinigten Staaten unbestreitbar zu einem Kriegsverbrecher macht, dessen Führer nach den Nürnberger Gesetzen, die 1946 zum großen Teil von der Regierung der Vereinigten Staaten selbst eingeführt wurden, mit der Todesstrafe bedroht sind. Abgesehen davon sollte die eigentliche Sorge jetzt darin bestehen, dass die USA/NATO eine Art Vorfall unter falscher Flagge inszenieren, der zu Forderungen

USA/NATO eine Art Vorfall unter falscher Flagge inszenieren, der zu Forderungen nach einer direkten militärischen Intervention führt. Die Beobachtung von Bidens serienmäßigen Fehlern und Vertuschungen legt nahe, dass es nichts gibt, was Biden und Blinken nicht tun würden, bis hin zu einem hoffentlich überschaubaren Krieg, um die sinkenden Zustimmungsraten des Präsidenten zu steigern. Jetzt, wo Joe Biden mit harten Bandagen kämpft, ist es schwer vorstellbar, wie er von dem Pferd, das er reitet, absteigen will, ohne in eine Art bewaffneten Konflikt zu geraten. Wie der ehemalige Beamte der Reagan-Administration Paul Craig Roberts scharfsinnig beobachtet hat, ist

das Böse, das [jetzt] in Washington herrscht, in der Geschichte der Menschheit beispiellos".

Roman Braun

» Pfizer hat seine Bewerbung für eine Notzulassung seines Coronaimpfstoffs in Indien zurückgezogen. Die

Entscheidung sei nach einem Treffen mit der Arzneimittelaufsichtsbehörde des Landes gefallen, teilte das Unternehmen mit.

"Basierend auf Überlegungen beim Treffen und unserem Verständnis, dass die Behörde möglicherweise zusätzliche Informationen braucht, hat sich die Firma entschieden, ihre Bewerbung zum jetzigen Zeitpunkt zurückzuziehen", hieß es. << Ouelle:

https://bit.ly/34VPp4T

Indien an Pfizer: "Sie können entweder 1,38 Milliarden 'Kunden' verlieren oder eine ordentliche Prüfung zulassen, ob ihr Produkt effektiv und sicher ist."

Pfizer: "Ne, da verzichten wir lieber auf 1,38 Milliarden

Kunden!"



Peter Wild

Nehammer & Suffvodka **

https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6119667/

Lang wir mM nach nimma dauern und ALLE BEIDE stehn vor den Tribunalen. Hochverrat ist kein Kindergeburtstag und die Wand im Hinterhof ist dreckig grau..

XHabe d'€hre, ihr #BEIDLgate #ÖVP Packelraß ▲



Bundeskanzler Karl Nehammer verteidigt
Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Dem
ÖVP-Politiker wird Amtsmissbrauch
vorgeworfen. Sobotka habe klargestellt, dass er
alles dafür tun werde, "die sogenannten
Vorwürfe" gegen ihn so rasch wie möglich
aufzuklären", so Nehammer im ORF-Radio. Der



Stefan Homburg @SHomburg

Deutschlandfunk fordert Untersuchungsausschuss!

Wenn ich zwei Jahre lang Zahlen gefälscht, mich an Masken und Tests bereichert oder grundlos Maßnahmen verhängt hätte, würde mir jetzt mulmig.

Roman Braun

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist die Zentralbank der Zentralbanken (1). Blackrock ist der weltgrößte Hedgefond (2).

Beide stellen im Sommer/Herbst 2019 fest: Der Finanzmarkt ist um ein Vielfaches mehr aufgebläht als 2008 (3,4). Es braucht daher Billionen Zentralbank-Geld direkt in den Markt (go direct), allerdings bei angehaltenem globalen Wirtschaftsmotor, da es sonst eine sofortige Hyperinflation gäbe (5). Die Zentralbänker der G7-Staaten stimmen zu (6).

Im Oktober 2019 setzt sich der WEF zusammen mit Bill Gates und der John-Hopkins-Universität und überprüft: Wie weit und wie lange kann man die Weltwirtschaft herunterfahren anlässlich einer Corona-Pandemie, sodass man sie später wieder hochfahren kann (7).

Seither wurden Billionen in den Markt gepumpt und der globale Wirtschaftsmotor heruntergefahren wegen: Corona-Pandemie, blockiertem Suez-Kanal und Ukraine-Krise.

Was noch fehlt: Blackout

Siehe dazu auch: https://thephilosophicalsalon.com/a-self-fulfilling.../

- (1) https://de.wikipedia.org/.../Bank_f%C3%BCr...
- (2) https://de.wikipedia.org/wiki/BlackRock
- (3) https://www.bis.org/publ/arpdf/ar2019e.pdf
- (4) https://www.bis.org/publ/work804.pdf
- (5) https://www.blackrock.com/.../bii-macro-perspectives...
- (6) https://www.ft.com/.../360028ba-c702-11e9-af46-b09e8bfe60c0
- (7) https://www.centerforhealthsecurity.org/eve.../scenario.html

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist die Zentralbank der Zentralbanken. Blackrock ist der weltgrößte Hedgefond.

Beide stellen im Sommer/Herbst 2019 fest: Der Finanzmarkt ist um ein Vielfaches mehr aufgebläht als 2008. Es braucht daher Billionen Zentralbank-Geld direkt in den Markt (go direct), allerdings bei angehaltenem globalen Wirtschaftsmotor, da es sonst eine sofortige Hyperinflation gäbe. Die Zentralbänker der G7-Staaten stimmten zu.

Im Oktober 2019 setzt sich der WEF zusammen mit Bill Gates und der John Hopkins Universität und überprüft: Wie weit und wie lange kann man die Weltwirtschaft herunterfahren anlässlich einer Corona-Pandemie, sodass man sie später wieder hochfahren kann.

Seither wurden Billionen in den Markt gepumpt und der globale Wirtschaftsmotor heruntergefahren wegen: Corona-Pandemie, Blockiertem Suez-Kanal und Ukraine-Krise ... Blackout noch im Talon.

Meiner Ansicht nach ist unser Hauptproblem in Sachen Corona-Maßnahmenpolitik in eklatanten Informationsdefiziten und Wissenslücken inkl. Erkenntnisdefiziten mutmaßlich aufgrund Lesebequemlichkeit der Politiker, der Medienvertreter aber auch der Zivilgesellschaft zu finden.
Hätte die Zivilgesellschaft den Wissensstand der Wissenschaft wäre die politische Pandemie längst vorbei! Die in die Länge gezogene angebliche Notsituation wurde durch manipulative Verzerrung der Zahlen sowie Berichterstattung am Leben gehalten!

Raum für Selbstreflexion.

Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprgrogramm oder Impfzwang beteiligen eine schöne Zeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts.

Wir tun nichts, um schwere

Verläufe zu verhindern, sondern
warten achselzuckend ab, bis die
schwer Erkrankten in die
Krankenhäuser kommen. Für
mich als Arzt, der seit dem
Medizinstudium trainiert ist,
kranken Menschen sofort zu
helfen, ist das ein unhaltbarer
Zustand. Und es ist politisch ein
Irrsinn, nichts dagegen zu
unternehmen, dass unsere
Krankenhäuser von schwer
Erkrankten mehr und mehr
überrannt werden."



Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!





IMPFZWANG!!! NEIN!



KEINE mRNA-Gentherapieversuche!



Der Impfzwang verstößt gegen

- die ärztliche Ethik und zerstört das Arzt/Patientin-Vertrauensverhältnis.
- den UN Sozialpakt verbiete jegliche medizinischen Zwangsmaßnahmen und ist Bestand des Völkerrechts.
- das Genfer Gelöbnis der Ärzte, früher Hippokratischer Eid
- die Deklaration von Helsinki!
- die Empfehlungen der WHO!
- den Empfehlungen des Europarates!
- Ist gegen das Verbot seitens dem EU-Gerichtshof!
- die Europäische Grundrechtscharta
- das Selbstbestimmungsrecht der Menschen
- die Menschenrechte Unversehrtheit des Körpers, Glaubens- und Gewissensfreiheit!
- Pflicht der Aufklärung auf Einwilligung auf Eingriffe, sowie jederzeitiges Ausstiegsrecht aus Experiment
- den Nürnberger Kodex
- ist gegen die Menschwürdegarantie!
- ist gegen das Erziehungsrecht der Eltern!
- ist gegen die Berufsfreiheit!
- ist ein Verstoß gegen den UN-Zivilpakt über politische u. bürgerlicher Rechte!
- unsere Freiheitsrechte, Selbstbestimmungsrechte zudem ist er ohne wissenschaftlichmedizinische Evidenz, ohne Notwendigkeit, nicht das gelindeste Mittel, mit unwirksamen experimentellen Gentherapien mit enormen Impfschäden
- NEUWAHLEN! 137 Nationalratsabgeordnete RAUS aus dem Hohen Haus!